



*Ohne Waffen –  
aber nicht wehrlos!*

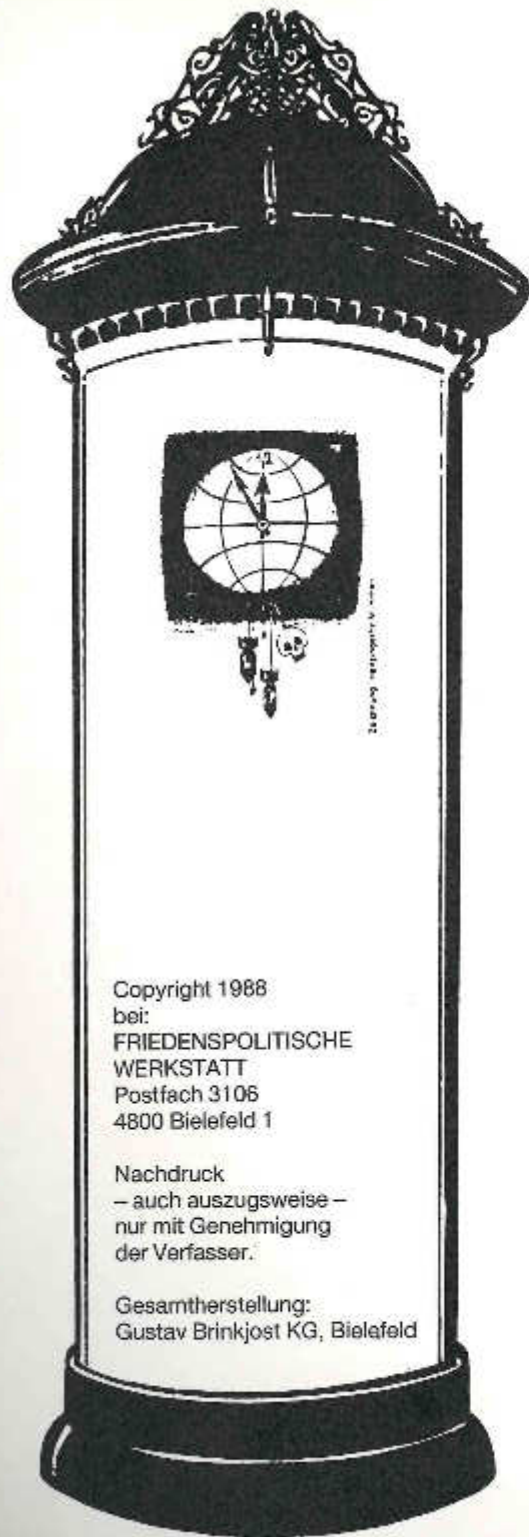
**Bundeskongreß**

**WEGE zur  
SOZIALEN VERTEIDIGUNG**

Stadthalle Minden/Westf. 17. – 19. Juni 1988

**Anfragen an:** Kongreßbüro · Alte Kirchstraße 1a · 4950 Minden

Entwurf: Egon Ochs, Königstraße 74 · 4950 Minden/Westf. · Heide Ling, Gustav-Brinkmann-KG, Marktstraße 25 · 4900 Bielefeld 1 · Telefon (0571) 696 30



Copyright 1988  
bei:  
FRIEDENSPOLITISCHE  
WERKSTATT  
Postfach 3106  
4800 Bielefeld 1

Nachdruck  
– auch auszugsweise –  
nur mit Genehmigung  
der Verfasser.

Gesamtherstellung:  
Gustav Brinkjost KG, Bielefeld

**Pazifistische Volksverteidigung!**  
Wenn  
trotz einer starken internationalen  
Friedenspolitik der Völker,  
trotz einer geordneten internationalen  
Wirtschaftspolitik,  
trotz zwingender wirtschaftlicher,  
finanzieller und Rohstoffsanktionen  
doch  
eine fremde Macht unser Volk zu  
unterdrücken und unsere Kultur zu  
zerstören droht,  
dann  
verteidigen wir uns mit unseren  
eigenen verantwortungsvollen  
Mitteln:

- der Verweigerung jeder Mitarbeit,  
jeden Dienstes, jeder Steuer,
- der selbständigen Organisation des  
materiellen und geistigen Volkslebens,
- dem Boykott gegenüber dem Besetzer  
im täglichen- und Wirtschaftsleben,
- der Beeinflußung der Soldaten und  
Beamten durch Wort und Schrift,
- dem zivilen Ungehorsam mit dem  
passiven Widerstand.

Ein selbstbewußtes Volk kann man  
nicht unterdrücken. Es gibt keinen  
Herrscher ohne gehorsame  
Untertanen. Effektive Selbstbe-  
hauptung eines Volkes und seiner  
Kultur bedeutet:

- Förderung der Volksentwicklung,
- Stärkung der Kultur und der  
geistigen Freiheit,
- Aufbau einer sozialen und  
demokratischen Gemeinschaft.

Keine Verteidigung durch  
Ausmergelung eines Volkes, sondern  
geistige und materielle Macht des  
Volkes.

(Aus einem Dokument des Jahres 1938)

Ohne Waffen – aber nicht wehrlos

## Bundeskongreß WEGE ZUR SOZIALEN VERTEIDIGUNG

– Ein Reader für den Bundeskongreß –  
Stadthalle Minden vom 17. – 19. Juni 1988





## GRUSSWORT DES LANDRATES

Die Abgeordneten des Kreistages des Kreises Minden-Lübbecke haben am 12. Dezember 1985 ihren Willen zum Ausdruck gebracht, alles in ihren Möglichkeiten Stehende zu tun, aktiv zur Sicherung des inneren und äußeren Friedens beizutragen.

In diesem Beschluß zur Kreisfriedensarbeit heißt es u.a., daß der Kreistag bereit ist, bei allen Konzepten mitzuarbeiten, die der sozialen Verteidigung dienen.

Kommunalpolitiker wissen aus eigener Erfahrung, daß das für Rüstung ausgegebene Geld zur Lösung drängender sozialer Probleme und für andere kommunale Aufgaben fehlt.

Angesichts der weltumfassenden Bedrohung und der Tatsache, daß die Menschheit in ihrer Geschichte noch nie so viel Geld für Abschreckung und Rüstung ausgegeben hat, ist es immer stärker notwendig, andere Formen der Verteidigung und Friedenssicherung zu entwickeln. Hier erscheint mir die soziale Verteidigung neben einer weltweiten Abrüstung als ein gangbarer Weg. Durch eine aktive Friedenspolitik können Konfliktsachen beseitigt und gewaltlose Veränderungen ermöglicht werden. Je demokratischer unsere Gesellschaft und Wirtschaft gestaltet sind und je überzeugender Gewaltfreiheit schon jetzt im eigenen Land dargestellt wird, desto wahrscheinlicher können wir den Frieden sichern und vertiefen.

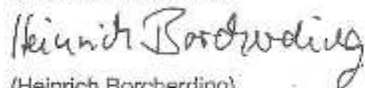
Ein wichtiger Ort für die Friedensarbeit ist in den letzten Jahren die Kommune geworden. Viele verschiedene Gruppen im kommunalen Bereich geben Beispiele und Beiträge für die Forderung und den Erhalt des Friedens. Soll dieses Engagement von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen werden, ist es notwendig, der Friedensarbeit im kommunalpolitischen Alltag einen wichtigen Platz einzuräumen.

Darum sind Kommunalpolitiker und Verwaltungen in diesem Bereich gefordert.

Der Bundeskongreß "Wege zur Sozialen Verteidigung" ist ein Schritt, den Frieden sicherer zu machen.

Ich freue mich, daß der Kongreß im Kreis Minden-Lübbecke stattfindet und hoffe, daß er Perspektiven für unsere kommunale Friedensarbeit aufzeigt und wünsche den Teilnehmern und den Bürgern des Kreises Minden-Lübbecke eine Veranstaltung, die der Diskussion und der gegenseitigen Information dient und geprägt ist von einem friedlichen Miteinander.

Minden, im März 1988



(Heinrich Borchherding)

Landrat



Kupferstich von Matthaeus Merian: Minden, 1641

## DIE GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG VON MINDEN

Um Christi Geburt war der Raum um Minden weltgeschichtlich bedeutsam, als der hier lebende germanische Stamm der Cherusker nach den Schlachten bei Idistaviso und am Angrivarierwall die Römer zum endgültigen Verzicht auf das rechtsrheinische Germanien zwangen.

Um 800 nach Christi trat Minden endgültig in das Licht der Geschichte ein, als der Frankenkönig Karl der Große die noch heidnischen Sachsen in einem blutigen 30jährigen Krieg zum Christentum "bekehrte" und Sachsen seinem Reich einverleibte. Er machte Minden wegen der strategisch wichtigen Lage an einer Furt der Weser, nördlich der westfälischen Pforte am Schnittpunkt alte Handelswege, zum Amtssitz seiner Bischöfe.

977 erhielt der Bischof von Minden das Zoll-, Münz- und Marktrecht sowie die Gerichtsbarkeit. Der Bischof wurde Landesherr.

1062 brach ein großer Brand nach einem Streit der Bürger mit dem Gefolge des Kaisers Heinrich IV. aus. Anschließend begann der Neubau des Doms, von dem heute noch das romanische Westwerk steht.

Aus dem Jahre 1231 stammt das älteste erhaltene Mindener Stadtsiegel. Die Bürger wurden immer selbstbewußter und machten sich weitgehend von der Herrschaft des Bischofs frei, der schließlich seine Residenz ins Schloß nach Petershagen verlegte.

Die Stadt trat der Hanse bei, einem Städtebund zum Schutz des freien Handels, zu Wasser und zu Lande. Durch ihren ungeliebten Bischof Franz I. wurde Minden 1519 in die Hildesheimer Stiftsfehde hineingezogen, die, wie üblich, vor allem auf dem Rücken der Bauern und Bürger ausgetragen wurde. Gleichzeitig fand die Reformation in Minden Einlaß. Den konfessionellen Auseinandersetzungen liefen Parallelkämpfe zwischen Domkapitel und den reichen Kaufleuten einerseits und den um Mitbestimmung kämpfenden Handwerkern andererseits. Danach begann eine neue Blütezeit Mindens, mehrere Bauten der Weserrenaissance geben noch heute Zeugnis von dieser friedlichen Zeit.

Durch den 30jährigen Krieg von 1618 bis 1648 wurde auch Mindens Wohlstand vernichtet. Wechselnde Belagerungen und Besetzungen durch die Kaiserlichen (Tilly) und durch die Schweden brachten Beschießungen, Plünderungen, Gewalttaten und Einquartierungen. Die Bevölkerung wurde durch Krankheit und Hunger stark dezimiert, verarmte völlig, der Rest der städtischen Schulden von über 1 Million Talern wurden erst 1865 abbezahlt. Der moralisch-sittliche Verfall infolge der Kriege zeigte sich u.a. darin, daß von 1650 bis 1680 in Minden über 100 Menschen als Hexen verbrannt wurden.

Im westfälischen Frieden (1648) kam Minden zu Brandenburg, später Preußen. Aus der Kaufmanns- und Handwerkerstadt wurde eine Festung, eine Beamten- und Soldatenstadt, die sich ihrer Zwangsjacke erst nach fast 250 Jahren entledigen konnte.

1759 fand vor den Toren der Festung die Schlacht bei Minden statt, in der deutsche und englische Truppen die Franzosen besiegten (insgesamt über 11.000 getötete Soldaten). Als Folge der Schlacht mußten die Franzosen Kanada den Engländern überlassen.

Nach den napoleonischen Kriegen (1816), als fast alle Städte ihre Befestigungen schleiften, erhielt das preußische Minden als einzige Stadt zwischen Rhein und Elbe einen neuen Festungsgürtel mit Militärvorstadt, an dem jahrelang über 2000 Mann arbeiteten.

Nach 1847 wurde die Köln-Mindener-Eisenbahn eröffnet, zum Schutz des Bahnhofs entstanden zusätzliche Kasernen und Forts. Wenn die Mindener sich auch bewußt als Preußen fühlten, stöhnten sie doch über die Enge in der Stadt und über die Einquartierung, denn es gab wenig Kasernen. Erst ab 1880 wurde die Festungsanlage – bis zu 10 m hohe und 50 breite



Mauern und Wälle – beseitigt, allerdings hatte Minden den Anschluß an das Industriezeitalter verloren und blieb, zum Teil gewollt – das Festungsdnken wirkte nach – Beamten- und Soldatenstadt.

Nur zögernd siedelte sich Industrie an, trotz der günstigen Lage an der Porta, trotz Eisenbahn und – seit 1915 – dem Wasserstraßenkreuz Weser-Mittelland-Kanal. Im zweiten Weltkrieg mehrfach bombardiert, zerstörte ein Luftangriff am 28. März 1945, ein paar Tage vor Einmarsch der Alliierten, große Teile der Innenstadt mit Dom und Rathaus.

Nach dem zweiten Weltkrieg wandelte sich Minden zu einer mittelgroßen Stadt mit Dienstleistungsgewerbe, Behörden und Industrie, also ausgewogener Struktur.

Heute ist Minden wieder Garnison von zwei deutschen Pionierbataillonen und mehreren tausend britischen Soldaten. Minden wurde 1972 Kreisstadt des neu gebildeten Kreises Minden-Lübbecke und hat etwa 80.000 Einwohner.

Wilhelm Schäkel



## INHALTSVERZEICHNIS

### A. Organisatorisches zum Kongreß

1. Aufruf zum Bundeskongreß .....	3
2. Programm .....	5
3. Stadtplan .....	6
4. Anreise .....	8
5. Essen .....	10
6. Kinderbetreuung .....	12
7. Schlafen .....	14

### B. Impulse zur Vorbereitung

1. Aufgaben der Sicherheitspolitik .....	18
2. Politikfähig ohne Gewalt .....	28
3. Soziale Verteidigung und regionale Friedensarbeit .....	34
4. Verteidigung des Staates oder der Lebensweise .....	41

### C. Die Arbeitsgruppen

1. Wege und Konzeptionen der Sozialen Verteidigung, militärische Strategien und Bedrohungen .....	47
2. Wege der Motivation, Pädagogik und Didaktik der Sozialen Verteidigung .....	61
3. Wege der Umsetzung, gesellschaftliche Voraussetzungen und gesellschaftliche Bezüge .....	66

### D. Impulse zur Weiterarbeit

1. Vorschlag: Vernetzung von Stütz-punkten .....	81
2. Vorschlag: Modell für ein Netzwerk .....	83
3. Vorschlag: Interessenvertretung und ihre Rechtsform .....	85

### E. Literatur, Medien, Adressen

1. Literaturliste .....	94
2. Medienliste .....	97
3. Adressenliste .....	100

### WICHTIG – WICHTIG – WICHTIG – WICHTIG – WICHTIG – WICHTIG –

1. Berechtigungskarte zum Kauf einer Fahrkarte der Deutschen Bundesbahn .....	111
2. Essensmarken für die Mahlzeiten .....	112



Nun kommen Sie also nach Minden!

Sicherlich haben Sie sich auch schon gefragt, warum der Bundeskongreß "Wege zur Sozialen Verteidigung" ausgerechnet in einer Mittelstadt wie Minden stattfindet.

Minden hat zwar eine 1000jährige Geschichte ...

Minden war auch früher eine bedeutende Hansestadt ...

Aber heute ...

Aber ganz so am Rande des Weltgeschehens liegt Minden auch heute nicht. Oder kennen Sie einen Kreis oder eine Stadt oder auch Kleinstadt, in der die politische Diskussion so weit fortgeschritten ist, daß das Parlament beschließt, daß es

"...bei allen Konzepten mitzuarbeiten bereit ist, die der Sozialen Verteidigung dienen."

Der Kreis Minden-Lübbecke ist der einzige Kreis in der Bundesrepublik, der dies so beschlossen hat; darum wurde Minden als Kongreßort ausgewählt.

Wir freuen uns darüber, daß Sie sich entschlossen haben, den für Sie vielleicht langen Weg nach Minden in Kauf zu nehmen.

Ein breites Spektrum verschiedener Organisationen aus der Friedensbewegung und einigen gesellschaftspolitisch engagierten Gruppen und Parteiorganisationen hat sich als Trägerkreis für diesen Kongreß zusammengefunden.

Das Thema des Bundeskongresses hat verschiedene Dimensionen:

- Zum einen soll es darum gehen, gemeinsam zu überlegen, wie eine friedenspolitische Perspektive auszusehen hat, die über das bisherige Ziel der Friedensbewegung; Abrüstung, hinausweist.
- Zum anderen hoffen wir, daß auf dem Kongreß ein Denkprozeß in Gang gesetzt werden kann, der von unterschiedlichen Standpunkten aus die Möglichkeit einer Sozialen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland reflektiert und konkrete Schritte zu ihrer Durchsetzung aufzuzeigen versucht.

Dies verspricht einen spannenden Diskussionsprozeß über die Durchsetzungsmöglichkeiten der Sozialen Verteidigung.

Mit dem Ihnen vorliegenden Reader möchten wir Ihnen eine fundierte Einführung in das Themenspektrum des Bundeskongresses anbieten. Wenn die hier zusammengestellten Informationen Ihnen die Vorbereitung auf den Kongreß erleichtern und eine qualifizierte Auseinandersetzung in den Arbeitsgruppen und Plenarveranstaltungen fördern, so hat sich die viele Arbeit und der finanzielle Aufwand für dieses Heft sicherlich gelohnt.

Viele Einzelpersonen, Gruppen, Parteiorganisationen und Verbände haben durch ihre Mithilfe bei der Organisation der Arbeitsgruppen, bei der Werbung für den Kongreß und nicht zuletzt durch ihre finanzielle Unterstützung diesen Kongreß ermöglicht. Ein besonderer Dank gilt aber vor allem der Stadt Minden und dem Kreis Minden-Lübbecke für ihre organisatorische und finanzielle Hilfe.

Auf Wiedersehen bis zum 17. Juni 1988 in Minden/Westfalen!  
Ihre "Kongreßvorbereiter"



Die großen Aufgaben der nächsten Jahrzehnte sind Abrüstung, ökologische Einpassung der Industriegesellschaften und die gerechte Verteilung der Güter dieser Erde. Machen wir uns keine Illusionen: Das „Weiter-So“ der industriellen Wachstumsgesellschaften braucht die militärische Übermacht – besonders gegenüber der „Dritten Welt“.

Wer vollständige Abrüstung will, wer aus weltweiter Verantwortung unsere Selbstbegrenzung in Produktion und Konsum befürwortet, muß rechtzeitig bedenken, daß ein solch grundlegender Wandel auch von außen und innen bedroht sein könnte. Werden denn alle Privilegierten aus Einsicht ihre Machtpositionen aufgeben? – Bei einem ökopazifistischen Umstellungsprozeß muß von Anfang an mit der Möglichkeit militärischer Intervention gerechnet werden.

Es genügt nicht, sich auf das Anwachsen der sozialen Bewegungen und auf neue Mehrheitsverhältnisse zu verlassen. Vielmehr müssen wir uns jetzt schon überlegen:

- Wie kann akuter Kriegsgefahr begegnet werden?
- Wie kann der Verwicklung der Bundesrepublik in aktuelle kriegerische Auseinandersetzungen Widerstand entgegengesetzt werden?
- Wie können die angestrebten Strukturveränderungen gegen militärische Eingriffe gewaltfrei verteidigt werden?

Aus historischen Erfahrungen mit nichtmilitärischem Widerstand sind Konzepte der Sozialen Verteidigung entwickelt worden. Viele Kriegsdienstverweigerer beziehen sich in ihrer Gewissensentscheidung darauf. Ursprünglich wurde soziale Verteidigung lediglich als Widerstand gegen militärische Übergriffe von außen (Invasion) oder innen (Staatsstreich) definiert. Darüber hinaus machen die sozialen Bewegungen heute wichtige Erfahrungen in ihrem Widerstand. In zivilem Ungehorsam und anderen gewaltfreien Aktionen zeigen sich Fähigkeiten, die der Vorbereitung auf Soziale Verteidigung dienen können.

Der Bundeskongreß „Wege zur Sozialen Verteidigung“ soll die Vorschläge der Friedensforschung und die Erfahrungen der sozialen Bewegungen zusammenführen. Er soll das Wissen über Soziale Verteidigung verbreiten und vertiefen und Perspektiven zu ihrer Durchsetzung entwickeln. Wir laden alle Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen ein, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und den Schutz von Mensch und Umwelt verantwortlich fühlen und die sich für die Entwicklung gewaltfreier Widerstands- und Verteidigungsformen einsetzen wollen.

Wir hoffen, daß der Bundeskongreß vom 17. – 19. Juni 1988 in Minden einen Schritt darstellt auf dem Weg in eine Gesellschaft, die mehr und mehr in die Lage kommen muß, sich sozial verteidigen zu können, wenn sie nicht untergehen will.

Der Trägerkreis





## TRÄGERKREIS

Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden \* Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion – Kurve Wustrow \* CVJM – Friedensnetz, Gruppe Minden \* Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner \* Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDV in der BRD \* Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDV in Westfalen \* Förderaktion Gewaltfreier Aktionsgruppen – Graswurzelrevolution \* Friedensausschuß der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) \* Friedensbüro Hannover \* Friedenspolitische Werkstatt, Bielefeld \* Friedenssteuerinitiative \* Friedenszentrum Braunschweig \* Die GRÜNEN – Bundesvorstand \* Die GRÜNEN – Fraktion des Bundestages \* Die GRÜNEN – Landesverband Niedersachsen \* Die GRÜNEN – Kreisverband Minden Lübbecke \* Gustav – Heinemann – Initiative \* Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund \* Internationaler Versöhnungsbund – Deutscher Zweig \* Initiative Kirche von unten \* Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung \* Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. \* Ökumenisches Begegnungszentrum – Internationales Freundschaftsheim Bückeburg \* OHNE RÜSTUNG LEBEN \* Pax Christi \* Pressehütte Mutlangen \* Schweiz ohne Armee \* Senfkorn – Christliche Friedensleute, Minden \* SPD – Stadtverband Minden \* SPD – Ortsverein Minden \* SPD – Ortsverein Königstor, Minden \* SPD – Ortsverein Bärenkämpen \* Jusos – Stadtverband Minden \* Verband der Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer \* Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden

## Spendenaufruf

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde!

Der Bundeskongreß „Wege zur Sozialen Verteidigung“ hat zum Ziel, die Diskussion über Soziale Verteidigung und ihre Durchsetzungsmöglichkeiten in einem weiteren Rahmen als bisher üblich zu führen.

Da viele der Interessenten/-innen für eine solche Diskussion als Schüler, Studenten, Zivildienstleistende, Arbeitslose (oder auf den grauen Arbeitsmarkt Abgedrängte) keinen hohen Beitrag leisten können, läßt sich ein solcher Kongreß nicht über Teilnehmerbeiträge finanzieren. Auch die an der Vorbereitung beteiligten Gruppen und Organisationen können für ein solches Projekt nur einen begrenzten Zuschuß leisten.

Wir bitten Sie daher zu überlegen, ob Sie zur Finanzierung des Kongresses beitragen können. Wir sind zur Ausstellung von steuerabzugsfähigen Spendenquittungen berechtigt. Wir stellen bei einer Spende über 100,- DM eine steuerabzugsfähige Spendenquittung aus. Bei Spenden unter DM 100,- kann das beliebige Formular verwendet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Trägerkreis  
i.A. gez. Kurt Südmersen

Bankverbindung  
Sparkasse Minden-Lübbecke  
(BLZ 490 501 01)  
Konto-Nr. 89 420 814

## Programm

### Freitag, 17. Juni 1988 – Stadthalle

11.00 Uhr **Öffnung des Kongreßbüros zur Anreise, Quartiervergabe usw.**

16.00 Uhr **Eröffnung des Kongresses**

Dr. Hans Gressel, Präsident des internationalen Versöhnungsbundes, Deutscher Zweig  
Grüßworte: Landrat Heinrich Borchering, Bürgermeister Heinz Röthemeler

Podiumsdiskussion zur Kongreßführung unter den Leitfragen:

- Was ist Soziale Verteidigung?
- Warum ist Soziale Verteidigung jetzt eine geschichtliche Notwendigkeit?
- Wodurch werden wir bedroht?
- Ist Soziale Verteidigung zu verwirklichen?

Diskussionsteilnehmer: Theodor Ebert, Prof. für Politikologie an der FU Berlin  
Petra Kelly, MdB, Die GRÜNEN

Moderation: Christiane Schweitzer, Förderaktion Gewaltfreier Aktionsgruppen  
Martin Singe, Initiative Kirche von unten  
Musikalische Umrahmung: Kammerorchester Lebenslaute

18.30 Uhr **Abendessen**

20.00 Uhr **Ein Abend zum Zuhören/Moderation:** Benjamin Pütter, Berlin

„Erinnerungen und lebensgeschichtliche Erfahrungen aus der Friedensbewegung“  
Gespräche mit Gert Bastian, Franz von Hammerstein, Robert Jungk, Helga Tempel  
Kabarett „Die Stöchlige“, Minden / Lieder mit Miriam Brinkmann und Birgit Berg  
Moritatengesang der „Frauen für den Frieden“, Minden

22.30 Uhr **Meditation mit Karin Zeitler oder Spätschoppen im Bürgerzentrum**

### Samstag, 18. Juni 1988 – versch. Häuser der Altstadt

7.45 Uhr **Meditation**

8.30 Uhr **Frühstück**

9.00 Uhr **Arbeitsgruppen** (siehe nebenstehende Seite)

12.15 Uhr **Mittagessen**

anschließend Möglichkeit zu

- Gesprächen
- Informationen über Arbeitsmaterialien
- kulturellen Aktivitäten (Plakatgestaltung, Malen, Musik machen, Texte gestalten)
- Karin Zeitler: Zu sich selber kommen, Bewegung und Besinnung
- einer antimilitaristischen Stadtrundfahrt
- einer Vorstellung des „Ernst Friedrichs Antikriegsmuseum“ (Tondiaserie)

15.00 Uhr **Fortsetzung der Arbeitsgruppen**

Zusätzlich: „Bürgergespräch“ – Betroffene erfinden neue Wege  
Organisation: Wortwerkstatt

18.00 Uhr **Abendessen auf eigene Rechnung**

19.00 Uhr **Streitgespräch über verschiedene Verteidigungsformen**

Gesprächsteilnehmer: Andreas von Bülow (MdB, SPD); Kurt Biedenkopf (MdB, CDU)  
Vertreter/in der FDP; Roland Vogt (Die GRÜNEN);  
Theodor Ebert (Professor FU Berlin)  
Gesprächsleitung: Karlheinz Koppe (Pax Christi)

21.00 Uhr **Kulturprogramm**

23.00 Uhr **Spätschoppen im Bürgerzentrum**

### Sonntag, 19. Juni 1988 – Stadthalle

8.00 Uhr **Frühstück**

8.30 Uhr **Christliche Morgenandacht** in der Martinikirche  
Gestaltung: Gruppe Senfkorn, Christliche Friedensleute Minden  
oder Quäkerandacht im Martinhaus

10.00 Uhr **Schlußveranstaltung / Moderation:** N.N.

Vier Kongreßbeobachter/-innen fassen die Arbeitsergebnisse des Kongresses zusammen und berichten über Meinungen und Vorschläge zur Weiterarbeit.

Vertreter/-innen verschiedener Verbände, Organisationen und Initiativen nehmen Stellung zu ihren Möglichkeiten der Weiterarbeit.

Musikalische Umrahmung: Kammerorchester Lebenslaute

12.30 Uhr **Mittagessen**



# MINDEN

- 1 Kongreßbüro  
Aktionsgemeinschaft  
Friedenswoche e.V.  
Alte Kirchstr. 1a
- 2 Bildungswerk für  
Friedensarbeit  
Alte Kirchstr. 11-15
- 3 Hansehaus  
Papenmarkt
- 4 Haus am Dom  
Kleiner Domhof
- 5 Bürgerzentrum  
am Johanniskirchhof
- 6 Marienstift  
Kampstr.
- 7 Weserkolleg/Martinihaus  
Martinikirchhof
- 8 Stadthalle  
Obermarktzentrum
- 9 Sparkasse  
Kampstr.
- 10 Sparkasse  
Kleiner Domhof
- 11 Königsschule  
Fröbelstr. 5
- 12 Hohenstaufenschule  
Kuhlenstr. 70
- 13 Ratsgymnasium  
Königswall 28
- 14 Freiherr-v.-Vincke-  
Schule  
Alte Kirchstr. 9
- 15 Heideschule  
Heidestr. 7
- 16 Hafenschule  
Hafenstr. 18
- 17 Herder-Gymnasium  
Brüningstr. 2
- 18 Hallenbad





## DIE BUNDESBAHN INFORMIERT:

Die Deutsche Bundesbahn bietet den TeilnehmerInnen des Bundeskongresses Fahrpreisermäßigung auf dem gesamten Streckennetz für die Fahrt nach Minden und zurück.

Die Fahrpreisermäßigung beträgt 35% auf den normalen Fahrpreis. Wenn Sie mit der Bundesbahn anreisen wollen, so reißen Sie bitte die auf der zweitletzten Seite des Readers befindliche Berechtigungskarte heraus und legen diese Seite beim Kauf der Fahrkarte vor. Sie erhalten diese Fahrpreisermäßigung allerdings nur, wenn

- zwischen Abgangs- und Zielbahnhof mindestens 51 km liegen
- diese Sonderfahrkarten vor Fahrtritt gekauft werden

Bitte denken Sie daran, daß Sie diese Berechtigungskarte während der Reise - neben dem Fahrausweis - mitführen müssen.

Wir weisen allerdings darauf hin, daß das Spartariffsystem der Deutschen Bundesbahn unter bestimmten Voraussetzungen günstiger als der über die Berechtigungskarte ermäßigte Fahrpreis sein kann. Auskünfte darüber erteilt Ihnen jede Verkaufsstelle der Deutschen Bundesbahn.

## DER IC-ZUG HÄLT IN MINDEN/WESTFALEN

Der IC-Zug hält normalerweise nicht in Minden. Die Bundesbahndirektion ist aber bereit, für diesen Bundeskongreß einen IC-Zug, der aus südlicher Richtung (also von Dortmund über Bielefeld nach Hannover) kommt, in Minden halten zu lassen. Dieses ist nur dann möglich, wenn mindestens 50 Reisende in Minden aussteigen wollen.

Wenn Sie also

- aus südlicher Richtung kommen, (aus Richtung Dortmund über Bielefeld nach Hannover)...
- dem Kongreßbüro 4 Wochen vor Ihrer Anreise mitteilen, mit welchem IC-Zug (z.B. Schlaraffenland) Sie nach Minden kommen...
- den Zugbegleiter auf diese Vereinbarung mit der Generalvertretung Hameln der Bundesbahndirektion Hannover hinweisen...

dann hält der IC-Zug im Bahnhof Minden, wenn uns 50 Personen dies schriftlich 4 Wochen vor dem Bundeskongreß mitgeteilt haben. Wir setzen uns dann mit der Generalvertretung in Hameln in Verbindung und bitten darum, daß der IC-Zug ausnahmsweise für den Bundeskongreß "Wege zur Sozialen Verteidigung" in Minden eine Minute hält.

Anschließend werden wir den Interessenten mitteilen, welche IC-Züge, die aus südlicher Richtung kommen, in Minden anhalten. Sie können davon ausgehen, daß die Sommerfahrpläne Anfang Mai erschienen sind.

# EINMALIG



... MIT DER BUNDESBAHN  
Der IC hält in Minden  
wenn .....



## WAS FÜR DAS ESSEN VORBEREITET WURDE

### Vorbemerkung

Wir können Euch schmackhafte, vollwertige, vegetarische Mahlzeiten anbieten. Dazu haben wir den vegetarischen Koch Uwe Kolster aus Minden engagiert, der mehrere Großveranstaltungen bekocht hat.

Alle Mahlzeiten werden im

Weser-Kolleg

Martini-Kirchhof

eingenommen. Das Weser-Kolleg ist zu Fuß in 5 Minuten von der Stadthalle zu erreichen. Dieses ist leider notwendig, da in der Stadthalle

– die Essenspreise vom Teilnehmerbeitrag nicht finanzierbar sind...

– keine vegetarische Vollwertkost zubereitet werden konnte...

Wir haben im Weser-Kolleg in der Aula im Erdgeschoß und in der Cafeteria im Keller Tische und Stühle aufgestellt. Bitte bringen Sie etwas Geduld mit und gehen Sie – nach den Mahlzeiten sofort – wieder in die Stadthalle zurück (Hinweisschilder beachten).

### Zu den Mahlzeiten

Freitag, den 17. Juni 1988

18.30 Uhr Abendessen

Zum Abendessen gibt es für Sie entweder Nudelsalat oder Kartoffelsalat und eine vegetarischen Bratling, dazu Saft.

Samstag, den 18. Juni 1988

8.00 Uhr Frühstück

Brötchen, Brot, Müsli, Obst, Butter, Marmelade dazu Kaffee oder Tee

12.15 Uhr Mittagessen, Gruppe I

12.45 Uhr Mittagessen, Gruppe II

Eine Rohkost, dann einen Hirseintopf mit Gemüse und Tofu-Einlage, als Nachtisch dann frisches Obst nach Jahreszeit

18.00 Abendessen

Das Abendessen gestaltet jeder auf seine Kosten selbst. Tips dazu gibt es im Kongressbüro in der Stadthalle.

Sonntag, den 19. Juni 1988

9.00 Uhr Frühstück

Brötchen, Brot, Müsli, Obst, Butter, Marmelade dazu Kaffee oder Tee.

12.30 Uhr Mittagessen, Gruppe I

13.00 Uhr Mittagessen, Gruppe II

Eine Rohkost, dann Schnippelbohneintopf und als Nachtisch Joghurt

Die Ausgabe der Mahlzeiten wird von engagierten HelferInnen geleistet. Wir bemühen uns um einen schnellen und reibungslosen Ablauf. Falls doch mal etwas nicht klappen sollte, bitte wir um etwas Geduld.

Guten Appetit!

Die Essenmarken finden Sie auf der letzten Seite des Readers. Bitte beachten Sie, daß wir Ihnen kein Essen ausgeben können, wenn Sie diese Essenmarken nicht zu den jeweiligen Mahlzeiten vorlegen.



... WAS DIE  
VEGETARISCHE KÜCHE  
ZU BIETEN HAT ...

### Informationen für Kinder...

Für Kinder im Alter von 3 bis 10 Jahren wird eine qualifizierte Kinderbetreuung vorbereitet. Leider können wir erst bei der Ankunft dieses Personenkreises im Kongreßbüro in der Stadthalle nähere Informationen weitergeben.

### Informationen für Jugendliche... JUGENDKAKAO

Wir sind einige Jugendliche, die für andere Jugendliche (und auch ältere Kinder) auf dem Kongress ein etwas anderes Cafe machen wollen.

In unserem "Jugendkakao" kann geklatscht, geklöhnt, gelacht, gesungen, Musik gemacht, gegessen und getrunken, ausgeruht und Erfahrungen ausgetauscht werden. Außerdem bieten wir z.B. Informationen von der Kinderorganisation "Peace Bird" an... Wir wollen auch überlegen, was wir speziell als Jugendliche an und für die Soziale Verteidigung tun können. Wenn Ihr wollt, können wir zu diesem Thema auch Interviews mit Erwachsenen und Kindern machen; Ideen und Meinungen austauschen; können uns von Fachleuten beraten lassen und hinterher alles zu einer Auswertung zusammenfassen.

Es steht Euch offen, ob Ihr mitmacht (wir hoffen es ...) oder einfach dasitzt und Kaffee trinkt. Das "Jugendkakao" ist ganz einfach ein TREFF, wo Ihr "tun und lassen könnt, was Ihr wollt." Es kann von Euch gestaltet werden ...

Julia und Mareike



### Informationen des VERKEHRS- UND WERBEAMTES der Stadt Minden

Für alle kleinen und großen Kinder haben wir eine Prospektsammlung zusammengestellt. Diese enthält aktuelle Informationen über die "Attraktionen" die Minden zu bieten hat. Wenn der Anmeldung zum Kongreß uns mitgeteilt hat, daß er sein Kind mitbringt, der erhält die Prospektsammlung automatisch zugeschickt, denn es könnte ja sein, daß dieser Personenkreis vielleicht am Sonntag Nachmittag etwas mehr von Minden und Umgebung kennenlernen möchte. Alle anderen TeilnehmerInnen haben die Möglichkeit, eine Informationsmappe über die Sehenswürdigkeiten der Stadt und des Kreises Minden-Lübbecke im Kongreßbüro abzuholen. Wir sparen damit viel Porto.

Ein kleines Angebot an Möglichkeiten:

Stadtrundgang...

Der tausendjährige Dom...

Der Mindener Domschatz...

Die Schachtschleuse Minden...

Das Wasserstraßenkreuz... (vielleicht per Schiff?)

Das Mindener Museum...

Potts Park... (ein Erlebnispark mit vielen Attraktionen)

Das Schloß Bückeburg...

... WAS FÜR  
KINDER UND JUGENDLICHE  
SO VORBEREITET WURDE ...





### Privatquartiere...

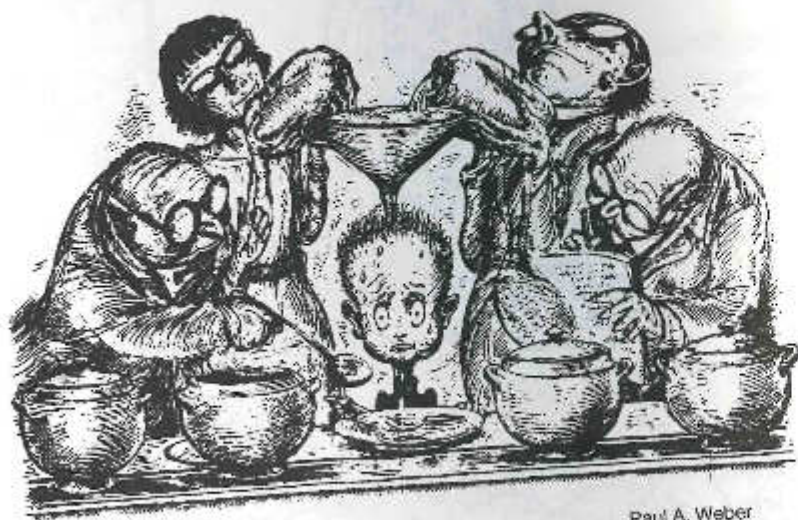
Einige TeilnehmerInnen können in Privatquartieren untergebracht werden. Die diesen Wunsch mit ihrer Anmeldung geäußert haben, werden wir einige Wochen vor dem Kongreß die Adresse ihrer Gastgeber mitteilen. Außerdem werden wir den Gastgebern schreiben, wer zu ihnen kommt. Diese TeilnehmerInnen mögen bitte nicht vergessen, daß sie sich vor dem Kongreß direkt mit ihrem Gastgeber in Verbindung setzen, um Notwendiges über ihren Aufenthalt abzuklären.

Bei der Anreise suchen Sie bitte zuerst Ihre Gastgeber auf, damit die erste Begegnung mit Ihrem Gastgeber nicht erst um 23.00 Uhr erfolgt und Sie Ihr Gepäck auch dort deponieren können.

### Gemeinschaftsunterkünfte...

Viele TeilnehmerInnen haben mit ihrer Anmeldung uns mitgeteilt, daß sie in einer Gemeinschaftsunterkunft übernachten wollen. Wir haben daher alle Turnhallen im Stadtkern von München angemietet.

Kurz vor dem Kongreß erhält dieser Personenkreis von uns einen Brief aus dem hervorgeht, in welcher Turnhalle wir jeden Einzelnen untergebracht haben. Im eingedruckten Stadtplan dieses Readers haben wir die Lage der Turnhallen kenntlich gemacht.



Paul A. Weber

# WEITERSCHLAFEN DEUTSCHLAND...?



...WO SIE SCHLAFEN KÖNNEN



### Rüstung tötet auch ohne Krieg

Etwa 1/2 Milliarde Menschen hungern. Unzählige verhungern. Aber jede Minute 3,3 Millionen für Rüstung und Krieg. Wieviele Menschen könnten davon leben?

Brich dem Hungrigen dein Brot und so du einen neckst, siehst, kleide ihn.

Die Bibel

**Der 1. Weltkrieg**  
**9 Millionen**  
**700.000 Tote**

Ist's möglich, so viel an euch ist, so habt mir allen Menschen Frieden.

Die Bibel

## Schwerter zu Pflugscharen

**Der 2. Weltkrieg**  
Auschwitz, Maidanek, Treblinka, Lidice, Oradour und viele andere Orte mehr.

55 Millionen Tote  
1.045 in jeder Stunde  
17 in jeder Minute

Christus spricht:  
Selig sind die Friedensstifter.  
Sie werden Söhne Gottes genannt werden.

Die Bibel

### Hiroshima

150.000 Tote sofort  
90.000 weitere Tote in 4 Jahren  
Die Ernte des Todes von einer einzigen Bombe.  
40.000 Atomsprenkköpfe  
liegen heute auf unserer Erde.

Wir hofften, es sollte Friede werden, so kommt nichts Gutes. Wir hofften, wir sollten heil werden, aber siehe, so ist mehr Schaden da.

Die Bibel

### 1945 - 1983

38 Jahre Frieden bei uns -  
aber über 130 bewaffnete  
Konflikte auf Erden und  
50 Millionen Tote

Christus:  
Stecke dein Schwert in die Scheide, denn wer zum Schwert greift, wird durchs Schwert umkommen.

Die Bibel

### Lateinamerika und Naher Osten

Ausbeutung und  
Unterdrückung der  
Bevölkerung

Er stoßt die Gewaltigen vom Stuhl und erhebt die Niedrigen. Die Hungernden füllt er mit Gütern und läßt die Reichen leer.

Die Bibel

## ... IMPULSE ZUR VORBEREITUNG AUF DEN KONGRESS

1. Theodor Ebert  
Aufgaben der Sicherheitspolitik nach einer ökopolitischen Wende
2. Roland Vogt  
Politikfähig ohne Gewalt -  
Von den Militärstaaten zur zivilen Gemeinschaft
3. Barbara Müller, Kurt Südmersen  
Die Rolle der Sozialen Verteidigung  
in der regionalen Friedensarbeit
4. Christine Schweitzer  
Soziale Verteidigung -  
Verteidigung des Staates oder der Lebensweise



# 1. AUFGABEN DER SICHERHEITSPOLITIK NACH EINER ÖKOPAZIFISTISCHEN WENDE

## 1.1 Konfliktformationen

In der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit wird mit großer Selbstverständlichkeit angenommen, daß eine ernsthafte Bedrohung des demokratischen Entscheidungsprozesses nur von einer militärischen Intervention des Warschauer Paktes ausgehen könnte und daß darum auf die Abwehr dieser Gefahr alle verteidigungspolitischen Anstrengungen zu konzentrieren seien. Daß andere bewaffnete Gruppierungen wirksam in den demokratischen Prozeß intervenieren könnten, gilt als ausgeschlossen. Gemäß dieser Einschätzung läßt der linke und rechte Terrorismus sich zwar nicht völlig unterbinden, aber er braucht als Machtfaktor auch nicht ernsthaft berücksichtigt zu werden, weil die Terroristen durch Androhung von Sanktionen keine bedeutsamen politischen Zugeständnisse erzielen können. Mit dem bewaffneten intervenieren der Bundeswehr in die Politik oder der Androhung militärischer Sanktionen durch die Verbündeten, insbesondere die USA, wird nicht gerechnet.

Diese sicherheitspolitischen Vorstellungen gehen von der Annahme aus, daß es in der Bundesrepublik Deutschland und innerhalb der NATO zu keinen bedeutenden politischen Strukturänderungen kommen wird. Diese konservative Lagebeurteilung ist jedoch wenig realitätsorientiert, da die weltwirtschaftliche und die ökologische Lage und der Arbeitsmarkt strukturelle Änderungen verlangen. Da solche konstruktiven Anpassungen an aktuelle Herausforderungen auch dann, wenn sie mehrere Länder in ähnlicher Weise betreffen, möglicherweise unkoordiniert und wahrscheinlich ungleichzeitig erfolgen, ist mit erheblichen Spannungen auch zwischen Ländern zu rechnen, die bisher als befreundet galten oder gar verbündet sind. Man muß sich auch im Innern dieser Staaten darauf gefaßt machen, daß ganz neue bewaffnete Bedrohungen auftauchen oder bekannte Gefahren zu neuen Dimensionen anwachsen. Bei der Entwicklung der Sozialen Verteidigung haben historisch gesehen bislang fünf unterschiedliche Konfliktformationen eine Rolle gespielt und einander überlagert. Die Basis und die Stoßrichtung der Abwehr waren im 20. Jahrhundert nacheinander und zeitweise auch nebeneinander für verschiedene Gruppen folgende:

1. Für Anarchisten und Sozialisten war die Ausrichtung des gewaltlosen Widerstands antikapitalistisch;
2. Für Liberale und Sozialdemokraten war sie antifaschistisch;
3. Für Entkolonialisierte und von Fremdherrschaft Bedrohte war sie nationalistisch und antiimperialistisch;
4. Für Menschenrechtskämpfer und sozialistische Humanisten war sie antistalinistisch;
5. Für Ökologen war sie antitechnokratisch.

Gemot Jochheim hat am Beispiel der holländischen Diskussionen gezeigt (1), daß dort vor und nach der russischen Revolution von 1917 die Frage lautete: Wie ließe sich in Westeuropa eine sozialistische (gewaltfreie) Revolution auch mittels unbewaffneter, solidarischer Widerstands der Arbeiterschaft verteidigen und wie kann dieser Abwehrkampf von Truppen und Arbeitern in den Aggressorstaaten durch Streiks (z.B. bei der Einschiffung von Truppen und Kriegsgüter) unterstützt werden? Im Idealfall sollte schon die bloße Ankündigung solcher solidarischer Aktionen die Aggression selbst nicht nur behindern, sondern auch verhindern. Was wir heute Soziale Verteidigung nennen, war also zunächst ein antikapitalistisches Konzept zum Schutze revolutionärer Errungenschaften. Die antifaschistische Stoßrichtung der holländischen Aufrufe zur "pazifistischen Volksverteidigung" im Jahre 1938 war eine Konsequenz der Bedrohung bürgerlicher sozialistischer und anarchistischer Formen der Demokratie. In Großbritannien und den USA gab es vergleichbare Abhandlungen von Bertrand Russell (2) und Jessie Wallace Hughan (3).

Antimperialistisch und antkolonialistisch ist Gandhis "Quit-India"-Absage an das englische Vorhaben zu interpretieren, das Kolonialreich mit Waffengewalt gegen eine japanische Invasion zu verteidigen. Nach Gandhis Vorstellungen sollten die aus dem Kolonialstatus entlassenen Länder sich mit gewaltlosem Widerstand gegen die japanischen Imperialisten zur Wehr setzen (4). In den Rahmen dieser antimperialistischen Ausrichtung Entkolonialisierter könnte man Konzepte Sozialer Verteidigung auch in anderen Staaten der 3. Welt einordnen, wenn sie dort nur artikuliert würden. Leider gibt es in vielen von Staatsstreichen und auswärtigen Interventionen bedrohten Ländern keine entwickelten Konzepte der Sozialen Verteidigung, obwohl sie dort am dringendsten gebraucht würden. Auch in der Weimarer Republik haben die Erfahrungen im Kapp-Putsch 1920 und im Ruhrkampf 1923 nicht zur Ausformung einer Doktrin der gewaltlosen Verteidigung der Demokratie bzw. der nationalen Souveränität geführt.

Umso bemerkenswerter ist es darum, daß heute in den Ländern, von denen die imperialistische Interventionen ausgehen, über die gewaltfreie Behinderung solcher Interventionen nachgedacht wird. Um einer direkten Intervention in Nicaragua vorzubeugen, sammelte "Pledge for Resistance" Bereitschaftserklärungen für den Widerstand in Washington, CD und anderswo (5). Einzelne amerikanische Friedensposten begaben sich auch waffenlos in die umkämpften Grenzprovinzen in Nicaragua, um ihren Widerstand gegen die Operationen der Contras zu dramatisieren.

Auch der Widerstand der Palästinenser im Gaza-Streifen und Westjordanland gegen die Bestrebungen der Israelis (mit sicherheitspolitischer Begründung ihr Territorium zu arrondieren) läßt sich der nationalistischen bzw. antkolonialistischen Konfliktformation zurechnen. Aber auch die Palästinenser haben kein entwickeltes Konzept der Sozialen Verteidigung. Mit dem unbewaffneten Aufstand träumen viele noch vom bewaffneten Kampf und seinen Heldentaten, obwohl sie von Gandhi viel eher lernen könnten, wie man zu Swaraj (Selbstherrschaft) kommt.

Überlegungen zum antistalinistischen Potential der Sozialen Verteidigung haben die Diskussion in Europa in den 50er und 60er Jahren beherrscht. Sie bekamen besonders starken Auftrieb durch die Erfahrungen in der CSSR 1968/69 (6) und sie spielen bis heute eine wichtige Rolle bei allen Versuchen, die militärische Defensive Verteidigung mit der Sozialen Verteidigung zu verbinden (7).

Die neueste Konfliktformation, die mir für unsere verteidigungspolitische Konzeptionsbildung von überragender Bedeutung zu sein scheint, ist die Auseinandersetzung zwischen den Ökopazifisten einerseits und den industriellen Expansionisten und atomaren Abschreckern andererseits. Diese neue Konfliktformation, die innenpolitisch den Ost-West-Gegensatz mehr und mehr überlagert, ist Mitte der 70er Jahre deutlich geworden, als die Bundesregierung auf den Gedanken verfiel, die Wiederaufbereitungsanlage für atomare Brennstäbe ausgerechnet nach Gorleben, also wenige Kilometer vor den Eisernen Vorhang, zu errichten (8). Diese in die DDR hineinragende Ecke der BRD ist militärisch gegen den offiziell immer noch befürchteten Großangriff des Warschauer Paktes auch in den abenteuerlichsten Vorstellungen unserer Vorverteidiger nicht zu halten. Diese exponierte Lage wird strategisch erst sinnvoll, wenn man an den wenigen Brücken über die Jeetze die eigene Ökologiebewegung aufhalten will. Bei den Feindlagen des Bundesgrenzschutzes spielt heute die Ökologiebewegung die erste Trompete.

Was wird aus dieser antitechnokratischen Konfliktformation, wenn die ökologisch orientierten Befürworter einer Ethik der Selbstbegrenzung in der BRD und evtl. auch in einzelnen anderen Mitgliedsstaaten der NATO die Mehrheit der Bevölkerung bei den Wahlen für sich gewinnen? Wenn dies in näherer Zukunft geschehen sollte, dann würde diese neue Mehrheit vermutlich die parlamentarische Form einer rot-grünen Koalition annehmen. Und diese Koalition müßte sich bei ihren Konflikten mit den Konservativen auf die Ökologie- und Friedensbewegung stützen können.



Bevor ich mich aber an das Konkretisieren von Szenarien möglicher Konflikte mache, muß ich vor dem Hintergrund der fünf bislang für die Soziale Verteidigung konzeptionell relevant gewordenen Konfliktformationen einiges Grundsätzliche zur demokratischen Sicherheitspolitik sagen.

## 1.2 Demokratische Sicherheitspolitik und ihre Einstellung zu Feinden

Bekanntlich sind in der BRD, wie auch in den meisten anderen Staaten, zwei Ministerien für die Sicherheit zuständig: Das Verteidigungsministerium für von außen kommende militärische Bedrohungen und das Innenministerium für von innen kommende bewaffnete Interventionen in den demokratischen Prozeß. Das Konzept der Sozialen Verteidigung hat von Anfang an in den Sicherheitsbereiche ins Auge fassen müssen, weil bei der Reduzierung und Eliminierung der bewaffneten Mittel des Staates die von innen und außen kommenden Bedrohungen neuartige Verbindungen eingehen können. Wahrscheinlich würde es zweckmäßig sein, bei einer vollständigen Umstellung der Sicherheitspolitik auf die Soziale Verteidigung diese Aufgaben in einem neuen Ministerium für demokratische Sicherheitspolitik zusammenzufassen. So wie man das Innenministerium bereits von den Aufgaben des Umweltschutzes entbunden hat, so könnte man z.B. auch die Betreuung der Flüchtlinge an das Ministerium für Arbeit und Soziales abgeben.

Sicherheitspolitik ist ganz allgemein die Vorsorge für die Bewahrung der Lebensgrundlage und der Kultur eines Staates angesichts bewaffneter Bedrohung. Sicherheit ist dann zu verstehen als die Fähigkeit zur Abwehr von Gefahren. Verteidigungsfähig ist ein Staat zu nennen, wenn Regierung und Bürger in der Lage sind, bewaffneten Interventionen in den demokratischen Prozeß mit Aussicht auf Erfolg zu begegnen. Bevor man jetzt jedoch über die Erfolgsaussichten von Methoden streitet, muß geklärt werden, welcher Natur diese Gefahren sein können.

Da es hier um die Sicherheitspolitik eines Nationalstaates bzw. eines Bündnisses von Nationalstaaten geht, ist es sinnvoll, zwischen inneren und äußeren Gefahren zu unterscheiden, wenn auch zu bedenken ist, daß von außen kommende Aggressoren in der Regel im Inneren des Staates ihre Parteigänger haben oder suchen und daß innere Feinde bei ihren bewaffneten Interventionen auf die Unterstützung äußerer Feinde rechnen werden.

Da die Friedensforschung sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder mit der Kritik von Feindbildern (9) und den Möglichkeiten der "Entfeindung" (10) befaßt hat, werden manche sich wahrscheinlich an meiner scheinbar bedenkenlosen Verwendung des Begriffes "Feind" stoßen.

Auch meine folgenden Überlegungen zu den Typen bewaffneter Intervention müssen sich der Ideologiekritik stellen, aber ich meine, zunächst einmal davon ausgehen zu dürfen, daß diejenigen, welche außerhalb der Regeln des Völkerrechts und der innerstaatlichen Gesetze ihre politischen Vorstellungen mit Waffengewalt durchzusetzen suchen, als innere oder äußere Feinde zu bezeichnen sind. Das schließt nicht aus, daß die Feindbilder immer wieder auf ihre Wirklichkeitsnähe überprüft werden. Man darf aber nicht von vornherein behaupten, daß es keine wirklichen Feinde gibt, sondern nur ideologische Feindbilder, die sich bei genauerem Hinsehen in Wohlgefallen der deutschen Führung im Jahr 1938 nicht potentielle Aggressoren sehen nationalsozialistischen deutschen Führung im Jahr 1938 nicht potentielle Aggressoren sehen sollen – trotz aller Friedensreden von Hitler und anderen Nationalsozialisten? Auch von inneren Feinden darf man m.E. sprechen, wenn diese für die politische Auseinandersetzung tödliche Waffen bereithalten oder andere Maßnahmen mit tödlichen Auswirkungen planen. Ein Stein kann zwar töten, wird aber in der Regel nicht mit dieser Absicht geworfen. Darum sollte man sicherlich davon absehen, steinernde Demonstrationen sofort unter innere Feinde einzuordnen. Der Gebrauch von Feuerwaffen oder deren Bereitstellung läßt jedoch den Schluß auf feindliche Absichten zu, auch wenn solche Vorkehrungen möglicherweise als Selbstschutzmaßnahmen interpretiert werden. Wohlgermerkt, ich spreche hier über ein Staatswesen, das anders als unser heutiger Staat seinerseits auf die Androhung von Gewalt-

maßnahmen gegenüber politischen Gegnern verzichtet.

In der Geschichte der Politik ist die Verwendung des Begriffes "Feind" häufig in eins gesetzt worden mit dem angeblich zu diesem Begriff gehörigen Willen, diesen Feind auch zu vernichten. So hat unlängst der Erziehungswissenschaftler Flitner in einem Vortrag über die Überwindung von Feindbildern dieses Feindbilddenken definiert als "Denken, das sich nur die Vernichtung des Feindes vorstellen kann, um das eigene Lebensrecht zu behaupten und die Spannungen der Welt zu bereinigen" (11). Aber gehört denn zum Nachdenken über den Umgang mit Feinden auch unbedingt die Vorstellung, diese Feinde zu vernichten? Führt jedes Feindbild quasi automatisch zum Aufbau eines auf Entladung drängenden Vernichtungswillens?

Dies ist leider häufig so, aber zur Identifizierung von Feinden gehört nicht unbedingt der Vernichtungswille, sondern nach Auffassung von Carl Schmitt, des Kronzeugen für das Freund-Feind-Denken, der effektive Kampf gegen einen effektiven Feind (12). Dieser effektive Kampf kann sich aber auch gewaltloser Mittel bedienen, wie z.B. im Ruhrkampf 1923. Die Soziale Verteidigung ist ohne den Vernichtungswillen mit ihrem spezifischen Willen zur Selbstbehauptung auch im Sinne Carl Schmitts ein politisches Konzept. "Zum Staat als einer wesentlich politischen Einheit gehört das jus belli, d.h. die reale Möglichkeit im gegebenen Fall Kraft eigener Entscheidung den Feind zu bestimmen und ihn zu bekämpfen. Mit welchen technischen Mitteln der Kampf geführt wird, welche Heeresorganisation besteht, wie groß die Aussichten sind, den Krieg zu gewinnen, ist hier gleichgültig, solange das politisch einige Volk bereit ist, für seine Existenz und seine Unabhängigkeit zu kämpfen, wobei es kraft eigener Entscheidung bestimmt, worin seine Unabhängigkeit und Freiheit besteht." (Hervorhebungen von Th.Ebert) (13)

Der Kopplung von Feindbild und Vernichtungswille ist in der christlichen Tradition von Anfang an widersprochen worden. Die ethische Forderung der Bergpredigt "Liebet eure Feinde" (Matth. 5, 44) (14) geht davon aus, daß es neben imaginären Feindbildern eben auch reale Bedrohungen der eigenen Existenz geben kann, daß aber auf solche Bedrohungen nicht mit einer reziproken Vernichtungsdrohung geantwortet werden muß.

Diese alternative Antwort besteht darin, daß man sich einerseits weigert, mit dem Feind zu kollaborieren bei der Ausübung personaler und struktureller Gewalt und daß man andererseits den konkreten Menschen, die den Feind konstituieren, konstruktive Angebote macht, um ihnen die Selbstbefreiung zu ermöglichen.

Das ist sehr abstrakt, aber Kenner der Bergpredigt oder auch der Schriften des Propheten Jeremia werden gemerkt haben, daß ich nicht einfach gesagt habe: Die alternative Antwort ist der gewaltfreie Widerstand – oder gar der "passive Widerstand" –, denn bestimmte Formen des nicht-bewaffneten Widerstands können sehr wohl einhergehen mit dem von Flitner kritisierten Feindbild-Denken. Der "passive Widerstand" im Ruhrkampf 1923 wurde begleitet von dem Haßlied "Siegreich wollen wir Frankreich schlagen" und im Blick auf die anfängliche Weigerung der deutschen Reichsregierung, mit den Okkupationsmächten auch nur zu verhandeln, ist bedenkenswert, daß Jeremia die nach Babylon deportierten Juden nicht zur Obstruktion auffordert, sondern ihnen schreibt: "Suchet der Stadt Bestes!" Und das war etwas ganz anderes, als am Ende des so lyrisch beginnenden Psalm 137 steht:

"An den Wassern zu Babel saßen wir und weinten, wenn wir an Zion gedachten. Unsere Harfen hingen wir an die Weiden, die daselbst sind."

In Babylon verband sich die Trauer der Vorbannten mit dem von Flitner kritisierten Vernichtungswillen. So lauten die beiden letzten Verse des Psalm 137:

"Du verstörte Tochter Babel, wohl dem, der dir vergilt, was du uns getan hast! Wohl dem, der deine jungen Kinder nimmt und zerschmettert sie an dem Stein."

Das war antibabylonisches Feindbilddenken, gespeist durch böse, sehr böse Erfahrungen.

Wenn man den Psalm 137 vor Augen hat, dann kann man beurteilen, wie andersartig die Argumentation von Jeremia ist, wenn er in Kapitel 29 an die Deportierten im Auftrag seines Gottes schreibt:



"Suchet der Stadt Bestes, dahin ich euch habe lassen wegführen, und betet für sie; denn wenns ihr wohl geht, so gehts euch auch wohl."  
 Natürlich war die Voraussetzung für diese Einstellung von Jeremia, daß die deportierten Juden in Babylonien nicht behandelt wurden wie die Juden im Dritten Reich. Dennoch war sein Brief eine ärgerliche Zumutung angesichts schlimmer Erfahrungen mit den babylonischen Siegern.

Über dieses Problem der Verarbeitung von bösen Erfahrungen mit Feinden nicht nur in Babylon, sondern auch in West-Berlin, in der Sowjetunion und in Polen könnten und müßten wir zunächst einmal noch lange, lange miteinander reden. Da gibt es in Osteuropa viele schreckliche, böse Erfahrungen mit der deutschen Besatzungsmacht – und eben in Berlin auch bittere Erfahrungen mit den sowjetischen Befreiem, wie in den Erinnerungen einiger Frauen (Ruth Andreas-Friedrich, Margret Boveri und Hildegard Knef) nachzulesen ist.

In den Feindbildern stecken häufig doch persönliche oder historisch vermittelte Feinderfahrungen. Wie soll man den anderen glaubhaft machen, daß man kein Feind ist, wenn der andere schlimme Erfahrungen mit einer Gruppe gemacht hat, der er uns zurechnet? Und wir selbst dürfen doch auch schlimme Erfahrungen nicht einfach vergessen. So gehört z.B. zu meinen zeitgenössischen Erfahrungen mit Feinden der Demokratie, daß der verfassungsmäßige Präsident von Chile Salvador Allende von Militärs ermordet wurde – und daß in Griechenland 1967 ein vorhersehbarer Sieg der NATO-kritischen Zentrumsunion durch den Obristenputsch verhindert wurde. Und ich weiß auch, wie verständnisvoll konservative deutsche Presseorgane auf diese und vergleichbare demokratiefeindliche Vorgänge reagiert haben. Wahrscheinlich haben sich aufgrund dieser und anderer ganz persönlicher Erfahrungen, zu denen auch Morddrohungen alter Frontkameraden gehörten, bei mir bestimmte Feindbilder, zumindest Bedrohungsgefühle, entwickelt.

Selbstverständlich soll und kann man an solchen Bedrohungsgefühlen rational und emotional arbeiten, aber zunächst muß man sie sich eingestehen und ihren Ursachen nachgehen. Diese an und für sich erforderliche politologische und vielleicht sogar tiefenpsychologische Aufklärungsarbeit kann ich hier nicht leisten und will mich darum auf eine systematisch noch nicht affektiv bewertete Liste der Gefahren, welche eine erfolgversprechende Soziale Verteidigung abwehren muß, beschränken.

### 1.3 Typen der bewaffneten Intervention in den demokratischen Prozeß

Eine Gefahr für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik kann ausgehen  
 a) von dem bisherigen militärischen Gegner, also den Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts;

b) von den bisherigen militärischen Verbündeten, sofern sie die neue Verteidigungskonzeption der BRD und die innergesellschaftlichen Strukturwandlungen mißbilligen;

c) von auswärtigen Mächten, die in unsere Außenhandelsbeziehungen außerhalb des Territoriums der BRD bewaffnet intervenieren;

d) von ausländischen Umweltzerstörern, welche uns lebensgefährliche Schadstoffe zuleiten, ohne auf deutschem Boden militärisch zu intervenieren.

Ich werde mich im folgenden in erster Linie mit den ersten beiden Konflikttypen befassen, weil die beiden letztgenannten zwar auch wichtig sind, aber keine akute existenzielle Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland darstellen und ihnen wahrscheinlich ohnehin am ehesten mit diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln beizukommen ist.

Im Inneren eines Staates können bewaffnete Interventionen in den demokratischen Prozeß ausgehen:

a) von Teilen der regulären Streitkräfte oder der Polizei;

b) von bewaffneten Privatleuten, die sich in extremistischen Parteien oder Untergrundorganisationen zusammenschließen;

c) von Ausländern, die sich bewaffnen oder von nationalen Minderheiten, die ein eigenes Staatswesen und die Kontrolle über ein bestimmtes Territorium anstreben;

d) von noch im Lande stationierten ausländischen Truppenteilen.

Die Soziale Verteidigung als Alternative zur gegenwärtigen Sicherheitspolitik muß auf alle diese potentiellen Bedrohungen eine Antwort bieten oder eben für bestimmte Fälle die herkömmliche Antwort übernehmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich gerade aus der Änderung der Konfliktformation und aus der Umstellung auf ein neues Sicherheitskonzept Gefahren ergeben können, die im Rahmen der gegenwärtigen Verteidigungskonzepte und der gegenwärtigen Politik der industriellen Expansion keine Rolle spielen.

Der Grundgedanke der Sozialen Verteidigung ist ja, daß an die Stelle des militärischen Widerstandes gegen bewaffnete Interventionen – ob diese nun von außen oder von innen kommen – der zivile Widerstand der Bevölkerung und der Regierung tritt. Die Vertreter der Sozialen Verteidigung haben bisher immer angenommen, daß diese einseitige Umstellung auf den gewaltfreien Widerstand zuerst von einer Minderheit gefordert wird und daß diese mit der Zeit zur Mehrheit wird. In dieser Zeitspanne zwischen Minderheitsartikulation und Mehrheitsbildung sollte sich nun die Fähigkeit zur Sozialen Verteidigung entwickeln. Es ist aber durchaus vorstellbar, daß die Soziale Verteidigung bei einem radikalen Kurswechsel gar kein prominentes Ziel ist und sich der Zwang zu ihrer Anwendung ergibt, wenn die Mehrheit noch gar nicht voll begriffen hat, daß sie sich auf die Anwendung dieser Verteidigungsform hätte vorbereiten können. Bei der Durchsicht der Systematik der potentiellen Gefahren ist darum auch zu prüfen, welche Gefahr zu einem bestimmten Abschnitt dieses Entwicklungsprozesses die wahrscheinlichste ist.

### 1.4 Einschätzung der Gefahren und Entwicklung von Bedrohungsanalysen

Bei dieser zeitlichen Abfolge der Gefahren scheint mir die Bedrohung durch den Warschauer Pakt nicht an erster Stelle zu stehen. Eine rot-grüne Koalition würde vom Warschauer Pakt vermutlich als eine Chance begriffen, bei Abrüstungsvereinbarungen voranzukommen und es ist ganz unwahrscheinlich, daß der Warschauer Pakt eine solche neue Regierung sofort unter militärischen Druck setzen würde. Es ist weit eher anzunehmen, daß die sozialistischen Staaten diese ökopazifistische Wende durch Entgegenkommen unterstützen würden.

Das Problem konservativer Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes wäre allenfalls, daß eine ökopazifistische Wende in der Bundesrepublik Deutschland und evtl. anderen Mitgliedern der NATO auch vergleichbaren Bestrebungen in ihrem eigenen System Auftrieb verleihen könnte. Der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf berichtete 1984 im Verlauf einer Diskussion mit dem SPD-Abrüstungsexperten Egon Bahr von einem Gespräch an der Moskauer Akademie der Wissenschaften, wo er nach dem Ziel sowjetischer Sicherheitspolitik gefragt habe: "Die Antwort war sehr schlicht und außerordentlich weittragend. Sie lautete: Aufrechterhaltung des Status quo. Und zu dieser Aufrechterhaltung des Status quo gehört auch die Aufrechterhaltung der politischen Kontrolle, der innenpolitischen Kontrolle, der Systemkontrolle, der Strukturkontrolle Osteuropas. Wir haben diese Diskussion etwas vertieft und aus dieser Vertiefung habe ich den Eindruck gewonnen – und dem wird auch im Prinzip nicht widersprochen –, daß man es als eine im sicherheitspolitischen Sinne relevante Bedrohung ansehen würde, wenn wir mit nicht-militärischen Mitteln, das heißt mit ideologischen Mitteln unter Ausnutzung der Kommunikation, der Förderung von Dissidentengruppen usw., zu einer Destabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse beitragen oder diese in irgendeiner Weise fördern würden." (15)

Auch wenn nach einer ökopazifistischen Wende in der Bundesrepublik Deutschland und auch schon zuvor gar kein aktiver Versuch gemacht würde, gleichgesinnte oppositionelle Gruppen im Warschauer Pakt direkt zu unterstützen – und ich möchte ausdrücklich von allen Aktivitäten abraten, welche die östlichen Staatssicherheitsdienste mit parteiinterner Plausibilität als Agententätigkeit auslegen könnten – bleibt doch immer noch das Problem, daß eine ökopazifistische Wende auch indirekt über die Grenze hinweg wirkt. Da es gegenwärtig jedoch auch in den Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes und besonders in der UdSSR selbst Reformbestrebungen gibt, muß ein zusätzlicher, indirekter Reformimpuls aus der BRD nicht unbe-



dingt als Bedrohung aufgefaßt werden. Schließlich muß auch die sozialistische Wirtschaft ökologisch eingepaßt werden und dies wird leichter gelingen, wenn sich die Rüstungslasten drastisch reduzieren lassen. Das Wahrscheinlichste wäre also, daß der Warschauer Pakt erst einmal abwartet, wie sich die ökopazifistische Wende im Westen auswirkt.

Die größten sicherheitspolitischen Probleme dürfte eine rot-grüne Regierung wahrscheinlich blockieren bekommen, – falls in den USA und Frankreich nicht eine parallele Entwicklung stattfinden sollte. Mit soviel Glück darf man aber wohl nicht rechnen, sondern muß negative Reaktionen auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet einkalkulieren.

In der deutschen Literatur zur Sozialen Verteidigung wird an dieser Stelle der Argumentation gewöhnlich auch auf die Möglichkeit eines Staatsstreichs oder einer Intervention der NATO-Verbündeten hingewiesen. Ich habe dies selbst getan (16), hatte dabei allerdings in der Regel nicht ausreichend Gelegenheit, auch noch zu erläutern, daß ich mit dieser Zuspitzung der Gefährdung gedanklich einige Eskalationsstufen überspringe, um die Neuartigkeit der Gefährdung wenigstens skizzieren zu können; ging es doch in der Regel bei einführnden Vortragern darum, die Zuhörer vom herkömmlichen Feindbild, d.h. dem latent aggressiven Warschauer Pakt, etwas zu lösen.

Es ist zwar nicht völlig auszuschließen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland schon vor einer ökopazifistischen Wende infolge ganz normaler Wahlen, zu bewaffneten Interventionen in den demokratischen Prozeß kommt – ein warnendes Beispiel bieten die Zeiten vor dem Obristen-Putsch in Griechenland 1967 –, aber wahrscheinlich wird in der Bundesrepublik zunächst die Politik ihren demokratischen Gang gehen.

Auch die Gegner einer ökopazifistischen Wende werden beim Verlust der Regierung zunächst einmal überlegen, ob die Mehrheitsverhältnisse sich nicht in Bälde auf völlig verfassungskonforme Weise wieder verändern lassen. Die Konservativen würden doch in der Wirtschaft und in der Publizistik über große Machtmittel verfügen, die sie als Oppositionelle einsetzen könnten, um der neuen Regierung die größtmöglichen Schwierigkeiten zu bereiten.

Bei einer ökopazifistischen Wende stünde eine rot-grüne Bundesregierung vor riesigen wirtschafts- und finanzpolitischen Problemen. Ihre Vorgänger würden ihr eine gewaltige Schuldenlast, hohe Einkommenserwartungen der im öffentlichen Dienst Tätigen und einen Berg von Erwerbslosen in der Größenordnung von 10 - 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung hinterlassen. Die private Wirtschaft würde wahrscheinlich auf eine ökopazifistische Wende mit Kapitalflucht und Investitionsverweigerung reagieren. Die Steuereinnahmen würden wahrscheinlich schneller zurückgehen, als sich die finanziellen Dauerverpflichtungen von der neuen Regierung abbauen ließen.

Wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch ist das Grundproblem einer ökopazifistischen Wende, wie die relativ hohen Einkommen und auch die Arbeitslast so umverteilt werden können, daß bei niedrigerem Bruttosozialprodukt dennoch alle über ein ausreichendes Einkommen und einen – im Sinne einer ökologisch verantwortbaren Produktivität – nützlichen Arbeitsplatz verfügen.

Wenn man ein Szenario der sicherheitspolitischen Probleme einer rot-grünen Koalition erarbeiten möchte, dann muß man zuerst einmal überlegen, was eine solche Regierung eigentlich unternehmen würde, um ihre wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Aufgaben zu bewältigen.

Den ökologisch besonders belastenden Luxuskonsum drosselt sie am effektivsten, indem sie mittlere und höhere Einkommen kappt und freiwerdende Mittel dazu verwendet, Erwerbslose zu beschäftigen und Umweltschutzmaßnahmen durchzuführen.

Lassen Sie mich die Möglichkeiten an zwei Beispielen aus meinem gestrigen Alltag verdeutlichen. Mein 16jähriger Sohn berichtete, daß seine Deutschlehrerin – ohnehin eine Referendarin – weitere zwei Wochen krank sei und daß er nun 10 Wochen lang keinen Deutschunterricht erhalte. Es gibt jedoch in Berlin eine große Zahl hochqualifizierter arbeitsloser Deutschlehrer mit beiden Staatsexamen. Abends kam dann noch in den Nachrichten, daß der Beam-

tenbund Gehaltserhöhungen von 5 % fordere – und dies bei einer gegenwärtigen Preissteigerungsrate von 1 % und einer zu erwartenden Staatsverschuldung von weiteren 40 Milliarden DM.

Diese Forderung des Deutschen Beamtenbundes und vergleichbare Vorstellungen der ÖTV halte ich für unverantwortlich im Sinne dessen, was Hans Jonas zum "Prinzip Verantwortung" gesagt hat (17), und für unsolidarisch gegenüber den Arbeitslosen. Die Erfüllung dieser Forderung wäre ein Beitrag zur deutschen Weltmeisterschaft im Femtourismus und weiteren ökologisch höchst problematischen Ausgaben. Sinnvoll wäre mindestens ein Einkommensstopp für die unteren Einkommen und eine drastische Einkommensreduzierung für die mittleren und oberen Einkommen mit dem Ziel der Schließung der Schere, die sich durch die prozentualen Gehaltserhöhungen der letzten Jahrzehnte weit geöffnet hat. In den Beschäftigungssektoren, in denen es viele Arbeitslose gibt, könnte neben dem Einkommen auch die Arbeitszeit der Beschäftigten reduziert werden, um weitere Interessierte einstellen zu können. Es ginge für eine rot-grüne Regierung schließlich nicht nur darum, arbeitslose Lehrer einzustellen sondern auch darum, Arbeitsplätze für all diejenigen zu finden, welche in ökologisch fragwürdigen Produktionsbereichen (z.B. der Automobilindustrie und in der Touristik und eben auch in der Rüstung) ihren Arbeitsplatz einbüßen würden.

Die Bereitschaft zu solch einschneidenden Strukturveränderungen wird wahrscheinlich erst da sein, wenn es ökologisch gesehen schon zu spät ist. Wir begreifen vielleicht erst dann, daß die Parole "Weiter so" das Sieg-Heil des Vierten Reichs war, wenn es für eine Wende zu spät ist. Zum Beispiel erfolgt die Grundwasserverseuchung bisweilen mit einer jahrzehntelangen Verzögerung. Unsere Enkel müssen das Gift trinken, das wir heute ablassen. Die Zerstörung tropischer Urwälder durch die Papierindustrie und landwirtschaftlichen Raubbau ist nicht mehr rückgängig zu machen.

Aber wenn man nun einmal die kühne Erwartung hat, daß in der Bundesrepublik Deutschland noch rechtzeitig eine Koalition der ökopazifistischen Vernunft zustande kommt und auch eine Mehrheit zu drastischen Verhaltensänderungen bereit ist – und das ist schwer genug vorstellbar –, muß man dann nicht zumindest annehmen, daß es auch eine bedeutende Zahl von Personen geben wird, welche die Abkehr vom dolce vita nicht verkraften oder von den Umstrukturierungen unverhältnismäßig hart betroffen sein werden?

Meines Erachtens werden die Gegner einer ökopazifistischen Wende zunächst einmal erwarten, daß sie im Zuge der Wahlen die Ökopazifisten wieder ablösen werden. Diese Erwartung ist (leider) auch gar nicht unrealistisch. Aber eine Bereitschaft den verfassungsmäßigen demokratischen Prozeß durch bewaffnete Aktionen zu beeinträchtigen besteht nun doch in mehrfacher Hinsicht:

1. Ein Terrorismus von rechts könnte sich auch unabhängig von der konservativen Opposition ausbreiten.
2. Die Konservativen selbst könnten befürchten, daß die rot-grüne Koalition bis zur verfassungskonformen Ablösung mehr Schaden angerichtet hat, als sie kurz- und mittelfristig wieder ausgleichen könnten.
3. Die Konservativen könnten befürchten oder erfahren, daß die rot-grüne Mehrheit sich bei Wahlen in den Bundesländern und Kommunen auch nach Einleitung der Wende behaupten kann.

Da neben ökologisch orientierten Maßnahmen auch der Abbau der Rüstung und der Bundeswehr zu einem ökopazifistischen Programm gehören würde, bestünde durchaus die Gefahr, daß wirtschaftliche Interessengruppen sich mit Teilen der Berufssoldaten zusammenschließen, um einen Staatsstreich zu versuchen. Ich weiß, daß sich dies im Augenblick kaum jemand vorstellen kann. Es ist auch gar nicht anzunehmen, daß z.Zt. irgendwelche Offiziere solche Absichten hegen. Die Stimmungslage könnte sich jedoch sehr schnell ändern, wenn nach einem Regierungswechsel die Zahl der Kriegsdienstverweigerer rasch und unaufhaltsam die Zahl der Rekruten übersteigen würde und die militärischen Verbündeten dann auch noch Druck ausüben und ihre Geheimdienste in berüchtigter Manier konspirieren sollten.



Solchen Gefahren läßt sich zwar begegnen, aber die angemessenen Abhaltestrategien müssen im voraus bedacht werden. Jedenfalls dürfte die notwendige Umkehr, diese ökopazifistische Einpassung unserer Lebensweise kein Spazierweg sein – gesäumt von Sonnenblumen; aber die Bemühungen um eine Strategie des Abhaltens und Widerstehens werden getragen von der Hoffnung, daß dieser Weg auch nicht unbedingt ein Kreuzweg werden muß.

Theodor Ebert, Professor an der Freien Universität Berlin

Dieser Artikel ist ein überarbeiteter Auszug aus der Vorlesung Soziale Verteidigung im Wintersemester 87/88 an der Freien Universität Berlin. Professor Dr. Theodor Ebert (geb. 1937 in Stuttgart) ist Schriftleiter von "Gewaltfreie Aktion. Vierteljahresshefte für Frieden und Gerechtigkeit" und Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin-West).

### Anmerkungen

- (1) G. Jochheim:  
Anarchisten: Erste Theoretiker der Sozialen Verteidigung  
In: Graswurzelrevolution, Sonderheft Soziale Verteidigung, 98/99, November 1985, S. 12-17
- (2) B. Russett:  
Which Way to Peace?  
London 1936
- (3) J. W. Hughan:  
Pacifism and Invasion (New York: War Resisters League, 1942)  
In: M.A. Sibley (ed.): The Quiet Battle, Writings on the Theory and Practice of Non-violent Resistance  
New York 1963, S. 317-332
- (4) Gene Sharp:  
Gandhis Defence Policy  
In: T.K. Mahadevan, A. Roberts, G. Sharp (eds.): Civilian Defence, An Introduction  
New Delhi 1967, S. 15-52
- (4) Kirstin Flory:  
Widerstand gegen eine amerikanische Intervention in Nicaragua. Die Pledge of Resistance – Bewegung in den USA.  
In: Gewaltfreie Aktion, 68/69/70  
1986, S. 68-74
- (5) Vladimir Horsky:  
Prag 1968. Systemveränderung und Systemverteidigung  
Stuttgart / München 1975
- (7) C.F.v.Weizsäcker (Hrsg.):  
Die Praxis der defensiven Verteidigung  
Hamel 1984  
Josef Binter, Wilfried Graf (Hrsg.):  
Modelle alternativer Verteidigung und Sicherheit in Europa  
Dialog. Beiträge zur Friedensforschung  
Stadtschlaining, Heft 10, 1987
- (8) Th. Ebert:  
Verteidigungspolitik aus der Sicht der Ökologiebewegung (1978)  
In: Soziale Verteidigung, Bd. II  
Waldkirch 1981, S. 129-144

- (9) Schwerpunkt: Feindbilder  
In: Friedensanalysen, Bd. 1  
Frankfurt 1975  
Ulrich Schmidhäuser:  
Vorurteile, Stereotype, Feindbilder  
In: Jörg Callies / Reinhold E. Lob (Hrsg.) Praxis der Umwelt- und Friedenserziehung, Bd. 1  
Düsseldorf 1987, S. 358-363
- (10) U.Schmidhäuser:  
Entfeindung. Entwurf eines Denkens jenseits der Feindbilder  
Stuttgart 1984
- (11) A. Flitner:  
Wer ist unser Feind? Zur Psychologie und Politik der Feindbilder  
Vortrag an der Universität Tübingen am 16.12.1986
- (12) C. Schmitt:  
Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien  
Berlin 1963, S. 40
- (13) C. Schmitt:  
op.cit., S. 45-46
- (14) Die von C. Schmitt vorgenommene Einschränkung dieser Aufforderung auf die privaten Feinde (op.cit., S. 29) ist sprachgeschichtlich und sinngemäß nicht zu halten. Jesus hatte auch die bewaffneten Aufstandspläne der Zeloten im Auge und Matthäus dachte an die politisch organisierte Verfolgung der christlichen Gemeinde.  
Vergleiche auch Georg Strecker:  
Die Bergpredigt. Ein exegetischer Kommentar  
Göttingen 1984, S. 91
- (15) Dokumentation  
Sicherheitskonzepte nach der Nachrüstung. Eine Diskussion zwischen Egon Bahr und Kurt Biedenkopf (Auszug). Bielefelder Universitätsgespräche  
In: Wolfgang Heisenberg, Dieter S. Lutz (Hrsg.) Sicherheitspolitik kontrovers. Auf dem Weg in die neunziger Jahre  
Bonn 1987, S. 925
- (16) Th. Ebert:  
Perspektiven grüner Sicherheitspolitik  
In: Gewaltfreie Aktion 71/72  
1987, S. 60-67
- (17) H. Jonas:  
Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation  
Frankfurt, Suhrkamp, 1984

Wir wollen  
**OHNE RÜSTUNG LEBEN!**  
Sie auch?





## 2. POLITIKFÄHIG OHNE GEWALT – Von den Militärstaaten zur zivilen Gemeinschaft

### 2.1 Staatliches Handeln gründet sich auf Gewalt

In letzter Instanz gründet sich staatliches Handeln nach innen und außen immer noch auf Gewalt. Generationen von Politikern, Politologen und Journalisten sind von Max Webers Sicht beeinflusst, der 1919 in seinem berühmten Essay "Politik als Beruf" geschrieben hat: "Für die Politik ist das entscheidende Mittel die Gewaltsamkeit." (1) Der Staat ist "ein auf das Mittel der Legitimen (das heißt als legitim angesehenen) Gewaltsamkeit gestütztes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen." (2) Politik und Gewaltsamkeit gelten nach Max Weber als unauflösbar verknüpft. "Wer das nicht sieht, ist in der Tat politisch ein Kind." (3)

Auch heutzutage, fast 70 Jahre nach Max Webers Festschreibung des Politik-Gewalt-Nexus, spürt jeder politisch Tätige nach einiger Zeit der Wirksamkeit instinktiv und unausweichlich, daß seine Tauglichkeit für die Politik, seine Politikfähigkeit, daran gemessen wird, ob er bereit ist, den Pakt mit Macht und Gewaltsamkeit zu schließen.

### 2.2 Das "staatliche "Gewaltmonopol"

Das "staatliche Gewaltmonopol" war menschen- und institutionengeschichtlich ein Fortschritt, gemessen am willkürlichen Gewalteinsetz von Privaten und Gruppen. Die Entsprechung im Staatensystem wäre eine Akkumulierung (Anhäufung) und Monopolisierung (Alleinzuständigkeitszuweisung) militärischer und polizeilicher Macht bei einer Instanz, z.B. den Vereinten Nationen. Weltstaatskonzepte haben für manche Zeitgenossen eine eigentümliche Verlockung. Sie sind zugleich gespenstisch: Aus einem Weltstaat kannst Du nicht mehr auswandern ...

Das Gegenkonzept ist die Entstaatlichung der Gesellschaft oder das Absterben des Staates als Gewaltinstanz bzw. sein Umbau (Perestroika) in eine zivile gewaltlose Institution, die weiterhin für Schutz- und Regelungsfunktionen und für den Ausgleich zwischen den bürgerschaftlichen Interessen zuständig wäre.

Wir befinden uns auf dem Wege der Veranschaulichung und gedanklichen Konkretisierung dieser Utopie von den zivilen Gemeinschaften: Gesellschaftliche Experimente auf Zeit wie "Freistaat Christianea", "Freie Republik Wendland, Larzac, Marckolsheim, Wyhl, Hüttendorfer Startbahn-West und Wackersdorf haben dazu beigetragen, diese konkrete Utopie in Spurenelementen bereits jetzt erfahrbar zu machen.

Wegfall des staatlichen Gewaltmonopols, d.h. Vergesellschaftung und Reprivatisierung der zur Zeit noch beim Staat akkumulierten und konzentrierten Waffengewalt, wäre kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt zu vorstaatlichen Strukturen ("Wildwest"), in denen die Gewalt frei floatet. Bürgerinitiativen gegen das Chaos, der Ruf nach Bürgerwehren, bewaffnete Jugendgangs, private Leibwächter, Privatarmeen und dergleichen sind aktuelle Belege für die Ablehnungsbedürftigkeit der Forderung, das staatliche Gewaltmonopol abzuschaffen. Besser von einem demokratisch kontrollierten Staat strukturierte und verrechtlichte Gewalt, als Gewalt in der willkürlichen Handhabung durch gesellschaftliche Gruppen! Oder?

Die durch die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki erkennbar gewordene Fähigkeit der Menschen zur atomaren Selbstauslöschung und Weltvernichtung (Omnizid) hat die Suche nach Alternativen zum internationalen und innerstaatlichen Gewaltsystem in ihrer Dringlichkeit absolut werden lassen. Entweder die Menschheit schafft die Rüstung ab oder die Rüstung tilgt uns aus der Geschichte. (4) Das Zivilisationsrezept, Gewalt durch mehr Gewalt in Schach tilgt uns aus der Geschichte. (4) Das Zivilisationsrezept, Gewalt durch mehr Gewalt in Schach zu halten, hat im Atomzeitalter die Grenze seiner Wirksamkeit erreicht, denn es führt denknotwendig zur Selbstvernichtung der Menschheit.

Die unter Reagan in den USA zeitweise erkennbar gewordenen Szenarios der begrenzten und gewinnbaren Atomkriege sind (waren?) der Versuch einer "Lösung" dieses Problems im Sinne gewaltstaatlichen Eigennutzes. Eine Administration, die den Menschen, vor allem den "Feind" zu kennen glaubt, bereitete die US-Amerikaner und die übrige Welt darauf vor, das Vernichtungsrisiko so zu organisieren, daß die besseren Menschen, das bessere System (der USA) überleben sollten. Nach 40 Jahren der Mästung durch den American Way of Life wurde für die Deutschen und andere Europäer der Preis erkennbar: Die Auslöschung. Die zynische Aufkündigung des "Gleichgewichts des Schreckens" und das laute Nachdenken einiger Regierungsberater über Erstschlagsstrategien brachten die Öffentlichkeit in Bewegung. Daraus sind nicht nur die neuen Friedensbewegungen entstanden, sondern daraus ist auch das hervorgegangen, was "Neues Denken" in der Politik genannt wird: "Aus der Unmöglichkeit einer militärischen – d.h. nuklearen – Lösung internationaler Differenzen ergibt sich eine neue Dialektik von Stärke und Sicherheit. Sicherheit kann nicht mehr durch militärische Mittel hergestellt werden – weder durch nukleare Waffen und Abschreckung noch durch die unablässige Perfektionierung von "Schwert" und "Schild". (5)

Auf dem Höhepunkt des Raketenwiderstandes der neuen Friedensbewegung der 80er Jahre wurde auch erkennbar, daß die Waffenentwicklung zu einem rapiden Autoritätsverlust politischer Führungen zu einer Krise des militärischen Denkens und zu einem Verfall des öffentlichen Vertrauens in die militärische Verteidigung beigetragen hat. Inzwischen hat sich jedoch herausgestellt, daß nicht nur die politischen Eliten nicht fähig oder nicht gewillt sind, daraus die radikale Konsequenz der Abschaffung von Rüstung und Krieg abzuleiten. Offensichtlich haben sich in der Menschheitsentwicklung die Denkgewohnheiten so sehr auf die Realität der wachsenden Zerstörungskräfte eingestellt und mit ihnen abgefunden, daß es viel leichter ist, daran anzuknüpfen und Krieg und Rüstung zu "retten", als Menschheit und Schöpfung vor Krieg und Rüstung.

### 2.3 Die Notwendigkeit rettender Initiativen

Einige von der Notwendigkeit rettender Initiativen überzeugte Politiker, wie Egon Bahr und Michael Gorbatschow, versuchen, wenigstens den halben Weg zu gehen: "Die kontinuierliche Herabsetzung des Niveaus des strategischen Gleichgewichts ..., aus dem nukleare und andere Massenvernichtungsmittel verbannt werden sollten." (6)

Für Bahr und Gorbatschow folgt daraus auch die Doktrin von der "Sicherheitspartnerschaft" bzw. der "gleichen Sicherheit". Damit tragen sie, gewollt oder ungewollt, dazu bei, Rüstung und Kriegsführungsfähigkeit ideologisch zu fixieren: Eine Momentaufnahme eines durch die Notwendigkeit von Machterwerb und Machterhalt gebremsten aufklärerischen Denkens.

### 2.4 Konsensbruch und neuer Konsens in der Verteidigungsdebatte

In Westeuropa suchen einflußreiche Kräfte in Politik und Militär ihre Rettung in der "Europäisierung" der Verteidigungspolitik. Nach dem Konsensbruch in der Verteidigungsdebatte, der u.a. durch das Abstimmungs-Nein zeitweise staatstragender Parteien zur NATO-Nachrüstung markiert wird, suchen die Regierungen der WEU-Länder (7) bei zunehmender Gefolgschaft (8) einen neuen Konsens in einer eigenständigen (west-)europäischen Rüstungs- und Militärpolitik. Ähnlich wie Reagan für SDI, versuchen die Befürworter dieser "Europäisierung" die Atomkriegsangst abzuschöpfen und sie der Durchsetzung ihrer Militärkonzepte dienstbar zu machen (Eureka, EVI, "Selbstbehauptung Europas"). Ziel ist, (West-)Europa von den USA unabhängiger zu machen und die Interessen der Europäer durch Aufbau einer militärischen Drohkapazität (von schnellen Eingreiftruppen bis zu Neutronensprengköpfen (9)), weltweit zur Geltung zu bringen. Neuerdings setzen sich WEU-Politiker bereits öffentlich über die vorübergehend respektierte "Atomallergie" ihrer Völker hinweg und peilen unverblümt den Aufbau einer integrierten westeuropäischen Atomstreitmacht an. Eine (atomar gerüstete) westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft würde die Entfallchancen des neuen Denkens a la Gorbatschow im Keim zerstören, international das atomare Wettüben verstärken und Rüstungsbegrenzungsabkommen behindern, noch bevor sie unter Dach und Fach sind.



Auch die Forderung nach wenig- atomaren oder nicht- atomaren Verteidigungskonzepten drückt sich davor, Konsequenzen aus dem Grenzübergang vom 6. und 9. August 1945 zu ziehen, daß jede militärische Option unterhalb der atomaren Vernichtungsdrohung mit der Furcht belastet ist, der Gegner könne im Konfliktfall atomar eskalieren. Die Entscheidung für militärische Lösungen des Sicherheitsproblems endet mit zwingender Logik immer wieder bei der als notwendig empfundenen Einbeziehung eigener atomarer Bewaffnung oder des atomaren Schirms einer Schutzmacht.

Bei dieser Ausgangslage können rettende Auswege nicht im Rahmen des militärischen Gewaltsystems, sondern nur durch die Schaffung eines neuen, wirklich alternativen Kreislaufs, gefunden werden: Allein zivile, nichtmilitärische Lösungen entkommen dem Dilemma.

## 2.5 Auf dem Weg zu einer neuen "Politikfähigkeit ohne Gewalt"

Soziale Verteidigung ist ein Hilfsmittel auf dem Weg zu einem nicht - militärgestützten Friedensbegriff und zivilen Gesellschaften.

Soziale Verteidigung ist der Widerstand mit gewaltfreien, nichtmilitärischen Mitteln gegen militärische Aggressoren von innen (Putsch, Staatsstreich) oder von außen (Intervention, Invasion). In den angelsächsischen Ländern heißt Soziale Verteidigung "Civilian Defence". Im Deutschen würde "Zivile Selbstbehauptung" besser treffen, was gemeint ist. Sozial im Sinne der Sozialen Verteidigung meint gesellschaftlich. Soziale Verteidigung ist Gesellschaftsverteidigung gegen einen bewaffneten Angreifer mit nichtmilitärischen gewaltlosen Methoden.

Auf dem Weg dahin muß und kann ein neuer Begriff von Politikfähigkeit propagiert und durchgesetzt werden.

Danach wäre nicht mehr politikfähig, wer die Gewaltpotentiale der Staaten und Militärbündnisse aufrecht erhält oder steigert, sondern nur noch der- und diejenige, der und die bestrebt ist, diese Gewaltpotentiale abzubauen und konkrete Konzepte für diesen Gewaltabbau vorweisen kann. Koalitionsfähig mit einer Partei dieses Verständnisses von Politikfähigkeit wäre nur eine solche Partei, die bereit wäre, diesen Parameterwandel (bzw. Paradigmawandel) für Politik mitzuvollziehen.

Die "Gretchenfrage" nach dem Gewaltmonopol führt in die Irre. Kaum eine ernstzunehmende politische Kraft ist unter den aktuellen Rahmenbedingungen in Westeuropa bereit, das Gewaltmonopol des Staates infrage zu stellen (Ausnahmen: Nordirland und Baskenland, wo die legitime Zuständigkeit eines Staates für eine bestimmte Region infrage gestellt wird). Worum es heute geht, das ist der Abbau bestehender Gewaltakkumulation und die Verhinderung neuartiger Gewaltakkumulationen (z.B. über WEU/EG in der Zentrale einer künftigen Europäischen Union).

## 2.6 Von der Militärdemokratie zur Zivildemokratie

Historisch kommt es darauf an, den Übergang von der Militärdemokratie (Prärogative d.h. staatlich anerkannter Vorrang (z.B. festgeschrieben durch Gerichtsurteile zu Klagen von durch militärischen Tiefflug geschädigten BürgerInnen militärischer Sicherheit) zur Zivildemokratie zu markieren und mit einem neuen, staatsunabhängigen Denken politischer Zivilität solange Kerben in das gewaltstaatsfixierte Denken a la Max Weber zu hauen, bis das Ziel einer Mehrheit von ZeitgenossInnen erreichbar erscheint.

Zivil ist in erster Linie der Gegenbegriff zu militärisch. "Ziviler Friede" erhöht die Trennschärfe (zur Abgrenzung gegenüber militärgestützten "Friedens"-konzepten) und enthält zugleich das Ziel der vollständigen Abrüstung und Entmilitarisierung. Die Idee des politischen Zivilismus geht von der Ahnung aus, daß es in bestimmten Regionen gelingen könnte, zivile Gesellschaften - in diesem Sinne Zivildemokratien - aufzubauen. Nach meiner Überzeugung ist das am ehesten in dem von historischen Erfahrungen mit Kriegen mehr als gesättigten Europa möglich.

Voraussetzung für eine zivile Gemeinschaft sind u.a.

- das Wecken eines zivilen Bewußtseins (politischer Zivilismus)
- die Entfaltung ziviler Kraft (Selbstorganisation, Fähigkeit zur zivilen Selbstbehauptung bzw. gewaltfreiem Widerstand)
- die zivil-ökologische Umgestaltung der Wirtschaft und der Aufbau von Regionalwirtschaften (Konversion, regionale Konversion, Stärkung der endogenen regionalen Kräfte)
- Bekämpfung aller Imperialismen (Aufgabe überseeischer Besitzungen, Dominions, Testgebiete durch Europäer)
- Überwindung von Ausbeutung (Mensch - Mensch, Mensch - Natur, erste Welt - Rest der Welt)

## 2.7 Staatsfreies Netz

Zivilität ist mehr als der Gegenbegriff zum Militärischen. Gemeint ist auch die Verknüpfung ziviler, staatsfreier Strukturen, woraus ein Netz von Gegenstaatlichkeit und Nichtstaatlichkeit entstehen kann. Zivilität wird zunehmend in ost/mittleuropäischen Ländern gesucht und ist dort - mehr als hier - ein Reflex auf das angemessene Politikmonopol von Staat und Staatspartei(en). Das weist auf das Problem der Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen hin. Was dort das Überwinden des staatlichen Politikmonopols ist, müßte hier das Überwinden der von den herkömmlichen Parteien angemessenen quasi Alleinständigkeit, in Bezug auf alle relevanten Medien der Machtausübung, sein (erkennbar u.a. in der Besetzung der Aufsichtsgremien von Rundfunk und Fernsehen).

Die Frage der Durchsetzung von Zivilmacht ohne Gewalt ist nicht gelöst, aber in dem Maße lösbar, wie an die Stelle staatlicher, machthierarchischer Strukturen gesellschaftliche, dezentrale, basisdemokratische Regelkreise treten. Für diejenigen, die nach allzu anstrengenden basokratischen Erfahrungen, etwa bei den GRÜNEN oder anderswo erschrecken und ein solches "Ablösungskonzept" für zu anstrengend halten, stellt sich die Frage, ob und wie sie sich einbringen können, um den Staat seiner Gewalt zu entkleiden, ihn zu "zivilisieren". Die gewaltfreie Aktion ist das Mittel zur Durchsetzung gewaltfreier ziviler Strukturen und zum Aufbau ziviler Macht.

"Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung, den eigenen Willen gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht." (10) Oder: Macht ist die Fähigkeit, einen anderen auch gegen seinen Willen zu einem Tun, Dulden oder Unterlassen zu bewegen.

So verstanden haben auch schon gewaltfreie Bewegungen Macht entfaltet; etwa, indem sie die französische Zentralregierung veranlaßt haben, die Ausweitung des Militärcamps auf dem Larzac nicht weiterzubetreiben, die Betreiber daran gehindert haben, das Atomkraftwerk in Wyl zu errichten oder die niedersächsische Landesregierung überzeugt haben, daß eine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben politisch (-ohne Herrschaftsverlust der CDU-Regierung Albrecht) nicht durchsetzbar gewesen wäre.

Ungelöst ist (auch bei den GRÜNEN) die Frage, ob die Teilnahme an Staatsfunktionen, an institutionalisierter Macht, ohne Gewaltausübung möglich ist. Insofern und solange sich der Staat in letzter Instanz auf Gewalt gründet, lautet die Antwort: Nein. D.h. Gewaltfreiheit und Teilhabe an Staatsfunktionen sind unvereinbar. (Die grüne Mogelpackung wäre, die anderen in einer Koalition die gewaltträchtigen Funktionen ausüben zu lassen und selbst - wie es im Österreichischen heißt - gewaltarme Funktionen zu verwalten. Das löst aber nicht das Grundgesetzproblem (nervt allenfalls schon heute denkbare Koalitionspartner).

## 2.8 Gewaltfreiheit und Machterwerb

Darüber hinaus gibt es ein politästhetisches Problem der Vereinbarkeit von Gewaltfreiheit und Machterwerb. Gewaltfreiheit als "reines Mittel" hat Ausstrahlung und Überzeugungskraft. Gewaltfreiheit als Mittel des Machterwerbs wirkt leicht anrühlich. Gewaltfreie Aktionen im



Dienste eines Wahlkampfes, gewaltfreie Parteikampagnen, können (müssen nicht) die Kultur der Gewaltfreiheit korrumpieren. Zerrüttet und diskreditiert wird die gewaltfreie Aktion im Dienste der Politik als Machterwerb, wenn sie als ein beliebiges Werkzeug zur Erlangung öffentlicher Aufmerksamkeit eingesetzt wird. Beispiel: Der berühmte Ochsenbluteffekt. AkteurInnen kamen mit Ochsenblutbeuteln, beschmierten die Botschaftstür, ließen sich (mit Claque, d.h. angekarrten Publikum) ablichten und hasteten dann zum nächsten Termin. Andere Variante: Medienvertreter "bestellen" eine gewaltfreie Aktion und machen deutlich, daß ohne die Erfüllung ihrer Vorstellungen "nichts läuft".

Die Kultur der Gewaltfreiheit hat eine Würde zu verteidigen. Sie wird sich in dem Maße schwerer entfalten können, wie sie in den Geruch des blanken Machtmittels (Macht um der Macht willen) gerät. Zu lösen ist das Problem allenfalls durch das Einführen einer Zweckbindung: Dient der gewaltfreie Machterwerb guten oder bösen Zwecken?

"Gut ist: Leben erhalten, Leben fördern.

Böse ist: Leben vernichten, Leben schädigen." (11)

Trotz all dieser schwer lösbaren Fragen plädiere ich für die Überwindung der noch in der historischen Gestalt Gandhis angelegten Spaltung von Gewaltfreiheit und staatlicher Machtausübung. Gandhi hat seine gewaltfreien Kampagnen im Geiste des "reinen Mittels" geführt und die "unreine" gewaltorientierte Politik im Sinne des Staatsaufbaus und der Ausübung von Staatsfunktionen anderen überlassen mit der Folge, daß es kein Konzept und keine Garantien für Gewaltabbau in den Institutionen gab (bis hin zu klassischer Gewaltakkumulation, zu militärischer Annexion und zur Zündung eines atomaren Sprengsatzes durch Indien). Ich halte dafür, daß wir diese Spaltung zu überwinden trachten ("zweite gandhistische Emanzipation" analog der "zweiten russischen Revolution des Michael Gorbatschow) und betrachte als Feld der Bewährung hierfür die Verhinderung einer Militärmacht Westeuropa und – stattdessen – die Entwicklung einer nichtmilitärischen zivilen Gemeinschaft.

Roland Vogt

Dieser Artikel entstand aus Erfahrungen mit dem Versuch Gewaltfreiheit und Soziale Verteidigung in verschiedenen politischen Organisationen zu verankern bzw. politische Institutionen damit zu befassen.

#### Anmerkungen:

(1) Max Weber

Politik als Beruf

7. Auflage, Berlin 1982, S.:58

(2) Max Weber

a.a.O. S.:9

(3) Max Weber

a.a.O. S.: 60

(4) Gernot Jochheim

Länger leben als die Gewalt

Stuttgart und Wien 1985

(5) Michael Gorbatschow

Perestroika – Die zweite russische Revolution

München 1987, S.: 179 ff

(6) Michael Gorbatschow

a.a.O. S.: 181

(7) Italien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland,

Be-Ne-Lux, Großbritannien

(8) Beitrittswillig zur Zeit

Portugal, Spanien, Norwegen

(9) So z.B. die ehemaligen Verteidigungsminister Frankreichs, Henu und Messmer, die im Sommer 1987 für die Stationierung von Atom- (bzw. Neutronen-) Sprengköpfen Frankreichs an der Elbe plädierten

(10) Max Weber

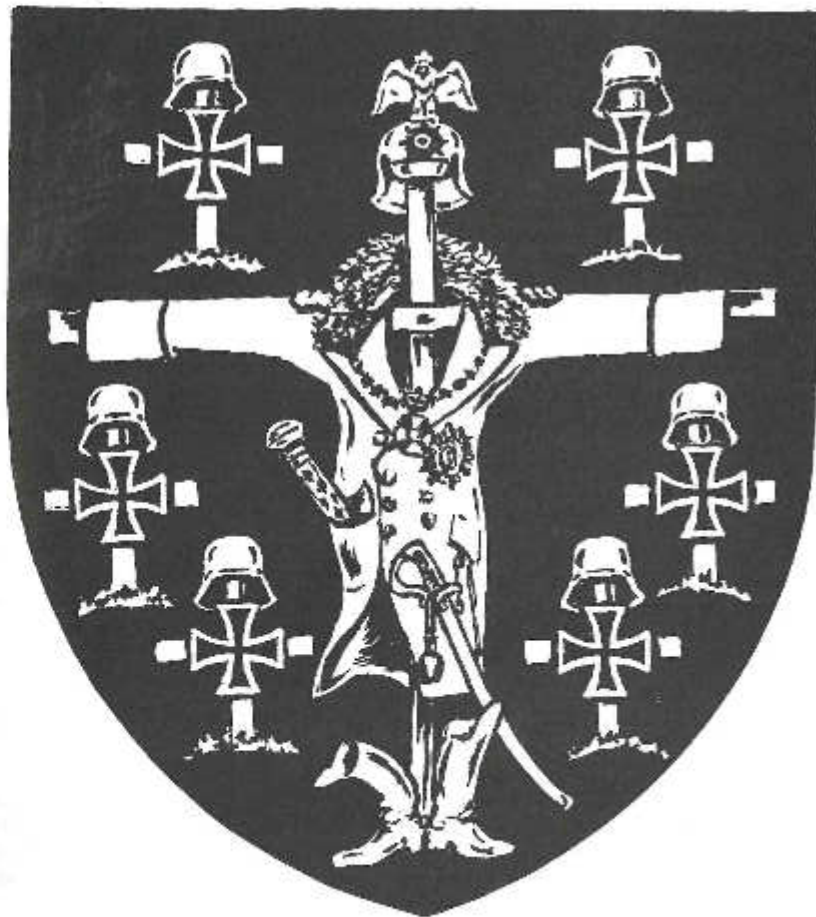
a.a.O., S.:

(11) zit. nach Werner Hehl

Albert Schweitzer in Georg Popp

Die Großen des Glaubens

Stuttgart 1985, S.: 273





### 3. DIE ROLLE DER SOZIALEN VERTEIDIGUNG IN DER REGIONALEN FRIEDENSARBEIT

#### Vorbemerkung

Dieser Aufsatz beschreibt Entwicklungen, die im Fluß sind. Er ist daher vorläufig und unfertig. Hier soll bisher Unverbundenes zusammengefügt werden, weil wir glauben, daß es zusammenpaßt. Unter den Gesichtspunkten der Sozialen Verteidigung entsteht ein Bild "Der Neuen Sozialen Bewegungen", das den Blick für eine umfassende Perspektive gesellschaftlicher Veränderung freimacht.

#### 3.1 Begriffserläuterung

In diesem Zusammenhang sind für uns drei Begriffe von zentraler Bedeutung, die im folgenden kurz charakterisiert werden sollen.

##### 1. Friedensarbeit

Unter Frieden verstehen wir einen Prozeß, in dessen Verlauf Menschen sowohl allein als auch in und mit Gruppen lernen, gewaltfrei Konflikte zu lösen und mit der Lösung mehr Gerechtigkeit und Selbstverwirklichung für alle erreicht wird, die an dem Konflikt beteiligt sind. Friedensarbeit hat folgerichtig latente und offene Konflikte zu benennen und ihre Bearbeitung im beschriebenen Sinne zu organisieren.

##### 2. Region

Im Begriff Region verschmelzen geographische, ökonomische, soziokulturelle und ideologische Komponenten. Wenn in friedenspolitischen Zusammenhängen von Region gesprochen wird, so ist damit häufig ein Bild von einer Landschaft, die mit Menschen bevölkert ist, gemeint. Dieses Bild setzt sich zusammen aus erlebter, interpretierter und nicht selten verbrämter Vergangenheit und mehr oder weniger konkreter, erdachter oder erträumter Zukunft. "Meine" Region ist da, wo ich die Idee, das Bild, die Utopie zu verwirklichen suche, wo ich Gesellschaft mitgestalte, indem ich mich einlasse auf die Bedingungen der Gesellschaft und der Umwelt. Region ist ein Synonym für Gemeinsamkeit von Alltagserfahrungen, die nicht selten über eine bestimmte Gruppenzugehörigkeit hinausgeht. Solche Erfahrungen sind:

- Umgangssprache
- Landschaft
- historische Mythen
- Architektur

aber auch – und dies gilt in besonderem Maße für friedenspolitisch engagierte Menschen – Erfahrungen von Zerstörung durch Ausbreitung des Militärs, Zerstörung des Waldes, Vergiftung des Wassers und des Bodens, Zerstörung von Wohn- und Lebensraum, durch Planung in Machtzentren, die in der Regel außerhalb der Region liegen. In diesem Sinne ist die Region eine maßgebliche Variante bei der Organisation politischer Erkenntnisprozesse.

##### 3. Soziale Verteidigung

Das Konzept der Sozialen Verteidigung haben wir von Christoph Besemer übernommen, der Soziale Verteidigung in den 11 folgenden Punkten definiert:

1. Die Soziale Verteidigung ist eine Kampfmethodik, die auf Androhung und Anwendung von Gewalt verzichtet. Sie wird von der Bevölkerung selbst getragen und verteidigt nicht mehr Landstriche, sondern die Verfassung, die Kultur und die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Soziale Verteidigung kann somit gegen jegliche Versuche der Fremdbestimmung angewendet werden, ob sie vom Osten, vom Westen oder aus dem eigenen Land kommen.

2. Der Grundgedanke der Sozialen Verteidigung ist, daß ein Aggressor keine Kontrolle über ein Land gewinnen kann, wenn die Bevölkerung die Zusammenarbeit mit ihm verweigert. Er wird wenig Nutzen aus dem besetzten Gebiet ziehen können, wenn niemand für ihn arbeitet, seine Anordnungen nicht befolgt werden und sein eigener Aufwand durch Behinderungen unverhältnismäßig in die Höhe getrieben wird.
3. Grundform der Sozialen Verteidigung ist daher die Nichtzusammenarbeit mit dem Aggressor, während für das eigene Land mit gesteigerter Einsatzbereitschaft weitergearbeitet wird. (Dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration.)  
Nichtzusammenarbeit kann in vielfältiger Weise praktiziert werden: Gehorsamsverweigerung, Nichtverstehen, Mißverstehen oder unkorrekte Ausführungen von Befehlen, gezielte Streiks, Langsamarbeit, fehlerhafte Produktion, Boykott, Untertauchen von Personen, Verschwindenlassen von Akten, wichtigen Geräten und anderem.
4. Durch zusätzliche Behinderungsaktionen, wie Materialblockaden, Desorientierung, gewaltlose Sabotage in Form von Unbrauchbarmachen technischer Einrichtungen durch geringfügige Veränderungen bzw. Beschädigungen (intelligente Zugriffsverweigerung) usw., wird es dem Aggressor erschwert, seine Ziele zu erreichen. Die Kosten seiner Unternehmungen sollen den Nutzen übersteigen.
5. Da Gewalt und Rechtsbruch nur von Seiten des Aggressors ausgehen, setzt er sich ins Unrecht und verliert die Möglichkeit, sein eigenes Verhalten angemessen zu begründen. Je mehr Gewalt er anwendet, desto größer werden seine Rechtfertigungsschwierigkeiten.
6. Das Unrecht wird den Soldaten und zivilen Helfern des Aggressors deutlich vor Augen geführt:  
Durch Gespräche, Schriften, Bilder und durch die Konfrontationen mit den von ihnen verursachten Leiden.  
Da sie selbst nicht bedroht werden, können Prozesse der Demoralisierung und des Umdenkens bis hin zur Gehorsamsverweigerung in den Reihen des Gegners eher stattfinden, als beim militärischen Widerstand.
7. Das Prinzip, Widerstand auf allen Ebenen zu leisten, zwingt den Aggressor, seine Kräfte aufzusplitten und in einen "Dschungel des Widerstands" zu schicken, in dem die Soldaten der direkten Beeinflussung durch die Bevölkerung ausgesetzt sind.
8. Der weniger spektakuläre Widerstand in Form von Nichtzusammenarbeit, versteckter Behinderung und persönlichen Gesprächen wird ergänzt durch öffentliche Protestaktionen und gewaltfreie Konfrontationstaktiken (z.B. Sitzblockaden, Menschengürtel, Go-Ins, demonstrative Übertretungen von Verboten).  
Der Protest drückt den ungebrochenen Widerstandswillen aus, die Konfrontationen zeigen die Entschlossenheit, sich nicht durch Gewalt einschüchtern zu lassen und zwingen den Gegner zum Handeln: Er muß entweder in aller Öffentlichkeit nachgeben oder versuchen, sich gewaltsam durchzusetzen. Dies könnte allerdings die Unterstützung aus dem eigenen Lager beeinträchtigen und die Gewissenskonflikte der eigenen Soldaten zusätzlich verschärfen.
9. Die Soziale Verteidigung versucht sowohl im eigenen Land als auch im Hinterland des Aggressors (falls von außen kommend) und bei dessen Verbündeten sowie in der gesamten Weltöffentlichkeit Unterstützung zu bekommen, die Ziele der Aggression zu vereiteln und dem Aggressor die Machtquellen zu entziehen.
10. Der hohe Aufwand, der geringe Nutzen und die politischen Risiken, die eine Aggression mit sich bringen würde, sollen möglichen Gegnern schon vorher klargemacht werden und sie von vornherein von einer Aggression abhalten. Zusätzlich sollen durch eine aktive Friedenspolitik Konfliktursachen beseitigt und gewaltlose Veränderungen möglich gemacht werden.
11. Die Soziale Verteidigung verspricht umso mehr Erfolg, je dezentralisierter und demokratischer Wirtschaft und Gesellschaft gestaltet sind und je überzeugender Widerstandsfähigkeit



higkeit und Gewaltfreiheit schon vorher im eigenen Land unter Beweis gestellt werden. Gewaltfreier Widerstand muß heute beginnen, um Soziale Verteidigung möglich zu machen.

### 3.2 Drei Thesen zur Rolle der Sozialen Verteidigung in der regionalen Friedensarbeit

Anhand von 3 Thesen möchten wir die erläuterten Begriffe im folgenden kurz zusammenführen:

1. Von zum Teil verschiedenen Ansätzen ausgehend, arbeiten die Träger und Trägerinnen der "Neuen Sozialen Bewegung" eigenständig auf Strukturen hin, die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft überlebensfähig werden lassen.
2. Soziale Verteidigung ist eine dezentrale basisdemokratisch organisierte Verteidigung, die nicht das Territorium, sondern soziale Institutionen und die selbstgewählte und verantwortete Lebensweise innerhalb eines gesellschaftlichen Systems verteidigen könnte. Soziale Verteidigung ist darauf angewiesen, daß Gruppen und Einzelne autonom, aber im Sinne der gesamten Gesellschaft Entscheidungen treffen und nach diesen Entscheidungen handeln. Der Aufbau einer Sozialen Verteidigung geht daher Hand in Hand mit einem Demokratisierungsprozeß, der dazu führt, daß immer mehr Menschen Verantwortung für die globalen Auswirkungen ihres Tuns und Nichttuns übernehmen.
3. Den Raum der Umsetzung der Sozialen Verteidigung sehen wir hauptsächlich in der Region. Die überlebensfähigen Strukturen sind dezentral, demokratisch und selbstbestimmt, ebenso die, die sozial zu verteidigen sind. Die langfristige Arbeit von Basisgruppen in den Regionen wird dort die Struktur verändern und die nötigen Voraussetzungen für eine Akzeptanz der Sozialen Verteidigung in der Bevölkerung schaffen.

### 3.3 Die gesellschaftlichen Strukturen müssen geändert werden, damit Soziale Verteidigung verwirklicht werden kann

Ein wichtiger Gedanke, der diesem Aufsatz zugrunde liegt, ist die wachsende Erkenntnis, daß die Bundesrepublik Deutschland im Moment nicht die Strukturen aufweist, die sozial zu verteidigen sind:

- Als wichtige Wirtschaftsmacht ist sie so in die Weltwirtschaft eingebunden, daß sie von deren ungerechten Strukturen profitiert.
- Sie hat im Inneren eine politische Struktur, in der weittragende Entscheidungen ohne die Beteiligung der Betroffenen (im Namen einer schweigenden Mehrheit) und gegen den Widerstand der Betroffenen durchgesetzt werden.
- Entfremdung und Ausbeutung kennzeichnen weiterhin die Arbeitsbeziehung.
- Die Versorgung mit Energie und allen lebenswichtigen Gütern wird zunehmend zentralisiert.

Dies sind (ganz grob) die wesentlichsten Momente von Ungerechtigkeit, die im Fall einer Sozialen Verteidigung zu gefährlichen Klippen werden. Gleichzeitig und nicht zufällig liegen hier die wesentlichen Konfliktfelder der Zukunft, die von uns einschneidende Veränderungen unserer Lebensweise fordern werden.

Damit sei der hinlänglich bekannte Hintergrund beschrieben. Die Antwort auf die folgenden Fragen sollen unsere Thesen mit Leben füllen:

1. Welche Kräfte werden den Prozeß zu ökologisch eingepaßten, dezentralen, selbstbestimmten und demokratischen Strukturen vorantreiben?
2. In welcher Weise wirken diese Strukturen als Voraussetzung für den sozialen Verteidigungsfall – und was muß noch hinzukommen, um die Erfolgchancen zu vergrößern?
3. Welche Rolle spielt die Region dabei?

Die in der Friedensbewegung engagierten Menschen und Gruppen bemühen sich, demokratische Entscheidungsprozesse einzuüben. Soweit sie in Bezugsgruppen organisiert sind und

das Modell ernst nehmen, findet eine gedankliche Auseinandersetzung von Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit statt. Raum für Ängste und das Wachsen mit den Aufgaben wird hier geschaffen. Gleichzeitig muß die Friedensbewegung schnell zu reagieren lernen auf internationale, nationale und lokale Vorfälle. Die Einsicht in die Notwendigkeit einer engen, regionalen und in Ansätzen überregionalen Vernetzung wächst und vergrößert die Mobilisierungsfähigkeit. Schließlich tritt die Friedensbewegung mit teilweise deutlichen regionalen Schwerpunkten auf und zieht einen Teil ihrer Kraft aus der Verankerung in der Region. Stand inhaltlich bislang der Kampf um die Mittelstreckenraketen im Vordergrund, so läuft parallel dazu eine mögliche Verbreiterung des Ansatzes in Richtung Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Berührungspunkte zur 3. Welt-Arbeit und zur Ökologiebewegung werden erkennbar und deutlicher, gleichzeitig eine grundsätzlichere Militärkritik. In der Solidarität mit den unterentwickelten Ländern wird praktiziert, was wir im Fall der Sozialen Verteidigung von anderen Ländern erwarten. Aufklärung über die Ungerechtigkeit und unsere Verstrickung darin. Sie legt den Grundstein für eine Veränderung des Bewußtseins bei uns, das erkennt, daß unser Reichtum auf der Armut der anderen aufbaut.

Die für uns notwendige Bereitschaft zum Verzicht wächst umso eher, je klarer die eigene Verstrickung wird und je besser wir die Menschen kennen, die betroffen sind.

Die sofortigen Wirkungen dieser Arbeit sind,

- daß wir die Strukturen entloeren, die die jetzige Weltwirtschaftsordnung tragen,
- daß eine praktikierbare Alternative angegeben wird,
- daß durch den persönlichen Kontakt zu Betroffenen ein tiefes Lernen ermöglicht wird,
- daß im Kleinen Ansätze praktiziert werden, die eine bessere – im Sinne von gerechtere – Ordnung sichtbar werden läßt,
- daß Brücken der Solidarität geschaffen werden, die im Falle einer Sozialen Verteidigung in einem Land "nur" noch intensiviert werden müßten.

Die Ökologiebewegung deckt zwei für die Durchsetzung der Sozialen Verteidigung besonders gefährliche Schwachstellen der bundesrepublikanischen Gesellschaft auf:

Zum einen den strukturellen Mangel an demokratischen Grundlagen, sei es im Umgang mit Konflikten oder im Zustandekommen weittragender Entscheidungen, ohne die Mitwirkung der Betroffenen.

Zum anderen, die Verfassung als kapitalistische Industrienation, die sich selbst die Lebensgrundlage und Überlebenschance entzogen hat. Die ökologische Einpassung der Industriegesellschaft fordert nicht nur den Verzicht auf Großtechnologie, sondern rückt gleichzeitig die vor Ort gegebenen Ressourcen und ihre möglichst schonende Verwendung in den Mittelpunkt.

Hier nun kommt die regionale Umsetzungsstrategie zum Zuge. An Plänen für eine "eigenständige Regionalentwicklung" arbeiten bereits hier und da Gruppen. Mehrere Ansätze können in einem solchen Vorhaben zusammenfließen: Die Schaffung ziviler Arbeitsplätze im Gegensatz zur Abhängigkeit von Militär; klassische Rüstungskonversion; die Wirtschaftsförderung einer benachteiligten Region; Projekte selbstbestimmter Arbeit in selbstverwalteten Betrieben; Wiederaufnahme alter, vielleicht verschütteter Techniken und Bräuche; Umstellung auf ökologische landwirtschaftliche Produktion; Vermarktung in Nahrungsmittelkooperativen; gerechteren Vertrieb von Waren aus der "3. Welt"; dezentrale und verschiedene Arten der Energieversorgung.

Hier sind, soweit uns bekannt ist, bislang nur zarte Anfänge zu verzeichnen, doch sie stellen den folgerichtigen Schritt dar. Wie sich zeigt, vermag das Konzept der Sozialen Verteidigung den Blick dafür zu schärfen, wie welche Strukturen zu verändern sind, welche Entwicklungen abzulehnen und welche zu fördern sind.

Bislang ging es im wesentlichen um den letzten Punkt der Definition der Sozialen Verteidigung, gleichsam den sozialen Angriff auf die bestehenden Verhältnisse. Nun möchten wir den Faden



weiterrinnen, welche Bedeutung die neu zu schaffenden Verhältnisse im Konfliktfall haben werden und welche Aufgaben überregional bewältigt werden müssen. Zum Ende hin wird dann die Einstellung deutlich, die sowohl dem Umformungsprozess zugrunde liegt und im Konfliktfall zu der von der Bevölkerung angenommenen Grundhaltung geworden sein muß: Die Gewaltfreiheit.

### 3.4 Konfliktlösung nach einer Umwandlung gesellschaftlicher Strukturen

Sollte eine Wandlung der Strukturen im oben erwähnten Sinne stattgefunden haben, werden viele der heute unausweichlich scheinenden Konflikte um Rohstoffe und gerechte Anteile am Reichtum der Welt drastisch entschärft sein. Die weiter existierenden Konflikte werden von einer bundesdeutschen Außenpolitik so angegangen, daß das Bemühen um eine gerechte Lösung glaubhaft ist. Die Bedeutung dieser positiven Konfliktstrategie zur Vermeidung gewaltsamer Auseinandersetzungen kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, sie sei deshalb hier noch einmal betont.

Sollte sich dennoch ein Konflikt so zuspitzen, daß der Gegner zur Anwendung von Gewalt schreitet, so beginnt die Verteidigung nicht, wenn er die Grenzen überschreitet. Von der Besetzung sind immer Regionen oder Teile von ihnen betroffen. Diese verändern ihren Charakter und konzentrieren sich auf:

- Sicherung der eigenen Versorgung
- Sicherung der Organisation des Widerstands und der Kommunikation
- Durchkreuzung der Pläne des Gegners.

Wir gehen jetzt davon aus, daß sich der Konflikt nicht innerhalb der ersten Wochen beilegen läßt, sondern daß das Ende nicht absehbar ist. Denn erst aus dieser Perspektive kommen die dezentralen, ökologisch eingepaßten, selbstbestimmten und demokratischen Strukturen zum Tragen. Könnten sie den Konflikt im Vorfeld nicht verhindern, so dienen sie jetzt dazu:

1. Das eigene Leiden zu verringern durch geringe Erpreßbarkeit. (Aushungern und Lahmlegung der Energieversorgung dienen als Zwangsmittel einer Besatzungsmacht, um den Widerstandswillen einer breiten Bevölkerung zu brechen.) Die Eingriffe des Gegners in diesen Bereich werden durch die dezentrale Organisation erschwert, ein gegenseitiges Aushelfen bleibt über die kurzen Entfernungen hinweg möglich. Der Besatzer darf weder Versorgung noch Verkehr noch die persönliche Bewegungsfreiheit kontrollieren. Es muß ein Konsens darüber bestehen (und eine Übung darin), daß bei Verstößen der Besatzer in diese Richtung mit tatsächlich breiten Ungehorsamsaktionen reagiert werden muß.
2. Die wirtschaftlichen Ziele durch mangelnden Zugriff und das intelligente Unbrauchbarmachen des "kleinsten Teils" zu durchkreuzen. Es muß einerseits dafür gesorgt werden, daß die Zufuhr von Rohstoffen und der Abtransport von Fertigwaren sowie die Energieversorgung nicht unterbunden werden (Schwachstelle, Reaktion siehe unter 1.). Andererseits erschweren Vielfalt und geringe Größe der Produktionsanlagen den Zugriff. Natürlich versucht ein Gegner, die sozialen Gegensätze für sich auszunutzen. Dem wirken selbstverwaltete Betriebe am besten entgegen.
3. Die Organisation des Widerstandes und die Kommunikation abzusichern. Da die Zerschlagung der Widerstandsorganisationen wichtig für die Besatzer ist, muß man auf Spitzel gefaßt sein. Ihre Arbeit wird dadurch erschwert, daß in der Region jeder jede, jeden kennt, so daß die Entscheidungsstrukturen nach außen hin verdeckt, für die Einheimischen immer noch offen sind. Hier ist besonders darauf zu achten, daß eine schnelle Reaktionsfähigkeit gewahrt bleibt, insbesondere daß die Bewegungsfreiheit nicht über Gebühr eingeschränkt wird. Gleichzeitig ist darauf zu achten, daß die Kraft äußerst sparsam und nur in Kernbereichen eingesetzt wird (vor allem im Sinn der oben genannten Schwachstellen).

### 3.5 Die Region als zentraler Ort der Umsetzung von Sozialer Verteidigung

Bevor ich damit zu dem Aspekt komme, der über die materiellen Strukturen hinaus von entscheidender Bedeutung ist, sei kurz zusammengefaßt, was die Region zum zentralen Ort der Umsetzung der Sozialen Verteidigung werden läßt:

- Örtliche Betroffenheit und Mitbestimmung über die Vorgänge vor Ort
- Entscheidbarkeit setzt einigermaßen überschaubare Größenordnung voraus
- Das soziale Lernen vollzieht sich schneller über Erfahrungen mit Personen und in vertrauter Umgebung
- Das vorhandene Potential an menschlichen Fähigkeiten, Fertigkeiten und materiellen Ressourcen läßt sich auf eine überschaubare Größe hin orientieren
- Die neu entstehenden Strukturen wachsen angepaßt an die lokalen Verhältnisse und brauchen nicht mehr übertragen oder eingeführt werden
- Die speziellen Fertigkeiten und Fähigkeiten einer Region unterscheiden sich von anderen, d.h., jede Region braucht ihren eigenen Zugang und entwickelt ihre speziell lebensfähige Form.

### 3.6 Die gewaltfreie Haltung und der Umgang mit dem Gegner

Ist die Verweigerung der Zusammenarbeit das bestimmende Merkmal der Sozialen Verteidigung, so darf man sie nicht mit einer abweisenden Abwehrhaltung verwechseln. Der Umgang mit Angehörigen der Besatzungsmacht erinnert eher an das Gegenteil, denn er ist ausgesprochen freundlich und entgegenkommend, geradezu "einladend".

Die "Einladehaltung" ist sehr viel schwerer aufzubauen und durchzuhalten als die "Abwehrhaltung". Letztere gründet sich auf Haß, während die erste darüberhinaus gewachsen sein muß. Da damit zu rechnen ist, daß die Besatzungstruppen schnell ausgewechselt werden, muß die "Einladehaltung" tatsächlich eine fest verankerte Grundhaltung sein. Sie ist zudem die Voraussetzung für wichtige Gewinne:

- Die Besatzungssoldaten verlieren die Angst um ihr Leben und können für Argumente aufgeschlossen werden
- Die Propaganda der Besatzungsmacht, die in den Soldaten wirkt, wird nachhaltig verunsichert
- Ist die eigene Haltung im Konflikt gewaltfrei und sind bereits im Vorfeld glaubhafte Vorschläge oder Haltungen zur gerechten Lösung eingenommen worden, so kehrt sich die Stoßrichtung des Angreifers in dem Moment gegen sich selbst, wenn die Soldaten einsehen, daß ihr gewaltsamer Einmarsch ja eigentlich hätte gar nicht stattfinden brauchen, um ihre gerechten Ansprüche zu befriedigen
- Mit dem Vertrauen kann die Bereitschaft der Soldaten wachsen, Befehle schlampig oder gar nicht auszuführen, ohne zunächst ihrerseits Sanktionen dafür fürchten zu müssen, weil nichts an die große Glocke kommt
- Auf diese Weise kann die tatsächliche Durchführung von Besatzungsanordnungen vor Ort unter Umständen erheblich abgemildert werden
- Die Besatzer erhalten die goldenen Brücken gebaut, um ohne Gesichtsverlust (ganz wichtig) das Feld zu räumen.

Dabei ist zu beachten, daß Gewaltfreiheit auf allen Ebenen des Konfliktes wirkt. Zum einen dient sie der Analyse des Konfliktes, zu der immer das Erkennen der Wahrheit des Gegners und der eigenen Mitverantwortung am Unrecht gehört. "Je größer ihr Wahrheitsgehalt, desto unangreifbarer, desto überzeugender und wirksamer ist sie als Waffe des gewaltfreien Kampfs" schreibt Hildegard Goss-Mayr. Die Grundhaltung der Gewaltfreiheit ermöglicht die Suche nach Auswegen zusammen mit dem Gegner. "Die wachsenden Kräfte, die sich für eine gerechte Lösung des Konfliktes einsetzen, entwickeln gemeinsam eine Alternative, die Grundlage einer neuen, gerechten Situation ist. Die Mitwirkung aller (auch früherer Gegner)



am Aufbau der neuen Situation, gelangt in den Bereich des Möglichen. Die Voraussetzungen für Versöhnung in Gerechtigkeit werden geschaffen" (Hildegard Goss-Mayr). Gleichzeitig fordert sie eine Wandlung unseres Bewußtseins. "Ist gewaltlose Philosophie ohne Engagement als Passivität, die Mitschuld am Unrecht darstellt, zurückzuweisen, so muß ebenfalls klargestellt sein, daß gewaltlose Methoden ohne ethische Basis rasch zu einem bloßen Druckmittel umfunktioniert werden können, das eine neue, subtile Form der Gewalt darstellt und weder die engagierte Gruppe noch den Gegner im Sinne größerer Gerechtigkeit verändert" (Hildegard Goss-Mayr). Zusammen mit der Veränderung der Struktur, die die materiellen Voraussetzungen für eine Gesellschaft schaffen, die sich sozial verteidigen kann, ist diese Bewußtseinsveränderung im geistigen Bereich von entscheidender Bedeutung.

Jetzt die Weichen zu stellen zu einer ökologisch eingepaßten, demokratischen, selbstbestimmten und nicht ausbeuterischen Wirtschafts- und Politikverfassung, wird zur immer drängenderen Aufgabe. Gewaltfreie Strategien leben von der Überzeugungskraft und der Sogwirkung ihrer Wahrhaftigkeit; ob die Zeit reicht, hierauf zu vertrauen, ist ungewiß. Sicherlich aber kann eine gemeinsame Strategie wieder Kräfte freisetzen und Umwege vermeiden helfen. Das Konzept der Sozialen Verteidigung, begründet auf gewaltfreier Aktion und Gewaltfreiheit als ethisches Prinzip, erscheint uns als eine brauchbare Strategie und die Umsetzung in den Regionen als gangbarer Weg.

Barbara Müller aus Simmern  
 Sie ist Historikerin und arbeitet an einer Dissertation über den Ruhrkampf

Kurt Südmersen aus Minden  
 Er ist Friedensarbeiter in der Region Minden

#### Literatur:

Hildegard Goss-Mayr  
**Der Mensch vor dem Unrecht**  
 Spiritualität und Praxis gewaltloser Befreiung  
 Wien, 1981, 4. Auflage

Christoph Besemer  
**Was ist Soziale Verteidigung**  
 Flugblatt ohne Zeit und Ort



## 4. SOZIALE VERTEIDIGUNG – VERTEIDIGUNG DES STAATES ODER DER LEBENSWEISE?

### Vorbemerkung

Der Sozialen Verteidigung steht der Durchbruch selbst in den sozialen Bewegungen noch bevor. Im Gegensatz zu einigen anderen Ländern, wie z.B. den Niederlanden, blieb sie sogar da Randthema, wo sie sich eigentlich von selbst hätte anbieten müssen, nämlich in der Friedensbewegung. Auch für die – seit 1956 geschätzt 700.000 – Kriegsdienstverweigerer, die fast alle nicht nur von dem Konzept Soziale Verteidigung hörten, sondern seine Grundzüge so weit auswendig lernten, daß sie damit vor den Prüfungsausschüssen bestehen konnten, war Soziale Verteidigung offensichtlich mehr ein Rezept, der Bundeswehr heute individuell zu entgehen, als ein Weg zur Abschaffung des Militärs. Daß einige Gruppen und sogar eine Partei die Soziale Verteidigung in ihr Programm geschrieben haben, darf darüber nicht hinwegtäuschen – Programme haben sich schon oft als Grab für unboqueme Ideen bewährt.

### 4.1 Ein Defizit an Engagement für Soziale Verteidigung

Wir haben es mit einem Defizit an Engagement für Soziale Verteidigung zu tun, das nicht damit erklärt und ausgeräumt werden kann, daß es halt an Information oder gar an Unterstützung durch staatliche Stellen mangelt. Es liegt auch nicht allein daran, daß die Idee einer gewaltfreien Verteidigung für eine durch Gewalt und Militarismus geprägte Gesellschaft den Ruch des Unrealisierbaren hat. Das entscheidende Problem ist meiner Ansicht nach, daß es bislang nicht gelungen ist, die Bedeutung von Sozialer Verteidigung für das Hier und Heute, für die Praxis der Bewegungen zu demonstrieren. Es haben zwar immer wieder gewaltfreie Aktionsgruppen und Graswurzelgruppen direkte gewaltfreie Aktionen unter dem Motto "Soziale Verteidigung heute einüben" durchgeführt (zuletzt in Fulda-Gap 1984), doch konnte dies kaum etwas daran ändern, daß Soziale Verteidigung im bundesdeutschen (Bewegungs-) Bewußtsein in erster Linie als ein Konzept der Friedensforschung dasteht. Daß gewaltfreie Verteidigung nicht von WissenschaftlerInnen unter dem Eindruck der Atombombe nach dem 2. Weltkrieg erfunden, sondern schon in den zwanziger und dreißiger Jahren von verschiedenen antimilitaristischen Gruppen propagiert wurde, wird bei uns bestenfalls als "Vorgeschichte" gehandelt. Es waren in erster Linie gewaltfrei-anarchistische Organisationen (z.B. der österreichische "Bund herrschaftsloser Sozialisten", die "Internationale Arbeiter Assoziation" (IAA) oder niederländische AntimilitaristInnen in den dreißiger Jahren, die eine Verteidigung ohne Waffen entwickelten.

### 4.2 Über den Weg zur Durchsetzung von Sozialer Verteidigung

Es geht nicht darum, den FriedensforscherInnen, die heute an Sozialer Verteidigung arbeiten, abzusprechen, daß sie sich – teilweise seit Jahrzehnten – um eine Verankerung des Konzeptes von Sozialer Verteidigung in den Bewegungen bemühen. Der Konflikt liegt eher in den resultierenden Vorstellungen über den Weg zur Durchsetzung von Sozialer Verteidigung begründet. Die FriedensforscherInnen haben – vielleicht ungewollt – die verhängnisvolle Tendenz geschaffen, Soziale Verteidigung als baukastenartigen Ersatz für die staatlich-militärische Verteidigung zu betrachten und dementsprechend sich die Einführung von Sozialer Verteidigung nur über ein Reglerungsprogramm vorstellen zu können. Das Hauptinteresse liegt dann in der Politikberatung (Lobby-Tätigkeit). Die Bewegungen bekommen bestenfalls die Rolle zugeweiht, eine entsprechende Stimmung ("Akzeptanz") für Soziale Verteidigung zu schaffen und als Avantgarde ("Elitetruppe") bereitzustehen, falls es zu diesem Zeitpunkt zu Putschen oder Interventionen kommt, bis eine rot-grüne Koalition (oder wer auch immer) zur Tat schreitet, die Bundeswehr per Dekret abschafft und Soziale Verteidigung einführt.







gelang, eine eigene Lebensweise – mensch denke an die Sintl und Roma – zu bewahren? Und was ist mit Gruppen, die sich innerhalb eines Staates eine weitgehend unabhängige Lebensform aufbauen konnten? Mir scheint, daß trotz entgegengesprechender Beteuerungen die Soziale Verteidigung noch viel zu territorial (nämlich als Verteidigung eines Staatsgebietes) und institutionell (als Verteidigung des legitimen Regierungsapparates) gedacht wird. Demgegenüber würde ich vorschlagen, Soziale Verteidigung als die **Verteidigung der Lebensweise und des Selbstbestimmungsrechts eines Kollektivs mit gewaltfreien Methoden**

zu definieren. Kollektiv können dabei eine Nation, ethnische Gruppe, Subkultur oder örtliche Lebensgemeinschaft sein, sofern die Mitgliedschaft in dieser Gruppe die Identität ihrer Mitglieder wesentlich bestimmt. Auf Beispiele angewendet hieße dies, daß der Widerstand einer Kommune oder von HausbesetzerInnen, sofern sie das letztgenannte Kriterium erfüllen, genauso Soziale Verteidigung sein könnte, wie der Widerstand gegen eine Invasion der USA in eine sich radikal umstrukturierende (ehemalige) Bundesrepublik. Und vor allem ist es dann kein Kriterium für Soziale Verteidigung mehr, daß die Regierenden den Widerstand mittragen – genauso kann es Soziale Verteidigung gegen die Regierung geben.

Wenn wir den Begriff der Sozialen Verteidigung in diese Richtung ausweiten, dann ist sie uns gleichzeitig auch ein Stück näher gerückt, weil sie nicht erst die nationale oder internationale Revolution voraussetzt, um aktuell zu werden, sondern in einem dynamischen Wechselspiel zur gewaltfreien Aktion heute steht: Je größer die erkämpften Freiräume werden, umso mehr nähert sich der Widerstand der Sozialen Verteidigung an. Die militärische Invasion oder der Staatsstreich werden zu einem Sonderfall, auf dessen Eintreten sich vorzubereiten wichtig bleibt, der aber nicht die einzige Art von Bedrohung darstellt, der mit Sozialer Verteidigung begegnet werden muß.

Christine Schweitzer  
Mitglied in der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen / Graswurzelrevolution



## ...DIE ARBEITSGRUPPEN

- Die Arbeitsgruppen stehen unter den Leitfragen des Bundeskongresses
- was ist Soziale Verteidigung...?
  - warum ist Soziale Verteidigung jetzt eine geschichtliche Notwendigkeit...?
  - wodurch werden wir bedroht...?
  - ist Soziale Verteidigung zu verwirklichen...?

Mit Ihrer Anmeldung zum Bundeskongreß haben Sie sich für eine Arbeitsgruppe entschieden. Bitte informieren Sie sich in dem folgenden Teil über den Inhalt und Ablauf Ihrer Arbeitsgruppe.

Wir haben für jede Arbeitsgruppe in der Altstadt von Minden – in der unmittelbaren Nachbarschaft der Stadthalle – entsprechend der Anmeldungen Räume unterschiedlicher Größe angemietet, die Sie anhand unserer Ausschilderung leicht finden werden.



# Arbeitsgruppen und Workshops

## I. Wege und Konzeptionen der Sozialen Verteidigung, militärische Strategien und Bedrohungen

- 1 Einführung in die Soziale Verteidigung  
Ref. Eike Dechow
- 2 Einführung in die Soziale Verteidigung, an hand von aufgearbeitetem didaktischem Material und einem Planspiel  
Ref. Paul Russmann, Ulli Statmann, Andrea Pfeiffer
- 3 Soziale Verteidigung und militärische Abrüstungsmodelle  
Ref. Wilhelm Nolte, Alfred Walter,  
Org. Richard Ackva
- 4 Soziale Verteidigung und politische Friedenssicherung  
Ref. Gregor Witt  
Org. Gerl Künzig
- 5 Militarisierung Westeuropas im Verhältnis zum zivilen Europa. Chancen von Sozialer Verteidigung angesichts einer Militärgrößmacht Westeuropa?  
Ref. Roland Vogt
- 6 Feinbildabbau und blockübergreifende Friedensarbeit  
Ref. Heiner Hoberlein
- 7 Soziale Verteidigung gegen Kolonialismus und Unterdrückung von Minderheiten in aller Welt  
Ref. Hajo Karbach
- 8 Verhandeln statt Krieg! – Soziale statt militärische Mobilisierung im internationalen Krisen- und Spannungsfeld (ein Planspiel)  
Ref. Wolfgang Kopf  
Org. Falk Bloech
- 9 Gewaltfreie Strategie/Ziviler Ungehorsam und soziale Verteidigung  
Ref. Wolfgang Sternstein
- 10 Bedrohungsanalyse und Abholiestrategie  
Ref. Theodor Ebert
- 11 Den Teufel mit dem Beelzebub austreiben? – Soziale Verteidigung mit oder gegen die Regierung?  
Ref. Peter Wätler
- 12 Soziale Verteidigung als Perspektive für abgerüstete Kleinststaaten in Europa  
Ref. Andreas Gross  
Org. Gruppe „Schweiz ohne Armee“

## II. Wege der Motivation, Pädagogik und Didaktik der Sozialen Verteidigung

- 1 Grenzen der Gewaltfreiheit – Grenzen der Sozialen Verteidigung?  
Ref. Arnold Käcke-Duttler  
Org. Gerl Künzig
- 2 Anforderungen an den Umgang mit sich selbst und anderen – psychologische und pädagogische Aspekte zur sozialen Verteidigung  
Ref. Helmut Ockel, Hans Peter Nolting
- 3 Didaktik der Sozialen Verteidigung  
Ref. Günter Gugel, Renate Molzer, H.-Georg Wittig  
Org. Theodor Ziegler

- 4 Christen auf dem Weg zur Sozialen Verteidigung  
Ref. Konrad Lübbert, Heinz Wagner  
Org. Berthold Keunecke
- 5 Spirituelle Kräfte in der Sozialen Verteidigung  
Ref. Karin Zeitler, Wolfram Nolte (Wassermann Zentrum), Stefan Schülle (Arche Sichelshriedel), Julia v. Ochsenstein (Karl Kabothhaus, Mufiangen)  
Ilse Rendtorff (Friedens-Meditation)

## III. Wege der Umsetzung, gesellschaftliche Voraussetzungen und gesellschaftliche Bezüge

- 1 Internationale Aspekte der Sozialen Verteidigung  
Ref. Vertreterinnen aus dem Larzac; Christian Mellon, Quäker Org. Martin Humburg, Kim Altmeyer
- 2 Soziale Verteidigung und Neue Soziale Bewegungen  
Ref. Christoph Then, Martin Singe  
Org. Christine Schweitzer
- 3 Soziale Verteidigung und öffentliche Verwaltung  
Ref. Barbara Müller, Roland Geismann
- 4 Gesellschaftliche und ökonomische Voraussetzungen zur Sozialen Verteidigung  
Ref. Gernot Jochheim
- 5 Kommunale Friedensarbeit und regionale Einbettung des Konzepts der Sozialen Verteidigung  
Ref. Olof Achilles, Gerd Biederbeck  
Org. Kurt Südmersen
- 6 Historische Fallstudien – CSSR 1968 - 1988  
Ref. Vladimir Horský  
Org. Manfred Sontleben
- 7 Soziale Verteidigung und Rüstungskonversion  
Ref. Mitarbeiter einer Rüstungskonversionsgruppe aus Bremen  
Org. Anns Dietrich
- 8 Soziale Verteidigung und neue Technologien  
Ref. Achim Huber  
Org. Richard Ackva
- 9 Männer und Soziale Verteidigung  
Ref. Andreas Peters
- 10 Frauen und Soziale Verteidigung  
Ref. Frauen für den Frieden (Niederlande)  
Org. Renate Wanke
- 11 Neue Wege – Konzepte aus der Basis (Ideen, Gesellschaftsstrukturen, Vernetzungsvorschlag: „Lebensstützpunkte“)  
Ref. Birgit Berg, Brigitte Müller  
Org. Wortwerkstatt

## Kongressbegleitende Angebote:

- Ideen-Werkstatt „Wege-Netz zur Sozialen Verteidigung“ mit Beteiligungsmöglichkeiten für Jedermann
- Straßentheater
- Ausstellungen: „Freundbilder – Schritte zur Entfeindung“ (Wortwerkstatt)  
„Schreck lass' nach“ Abschreckung und andere Utopien – Eine Ausstellung zur Sicherheitspolitik (AGFP)  
„Wirklichkeiten“ (Kiemens Jakob)
- Jugendkakao: Programm von Jugendlichen und Kindern für Jugendliche und Kinder (ab 10 Jahre)
- Kinderbetreuung ab 3 Jahre.

## I.1 EINFÜHRUNG IN DIE SOZIALE VERTEIDIGUNG für Anfänger und solche, die anfangen möchten es anderen zu erklären

Die meisten können sich unter Sozialer Verteidigung überhaupt nichts vorstellen; andere hat man beim Bund oder anderswo so geimpft, als ginge es bei der Sozialen Verteidigung um den irren Versuch, Panzer durch Menschenteppiche am Weiterfahren und Soldaten durch Überreden am Schießen zu hindern; wieder andere haben trotz Interesse Aufsätze und Bücher zur Sozialen Verteidigung zur Seite gelegt:

Langatmig ...

Schwierig ...

Viel zu speziell ...

Wer sich und anderen schnell klar machen will, was Soziale Verteidigung eigentlich bedeutet, wird enttäuscht.

Für sie alle hat der Referent, der seit über 20 Jahren die Debatten um die Soziale Verteidigung verfolgt und an einer Berufsschule unterrichtet, Klarsichtfolien für den Tageslichtprojektor entworfen, mit denen sich klären läßt,

- worauf Soziale Verteidigung aufbaut,
- woher sie ihre Macht nimmt,
- womit sie sich waffnet,
- auf welche Schwächen des Gegners sie zielt
- wie sie im Ernstfall funktioniert.

### Aber auch:

wo die Schwächen und Grenzen dieses Konzeptes liegen, wer seine natürlichen Gegner sind und was sich für seine Durchsetzung tun läßt.

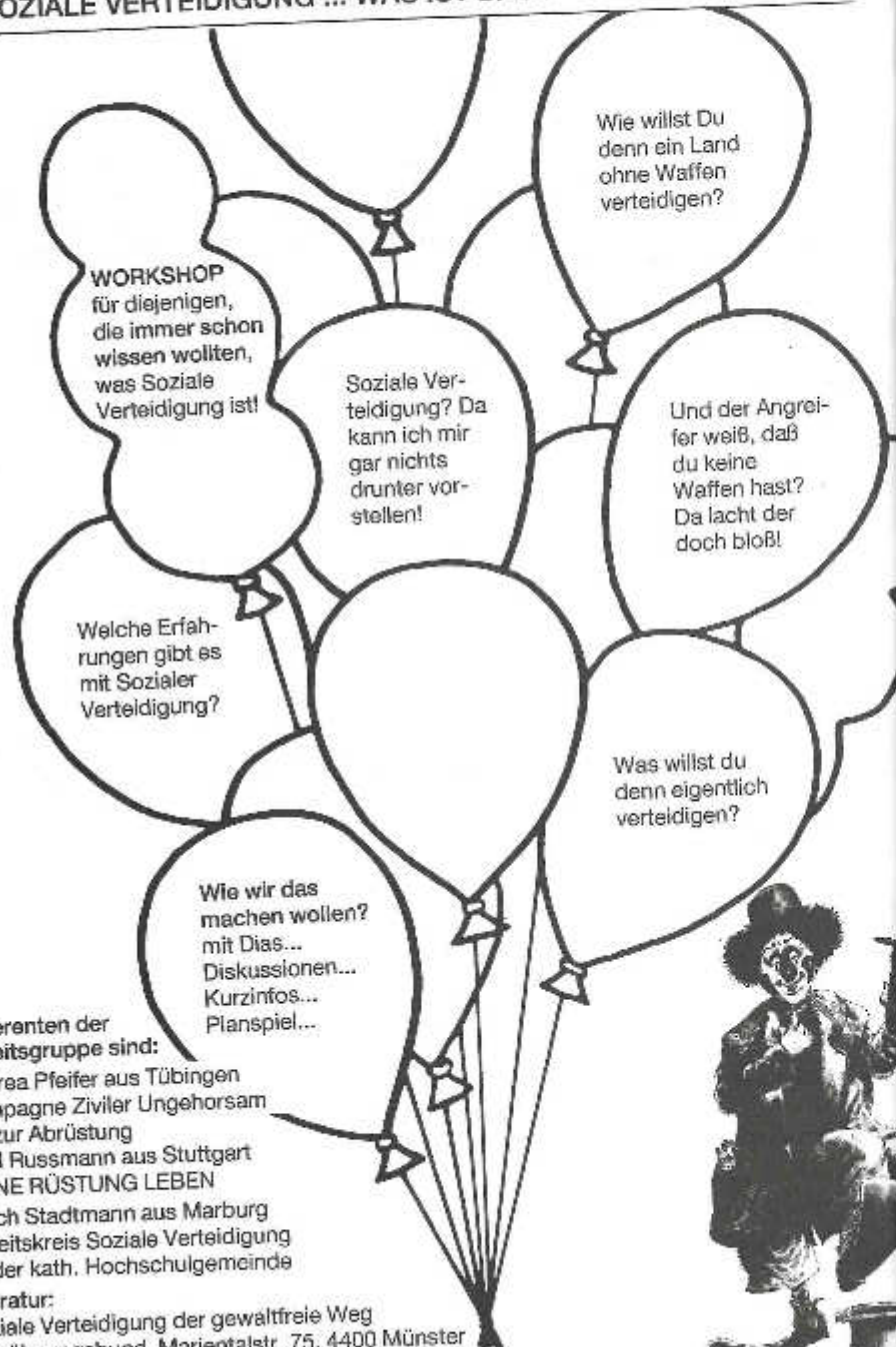
Gedrängte Informationen, kurzweilig aufbereitet, erwartet die TeilnehmerInnen dieser Arbeitsgruppe. Dadurch werden sicherlich viele Diskussionen ausgelöst. Der Referent will darüber hinaus ein paar Anregungen, wie dieses Thema unter die Leute gebracht werden kann.

### Referenten der Arbeitsgruppe sind:

Eike Dechow aus Minden, Berufsschulpfarrer



## I.2 EINFÜHRUNG IN DIE SOZIALE VERTEIDIGUNG SOZIALE VERTEIDIGUNG ... WAS IST DAS?



### Referenten der Arbeitsgruppe sind:

Andrea Pfeifer aus Tübingen  
Kampagne Ziviler Ungehorsam  
bis zur Abrüstung

Paul Russmann aus Stuttgart  
OHNE RÜSTUNG LEBEN

Ulrich Stadtmann aus Marburg  
Arbeitskreis Soziale Verteidigung  
an der kath. Hochschulgemeinde

### Literatur:

Soziale Verteidigung der gewaltfreie Weg  
Versöhnungsbund, Marientalstr. 75, 4400 Münster



## I.3 SOZIALE VERTEIDIGUNG UND MILITÄRISCHE ABRÜSTUNGSMODELLE

Hintergrund der Arbeitsgruppe ist die Diskussion um "alternative Sicherheitskonzepte", die die herrschende Konzeption der NATO ablehnen.

Die Grundfrage der Arbeitsgruppe ist:

Wie ist das Verhältnis von Sozialer Verteidigung (SV) zu alternativen Verteidigungsmodellen mit militärischen Elementen zu bestimmen?

Die Grundpositionen sind:

- Das Konzept der Sozialen Verteidigung beruht auf dem Grundgedanken der Gewaltfreiheit und schließt jede Koppelung mit Modellen aus, die gewaltsame, militärische Elemente enthalten.
- Das Konzept der Sozialen Verteidigung ist anzustreben, zur Zeit aber nicht mehrheitsfähig, und deshalb bedarf es bis zu seiner Realisierung eines Übergangsmodells mit militärischen Elementen.
- Das Konzept der Sozialen Verteidigung ist nicht realisierbar, enthält aber brauchbare Überlegungen (z.B. ziviler Widerstand) für ein Verteidigungsmodell mit militärischen Elementen.

Die Referenten der Arbeitsgruppe werden die grob formulierten Grundpositionen erläutern und zur Diskussion stellen. Dabei werden folgende Fragen eine Rolle spielen:

- Welche Bedrohungsanalysen liegen den Modellen zugrunde?
- Welche Opfer nehmen die Modelle in Kauf, "wenn es ernst wird"?
- Welche Rolle kommt der Rüstungsindustrie zu?
- Welche gesellschaftlichen Kräfte sollen das jeweilige Modell mehrheitsfähig machen? Welche Schritte und Rahmenbedingungen sind dazu erforderlich?

### Referenten der Arbeitsgruppe sind:

Richard Ackva aus Weilburg, Diplom-Theologe

Referent für Friedensfragen beim Internationalen Versöhnungsbund, Deutscher Zweig

Wilhelm Nolte aus Hamburg, Berufssoldat

Leiter des Fachzentrums Dokumentation an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg

Alfred Walter aus Erdweg, Wissenschaftlicher Assistent

Universität München, Fachbereich Evangelische Theologie und

Redaktionsmitglied der Pax-Christi-Zeitschrift "Probleme des Friedens"



## 1.4 SOZIALE VERTEIDIGUNG UND POLITISCHE FRIEDENSSICHERUNG

Politische Friedenssicherung und Soziale Verteidigung sind zwei Konzepte, die Frieden ohne Waffen schaffen wollen. Es sind keine identischen Konzepte, deshalb stellt sich die Frage: Welches sind die Unterschiede und Gemeinsamkeiten, die Vor- und Nachteile der beiden Ansätze?

In der Arbeitsgruppe soll zu folgenden Problembereichen diskutiert werden:

- Verteidigungs- oder Friedenspolitik
- Ein- oder mehrseitige Abrüstung
- National oder international orientierte Friedensstrategien
- Erforderliche gesellschaftliche Veränderungen und Durchsetzbarkeit von Abrüstungspolitik (Feindbilder, Sicherheitsbedürfnisse, Bedrohungsängste...)

Ein kurzes Referat soll in die Problematik einführen. Anschließend soll entlang dieser und von den Teilnehmern zusätzlich gewünschter Fragestellungen diskutiert werden.

**Referenten der Arbeitsgruppe sind:**

Gregor Witt aus Köln, Journalist

Er ist Kriegsdienstverweigerer, einer von fünf BundessprecherInnen der DFG-VK, er arbeitet für die DFG-VK im bundesweiten Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung mit.

Gunter Schmidt aus Werbach-Wengheim

Er ist Lehrer an einem Gymnasium

**Literatur:**

Programm der DFG-VK

Vertrieb: DFG-VK, Schwanenstr. 16, 5620 Velbert 1

Heinrich Albertz (Hrsg.)

Warum ich Pazifist wurde

Darin der Beitrag von H. Bagemann: Krieg ist keine Krankheit

München, 1983

Wolfgang Huber

Protestantismus und Protest. Zum Verhältnis von Ethik und Politik

Reinbek bei Hamburg, 1987

## 1.5 MILITARISIERUNG WESTEUROPAS IM VERHÄLTNIS ZUM ZIVILEN EUROPA

Stell Dir vor, Du träumst von der Sozialen Verteidigung und es entsteht gleichzeitig eine militärische Supermacht, die von Sozialer Verteidigung nichts wissen will und stattdessen ein (auch atomares) Abschreckungskonzept durchsetzt.

Schwarzmalerei? – keineswegs, denn:

- 1984 wurde in Rom (mit dem Segen des Papstes) die WE (= Westeuropäische Union, gegründet 1954) wiederbelebt
- 1986/87 wurde in der "Einheitlichen Europäischen Akte" über die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft hinausgehend, die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für "Sicherheitspolitik" festgeschrieben
- 1987/88 deutsch-französische Manöver und Gründung einer deutsch-französischen Brigade
- 1988 Deutsch-französischer Verteidigungsrat. Hier ist ein europäisches Korps und ein europäischer Verteidigungsrat (bzw. Direktorium für eine integrierte westeuropäische bzw. atlantisch-europäische Atomstreitmacht) zu erwarten.

Der krönende Abschluß dieser Entwicklung kann ein atomar abschreckendes Reich in der Größenordnung des Karolingerreichs (Karl der Große) sein, dessen Zentrale (in Brüssel?) ein Zwischending zwischen Kreml und Pentagon sein mag.

**These:**

Wenn es nicht gelingt, den z.Zt. in voller Dynamik ablaufenden Prozeß, hin zu einer Militärmacht Westeuropas, umzukehren oder wenigstens aufzuhalten, wird vieles, was zur Zeit im regionalen oder nationalen Rahmen an Gegenkonzepten (auch Soziale Verteidigung) entwickelt wird, an den Rand gedrängt und wird in die Vergessenheit geraten.

**Gegenkonzepte:**

"Ziviles Europa der Regionen"

"Zivilmacht Westeuropa"

"Mitteleuropäische Friedensunion"

"Gemeinsames Haus Europa"

"Sicherheitspartnerschaft"

Die Arbeitsgruppe soll klären helfen, welche nächsten Schritte vor Ort und europaweit gegen den Trend zur Militärmacht Westeuropas entgegenzuwirken und Soziale Verteidigung und Zivilmacht (bzw. Zivilismus) voranzubringen.

**Methode:**

Einführendes Referat und Diskussion. Rundgespräch (je nach TeilnehmerInnen und deren Wünschen).

**Referenten der Arbeitsgruppe sind:**

Roland Vogt aus Bad Dürkheim, Dipl. Politologe

Er befaßt sich seit 1972 politisch in Theorie und Praxis mit dem Thema der Arbeitsgruppe; 1985 Aufruf zur Gründung eines "Europäischen Instituts für Zivile Initiativen" (EIZI); er arbeitet in der Friedens- und Konfliktforschung, u.a. Mitarbeiter eines Aktionsforschungsprojekts zur "zunehmenden Staatsqualität der Europäischen Gemeinschaft"

Gäste (N.N.) aus dem europäischen Ausland



#### **Materialien:**

Gründungsaufruf zu EIZI

Kopien zweier Grundsatzartikel zum Thema (1976 und 1986) können als Fotokopie über das Kongreßbüro – gegen Erstattung der Kopierkosten – bezogen werden.

Helmut Schmidt:

Europa muß sich selbst behaupten

in: Die Zeit Nr. 48 vom 21. November 1986, S. 3

Kaiser/Merlini/de Montbrial/Wallace/Wellenstein:

Die EG vor der Entscheidung. Fortschritt oder Verfall, Bonn 1983

Gernot Jochheim:

Länger leben als die Gewalt. Der Zivilismus als Idee und Aktion.

Stuttgart 1986 (Edition Weitbrecht)

Egbert Jahn:

Kommunismus - und was dann? Zur Bürokratisierung und Militarisierung des Systems der Nationalstaaten, Hamburg 1974

Roland Vogt:

Zivilmacht oder Militärunion? - Die Europäische Gemeinschaft auf dem Wege zum Staat.

Forum Europa, Bonn, März 1976

Roland Vogt:

Soziale Verteidigung als Sicherheitspolitik einer Zivilmacht Westeuropas. In Ebert (Hrsg.)

Demokratische Sicherheitspolitik. München 1974

Roland Vogt:

Die Europäische Gemeinschaft am Kreuzweg: Militärmacht oder zivile Gemeinschaft?

In: TAZ (Hrsg.) Ist der Frieden noch zu retten? Die Abschreckung und ihre Alternativen. Frankfurt 1986

DIE GRÜNEN:

Euromilitarismus. Bonn 1985

## **I.6 FEINDBILDABBAU UND BLOCKÜBERGREIFENDE FRIEDENSARBEIT**

Soziale Verteidigung hat zum Ziel, als einen Bestandteil des Umgangs zwischen Völkern, Nationen, Interessengruppen und Menschen, die gewaltfreie Lösung von Konflikten zwischen Gruppen und Gruppen und zwischen Menschen und Menschen zu erreichen. Dort, wo der Interessenausgleich nicht möglich ist und Widerstand gegen Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Gewalt nötig ist, soll dieser Widerstand in gewaltfreier Aktion durchgeführt werden.

Die gewaltfreie Lösung von Konflikten erfordert, vorhandene Vorurteile und Feindbilder gegenüber anderen Gruppen im eigenen Land und gegenüber anderen Völkern und Nationen im internationalen Maßstab abzubauen, um zu allererst zu einer realistischen, nüchternen, möglichst objektiven Betrachtungsweise der jeweiligen Interessenslagen zu kommen.

Die heutige Friedensbewegung kann dazu einen entscheidenden Beitrag leisten, wenn sie sich nicht nur mehr auf Aktivitäten im eigenen Land beschränkt, sondern den Versuch unternimmt, über Grenzen hinweg mit den Friedensbewegungen in anderen Ländern zusammenzuarbeiten. Dies ist besonders nötig mit den (durchaus unterschiedlich geprägten) Friedensbewegungen in den sozialistischen Ländern, weil gegenüber diesen Völkern und Nationen trotz aller Abrüstungsbemühungen und Anfangserfolge weiterhin ein ideologisches Feindbild gepflegt wird.

Einen Versuch, über den Dialog hinaus zu gemeinsamen Aktionen zu kommen, hat der "Olof-Palme-Friedensmarsch für einen atomwaffenfreien Korridor" im September 1987 gemacht. Einen weiteren Versuch, der in die gleiche Richtung zielt, unternimmt das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk aus Dortmund. Anstelle von Tourismus versucht das Bildungswerk die Auseinandersetzung mit der Realität des Alltags in der Sowjetunion zu setzen. So werden z.B. gemeinsame Veranstaltungen von westlichen und sowjetischen Friedensbewegungen gemacht. Anhand dieser Beispiele will die Arbeitsgruppe die Möglichkeiten und Grenzen des Feindbildabbaues durch grenz- und blockübergreifende Friedensarbeit diskutieren und prüfen, ob dies "Wege zur Sozialen Verteidigung" sind, die eingeschlagen werden müssen.

#### **Referenten der Arbeitsgruppe sind:**

Heinrich Häberlein, Lehrer an einer Hauptschule

KDV 1968, 1970-1972 Zivildienst und Mitarbeit beim Aufbau der SOdZDL; seit 1969 Mitglied der DFG-VK; z.Zt. Bundessprecher der DFG-VK und verantwortlich für den "Infodienst kommunale Friedensarbeit"; Initiator des Olof-Palme-Friedensmarsches 1987

Rudi Damme

Mitarbeiter im Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund



## 1.7 SOZIALE VERTEIDIGUNG GEGEN KOLONIALISMUS UND UNTERDRÜCKUNG VON MINDERHEITEN IN ALLER WELT

### Gegenstand

Unser Selbstbild von Sozialer Verteidigung soll konfrontiert werden mit seiner praktischen Nichtanwendung auf Aggressionen gegen Kulturgemeinschaften, soziale Gruppen oder die Bevölkerung einer Region – überwiegend in Ländern der sogenannten 3. Welt –, deren Opfer sich faktisch mehr oder weniger mit Techniken gewaltfreien Widerstands wehren und an internationale Unterstützung appellieren. Ob es sich nun um

- die Iban von Sarawak, deren Lebensgrundlage durch große Staudämme zur Stromversorgung eines aus der BRD verlagerten Reynolds-Aluminiumwerks bedroht wird,
- den Kampf indischer "adhivarsi" gegen die Abholzung ihres Kulturwaldes, der exportorientierten Teakholz- und Ölpalmenplantagen weichen soll,
- die durch riesige Viehfabriken (zur Hamburger-Produktion) multinationaler Konzerne (wie VW) landlos gemachter Brasilianer, die ihrerseits den Bevölkerungsdruck auf die letzten traditionell lebenden Indianervölker unerträglich werden lassen.

handelt – die verbreitete Sicht, die nicht auch diese Beispielen als Ernstfall der Sozialen Verteidigung heute ansieht, sondern nur Szenarien, in denen wir selbst betroffen sind, ist egoistisch und eurozentrisch. Egoistisch erscheint diese Haltung, weil unsere Gesellschaft oder Teile davon zu den Nutznießern oder Unterstützern der hier betrachteten Aggressionen zählt. Eurozentrismus kann dahinter vermutet werden, weil die Opfer sich kulturell von uns unterscheiden, eine andere Art des Wirtschaftens und Lebens haben als wir.

In der Arbeitsgruppe sollen die diesbezüglichen Defizite der amerikanisch-europäischen Theorie- und Praxisversuche von Sozialer Verteidigung näher untersucht werden. Anhand der Auseinandersetzung mit ausgewählten Beispielen nicht(an)erkannter Sozialer Verteidigung soll versucht werden, Beiträge zu einem kulturell und wirtschaftlich nicht bormierten Ansatz von Sozialer Verteidigung zu leisten. Auf der praktischen Ebene heißt das, unsere Unterstützung für solche Widerstandsbewegungen als sozialen Angriff auf die Wurzeln der Aggressionen zu organisieren.

### Methode

Einführung, dann nach Bedarf (evtl. in parallelen Untergruppen) anhand von i) Texten und ii) Kurzreferaten Beschäftigung mit Einzelbeispielen. Arbeitsgruppensdiskussion über Einschätzung. In Untergruppen Erarbeitung von i) grundsätzlicher Stellungnahme und ii) Informations- und Aktionsvorschlägen zu Einzelfällen.

### Referenten der Arbeitsgruppe sind:

H. Karbach aus Göttingen

Langjähriges Mitglied der Gewaltfreien Aktion Göttingen

### Literatur:

Ein Vorbereitungstext liegt ab ca. Ende April 1988 vor und kann angefordert werden bei – gegen Erstattung der Kopiekosten – dem Kongreßbüro.

## 1.8 VERHANDELN STATT KRIEG! –

### Soziale statt militärische Mobilmachung im internationalen Krisen- und Spannungsfall

#### Die Herausforderung: Konfliktlösungen a la Airland Battle 2000

"Unsere Armeen müssen so bewaffnet und ausgebildet werden, daß sie die Kampfaufträge bewältigen, die wir ab Mitte der 90er Jahre auf dem mitteleuropäischen Gefechtsfeld durchführen müssen... Die schnellwachsenden Länder der Dritten Welt bringen das Gleichgewicht der Kräfte aus dem Lot. Diese Nationen könnten sich mit feindlichen Staaten zusammenschließen und Terror, Erpressung oder Lokalkriege dazu nutzen, einen gleichberechtigten Anteil an den Rohstoffen zu erhalten ... Starker internationaler Druck könnte ein frühes Ende der Kampfhandlungen erzwingen, unabhängig davon, auf welcher Seite gerade der Vorteil liegt, wenn der Kampf eingestellt wird und die Verhandlungen beginnen. Deshalb wäre es zu unserem Vorteil, wenn der Westen frühzeitig die Initiative von den Sowjets an sich risse und mit einem Gegenangriff eine überlegene Position noch in der Frühphase des Konflikts erringen würde ..."

#### Unsere Antwort: Die "Aktion Notbremse"

Sollten wir eines Tages tatsächlich kurzfristig vor die Entscheidung gestellt werden, ob eine internationale Krise um Macht- und Wirtschaftsinteressen mit militärischer Gewalt gelöst werden soll und sei es auch nur dadurch, daß mit dem Einsatz des NATO-Potentials gedroht wird, dann gibt es von Seiten der sozialen Bewegungen nur eine Antwort: Die "Aktion Notbremse"! Das bedeutet: In mehreren Ländern (West und Ost) finden gleichzeitig und aus dem Stand unzählige lokale und an einigen Punkten gezielte, zentrale, gewaltfreie Aktionen bis hin zum massenhaften zivilen Ungehorsam statt. Sie sollen gelassenen Politikern den Rücken stärken und die öffentliche Diskussion auf den Punkt zuspitzen: "Verhandeln statt Krieg!"

In unserer Arbeitsgruppe, die auf 30 TeilnehmerInnen begrenzt ist, versetzen wir uns im Planspiel "The days before" in eine internationale Krise (z.B. Golfkrieg), die auf Europa überzugreifen droht und in der die Friedensbewegung durch Notstandsgesetze eingeengt wird.

#### Referenten der Arbeitsgruppe sind:

Wolfgang Kopf aus Landesbergen, Dipl. Politologe  
Mitarbeiter des "Friedensforum/Nienburg"

Falk Bloech aus Minden, Studienleiter

Mitarbeiter im Ökumenischen Begegnungszentrum/Internationales Freundschaftsheim, Bückeburg



## I.9 GEWALTFREIE STRATEGIE / ZIVILER UNGEHORSAM UND SOZIALE VERTEIDIGUNG

Nüchtern betrachtet können wir nicht damit rechnen, daß das Konzept der Sozialen Verteidigung in den nächsten 15 – 20 Jahren zum offiziellen Verteidigungskonzept der Bundesrepublik wird. Das schließt jedoch nicht aus, die Forschung auf diesem Gebiet voranzutreiben und die Methoden der gewaltfreien Aktion, insbesondere des zivilen Ungehorsams, bei der Lösung innenpolitischer Konflikte zu erlernen und einzuüben. Die Einübung der gewaltfreien Aktion auf dem Manöverfeld der innenpolitischen Konfliktaustragung ist sogar eine Voraussetzung für den Übergang zur Sozialen Verteidigung auf nationaler Ebene, weil die Bevölkerung nur auf diese Weise – sei es als Akteur, sei es als Adressat – ihre Wirkungsweise verstehen lernt und ihre Wirksamkeit erkennt.

Jeder mit den Methoden der gewaltfreien Aktion erfolgreich gelöste Konflikt ist ein Schritt in Richtung auf Soziale Verteidigung, da er die Menschen und die Verhältnisse verändert. Die Menschen werden mutiger, fähiger, erfahrener im Umgang mit den Methoden der gewaltfreien Aktion, die Verhältnisse werden demokratischer, dezentraler, ökologischer, sozial gerechter. Die einen lernen, sich sozial zu verteidigen, die anderen werden sozial verteidigbar.

### Referenten der Arbeitsgruppe sind:

Dr. Wolfgang Sternstein aus Stuttgart

Er beschäftigt sich seit 25 Jahren mit der Theorie und Praxis der gewaltfreien Aktion und der Sozialen Verteidigung. Er hat an mehr als drei Dutzend gewaltfreien Aktionen teilgenommen.

### Literatur

Internationaler Versöhnungsbund, Gruppe Münster

Soziale Verteidigung

Vertrieb:

Wolfgang Kluttig, Sentmaringer Weg 88, 4400 Münster

Ohne Waffen – aber nicht wehrlos

Das Konzept der Sozialen Verteidigung

Vertrieb:

Bundesgeschäftsstelle "Der GRÜNEN", Colmantstr. 36, 5300 Bonn

## I.10 BEDROHUNGSANALYSE UND ABHALTESTRATEGIE

### Motivation:

Beim historischen Rückblick zeigt sich, daß einerseits reale bewaffnete Bedrohungen häufig nicht erkannt wurden und andererseits Ideologien verkehrte Feindbilder schufen. Auch bei der Vorbereitung der Sozialen Verteidigung besteht diese Gefahr. Vor der Suche nach angemessenen Widerstandsstrategien muß also gefragt werden: Gibt es für uns eigentlich Feinde und wer sind diese?

### Inhalt:

**Bedrohungsanalyse:** An historischen Beispielen und im Blick auf künftige soziale Prozesse sollen die Methoden des Analysierens von Bedrohungen und des Umgangs mit ihnen erörtert werden.

Beispiele sollen sein: Die Lage in den Niederlanden 1933 – 1940, in der CSSR 1968 und in der BRD nach der ökopolitischen Wende einer rot-grünen Koalition.

**Abhaltestrategien:** Die meisten Texte zur Sozialen Verteidigung beschreiben Widerstandsmethoden – nach erfolgter Aggression. Die Arbeitsgruppe soll untersuchen, welche unbewaffneten Maßnahmen überhaupt geeignet sind, einen potentiellen äußeren oder inneren Aggressor von einem Angriff abzuhalten. Dabei sollen sowohl demonstrative Widerstandsvorkerungen als auch Maßnahmen anderer Art (z. B. diplomatische Schritte, kulturelle Beziehungen und wirtschaftliche Maßnahmen) untersucht werden. Besondere Berücksichtigung soll die Lage in Polen 1981 und die Pledge of Resistance Bewegung in den USA finden.

**Arbeitsweise:** Am Vormittag und am Nachmittag soll ein Referat in das Thema einführen. Anschließend soll im Plenum diskutiert und/oder in kleinen Arbeitsgruppen spezielleren Bedrohungsproblemen und Widerstandsmöglichkeiten nachgegangen werden.

### Referenten der Arbeitsgruppe sind:

Dr. Theodor Ebert aus Berlin, Professor für politische Wissenschaften

### Literatur:

Aus dem Sammelband W. Heisenberg/D.S. Lutz (Hrsg.)

Sicherheitspolitik kontrovers

Außerdem werden in dem Sammelband die Beiträge von Erwin Müller, Daniel Frei und Th. Ebert zur vorbereitenden Lektüre empfohlen.

Vertrieb: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn



## I.11 SOZIALE VERTEIDIGUNG MIT ODER GEGEN DEN STAAT – Den Teufel mit dem Belzebug austreiben?–

"Irgendwie müßten wir total abrüsten und uns statt dessen sozial verteidigen!"

Dieser Satz ist nicht konstruiert. So oder in ähnlicher Form fiel er in einem Gespräch mit Freundinnen und Freunden aus der Friedensbewegung. Er klingt banal – und spiegelt doch einige der Probleme, mit denen wir es bei der Sozialen Verteidigung zu tun haben, recht gut wieder:

- Da ist einmal das "irgendwie". In der Tat ist heute das größere und dringlichere Problem gar nicht so sehr der Mangel an Konzepten, wie Soziale Verteidigung funktionieren könnte. Zumindest im Moment, wo das Dogma der militärischen Landesverteidigung bei den HERRschenden, aber auch in breiten Bevölkerungskreisen, ja sogar in den sozialen Bewegungen noch kaum angeknackst ist, scheint die viel aktuellere und zugleich problematischere Frage, wie denn heute Schritte auf Soziale Verteidigung hin aussehen müssen. Würde die Reihenfolge, wie sie in dem Satz angedeutet ist, tatsächlich stimmen, hätten wir es wohl mit einer unüberwindbaren Hürde zu tun: Zuerst total abrüsten und dann Soziale Verteidigung aufbauen? Was in diesem Zusammenhang wichtig ist: Eine solche Konzeption würde voraussetzen, daß die Bundesregierung Soziale Verteidigung zur gültigen Verteidigungsstrategie erklärt. Können wir darauf wirklich hoffen, sollen wir darauf warten? Wie könnte statt dessen eine schrittweise Einübung und Verwirklichung von Sozialer Verteidigung vor sich gehen, u.U. auch gegen den Willen und die Interessen der Regierenden?
- In der Aussage schwingt die Vorstellung mit, es ginge um etwas ähnliches wie einen "Umrüstungsprozeß". Stimmt das so, geht es wirklich um nicht mehr als das Auswechseln von zwei unterschiedlichen Verteidigungskonzeptionen, deren Auswahl allein unter dem Kriterium der besseren Tauglichkeit erfolgt? Das leitet zu einer weiteren Frage über:

– Stimmt eigentlich die stillschweigende Voraussetzung, daß wir uns verteidigen müssen? Müßten wir nicht genauer hinschauen und fragen: Wer will eigentlich was sozial verteidigen? Kann mensch wirklich davon ausgehen, daß es überhaupt eine Verständigung über dieses "was" zwischen den unterschiedlichen Interessensgruppen, zwischen den Klassen gibt? Steckt doch in der Frage, was verteidigt werden soll, viel mehr als das üblicherweise angeführte Gegensatzpaar: Territoriale Verteidigung oder Verteidigung der Lebensweise. Schließlich haben wir es in der BRD nicht mit einer Lebensweise zu tun, sondern vielmehr mit sehr unterschiedlichen Lebens- und Zukunftsentwürfen, mit sehr unterschiedlichen Wertbezügen! Vielen BefürworterInnen von Sozialer Verteidigung geht es doch um mehr als die Verteidigung des Bestehenden mit anderen Mitteln, um mehr als die Steigerung des Bruttosozialproduktes unter anderen Garantbedingungen!

Die Zuspitzung der Fragestellung, wie sie der Titel dieser Arbeitsgruppe deutlich zu machen versucht, hat folgenden Hintergrund: Nicht wenige BefürworterInnen der Sozialen Verteidigung – insbesondere aus dem Bereich der Friedensforschung – setzen bei der Umsetzung der Sozialen Verteidigung auf staatliche Stellen, denen sie dann maßgebliche Funktionen in der Einführung, Einübung, Koordination und Fortentwicklung des Konzepts der Sozialen Verteidigung zuweisen. Da ist beispielsweise von einem "Bundesamt für Soziale Verteidigung" die Rede oder von der Voraussetzung einer "rot-grünen Koalition".

Es gibt manches, was an dieser Vorstellung plausibel ist, allerdings auch vieles, was dagegen spricht. Ein Beispiel: Was ist mit den Funktionen, die das Militär über die Landesverteidigung hinaus wahrnimmt, etwa als volkswirtschaftlich bedeutsamer Faktor? Oder wie sieht es um die Ideologiefunktion des Militärs (Verschleierung innergesellschaftlicher Interessengegensätze z.B. durch Aufrechterhaltung eines äußeren Feindbildes, Repräsentation nationaler Identität etc.), wie um die Funktion der Aufstandsbekämpfung nach innen?

Um die Frage beantworten zu können, wo es womöglich gemeinsames Handeln von staatlichen Stellen und sozialen Bewegungen geben könnte und wo dies wahrscheinlich ausgeschlossen ist, werden wir uns in der Arbeitsgruppe damit zu beschäftigen haben, welche Interessen das Handeln staatlicher Mandatsträger qua Funktion leitet. Welche Funktionen hat das Militär auch und vor allem – in welchem Bedingungsverhältnis stehen Militär und Gesellschaft? Ist die Existenz moderner Industriestaaten nicht untrennbar mit ihrer Kriegsführungsoption (und der Fähigkeit, damit zu drohen) verbunden? Wie könnte eine Transformation der Konzepte in gesellschaftliche Praxis aussehen, die nicht in erster Linie auf staatliche Verfaßtheit baut, wie realistisch und praktikabel sind solche Vorstellungen überhaupt ("was geht heute noch ohne den Staat?")?

Im Anschluß an zwei 10 – 15 minütige Statements zu den aufgeworfenen Fragen soll in der Arbeitsgruppe der Austausch und die Diskussion von Meinungen und Erfahrungen der TeilnehmerInnen im Vordergrund stehen. Dies soll nicht nur in Form von Diskussionsrunden geschehen, sondern auch durch Einsatz weiterer Methoden, die allen TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe eine aktive Mitarbeit ermöglichen sollen (Ideenreise, Brainstorming, Pro-Kontra-Diskussion, Kleingruppenarbeit; entsprechende Vorbereitungen sind getroffen; über die Arbeitsform sollten wir jedoch gemeinsam entscheiden).

Die Arbeitsgruppe wird gestaltet von:

MitarbeiterInnen der Graswurzelrevolution – Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA)

Literatur:

G. Jochheim

Soziale Verteidigung - Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht (dort insbesondere das Nachwort und der Anhang)

E. Krippendorf

Staat und Krieg (dort insbesondere die Kap. 6 – 8)

Zeitschrift Graswurzelrevolution

Sonderheft Soziale Verteidigung



## I.12 SOZIALE VERTEIDIGUNG ALS PERSPEKTIVE FÜR ABGERÜSTETE KLEINSTAATEN IN EUROPA?

Kleinststaaten, so geht die These der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), haben besondere Chancen und Möglichkeiten, aus der Militär- und Kriegslogik in Europa auszubrechen. Statt sich einfach auf ihre Rolle als Opfer der Weltgeschichte einzurichten und vorzubereiten, was nicht möglich ist, nämlich ein Überleben in einem künftigen europäischen Krieg, könnten sie mit einem Ausbruch aus dem Irrenhaus ein solches mitzuverhindern suchen. Kleinststaaten hätten die Möglichkeit, armeerfreie Impulse für eine europäische Friedenspolitik zu entwickeln. Die GSoA schlägt deshalb mittels einer Volksinitiative, über die im Winter 1989/90 abgestimmt werden wird, die Abschaffung der Schweizer Armee vor und den Aufbau einer umfassenden Friedenspolitik, in deren Konzept der Sozialen Verteidigung zur Behauptung gesellschaftlicher Errungenschaften eine bedeutsame Funktion zukommen kann (siehe dazu auch Jochheim, Soziale Verteidigung – Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht, Patmos, 1988, S. 9 ff und S. 106).

Schwerpunkt der Arbeitsgruppe wird die Darlegung der Überlegungen sein, welche die GSoA für die Schweiz entwickelt hat und Thesen, die sie darauf basierend für eine europäische Friedenspolitik zur Diskussion stellen möchte. Dabei ist bemerkenswert, daß in Ungarn ähnliche Thesen von Intellektuellen ebenfalls erarbeitet worden sind.

Folgende und andere Fragen möchten wir gern gemeinsam erörtern. Interessant wäre es, wenn dazu auch die österreichischen, belgischen und dänischen Freunde, die zum Kongreß kommen, sich äußern würden:

- Wie werden die Thesen von Kleinstaatlern von Friedensbewegten in der BRD beurteilt?
- Gibt es Ansatzpunkte, die über den "Atom Pazifismus" hinausgehend eine gemeinsame Perspektive ergeben?
- Sind Überlegungen zu politischen Handlungsmöglichkeiten von Kleinststaaten in Europa Illusionen?
- Welche Bedeutung hat in armeerfreien Friedenspolitik-Konzepten die Soziale Verteidigung, wo doch in Europa der Terminus "Verteidigung" neben anderen sozusagen an die Politiker zurückgegeben werden kann (Dieter Lattmann), weil er einen anachronistischen Aspekt in sich trägt, der künftiger Friedenspolitik nicht mehr ganz gerecht wird?
- Inwiefern müßte deshalb der Begriff Soziale Verteidigung präziser gefaßt werden?

Die Referenten der Arbeitsgruppe werden groß in Kurzvorträgen ihre Grundpositionen erläutern und zur Diskussion stellen.

**Referenten der Arbeitsgruppe sind:**

Andreas Gross aus Zürich, Politikwissenschaftler

Spezialgebiet: Direkte Demokratie und neue soziale Bewegungen

Er war lange Zeit Bundesvorsitzender der Schweizer Jungsozialisten; ist heute Mitglied des Zürcher Stadtparlaments für die SP Zürich; Mitbegründer der GSoA-Initiative und Mitglied deren schweizerischen Vorstandes

**Literatur:**

Roman Brodmann / Andreas Gross / Marc Spescha (Hrsg.)

Unterwegs zu einer Schweiz ohne Armee – Der freie Gang aus der Festung. Beiträge von 39 AutorInnen. 2.Auflage, Basel, 1987

Im oben genannten Sammelband finden sich insbesondere Thesen von Egbert Jahn, welche das Thema der Arbeitsgruppe ein- und weiterführen.

## II.1 GRENZEN DER GEWALTFREIHEIT – GRENZEN DER SOZIALEN VERTEIDIGUNG?

In dieser Arbeitsgruppe soll nach den moralischen und religiösen Energien der Gewaltfreiheit und der Sozialen Verteidigung, auch nach den gesellschaftlichen Bedingungen der Möglichkeiten, sie zu leben, gefragt werden. Bei diesem Versuch scheint es mir notwendig, verschiedene Lebenswege und einige politische Kämpfe anzusprechen, die weder in Ergebnis enden noch in Gewalt fliehen, sich weder der Widerstandslosigkeit noch dem gewaltvollen Widerstand fügen. Das gewaltfreie Widerstehen und der gewaltvolle Widerstand stoßen an Grenzen, die gesehen werden müssen, damit sie überschritten werden können. Von der Überwindung solcher Grenzen ist z.B. in Grundgedanken und Aktionen Gandhis, in seiner Kontroverse mit Martin Buber über den Widerstand jüdischer Menschen gegen den Nationalsozialismus und in den Überlegungen Shalom Ben-Chorins zu dieser Kontroverse die Rede. Darüberhinaus sollen Gedanken und Taten von Martin Luther King und Camilo Torres konfrontiert werden mit Ernesto Che Guevaras heroischem Humanismus, der die Gewalt als Mittel der Befreiung vom aufgeherrschten Elend versteht.

Die Konfrontationen sollen die Teilnehmer zu ihren eigenen Gedanken und Erfahrungen anregen, zu Fragen nach der Quelle des eigenen Widerstehens und nach dem, was verteidigt werden soll in Gewaltfreiheit. Eine Auseinandersetzung zwischen militärischer Moral und einem Ethos der Gewaltfreien (sind alle Soldaten potentielle Mörder?) wird dabei unausweichlich sein.

Die Diskussionen und Gespräche sollen eingeleitet werden durch den Referenten, der als Rechtsanwalt KDV berät. Der Referent wird einige Grundtexte in kurzen Zügen vorstellen:

Martin Buber, Brief an Gandhi. In: Derselbe, Ein Land und zwei Völker

Walter Dirks, King und Che? In: Frankfurter Hefte, 1968

Shalom Ben-Chorin, Grenzen der Gewaltlosigkeit

A. Köpcke-Duttler, Wege des Friedens, Würzburg 1986

**Referenten der Arbeitsgruppe sind:**

Dr. phil. Arnold Köpcke-Duttler aus Kist bei Würzburg, Rechtsanwalt und Dipl.Pädagoge



## II.2 ANFORDERUNGEN AN DEN UMGANG MIT SICH SELBST UND ANDEREN

### Psychologische und pädagogische Aspekte Sozialer Verteidigung

Soziale Verteidigung fordert, einen Angreifer nicht als Feind, sondern nur als Gegner zu betrachten. Kann man – und muß man – dies gedanklich leisten und davon sozusagen ehrlich überzeugt sein? Machen da auch die Gefühle mit? Wie hat man mit eigenen aggressiven Bedürfnissen umzugehen? Und wie mit den Aggressionswünschen anderer Akteure im eigenen Lager? Wie mit gegnerischen Akteuren, die uns selbst durchaus als Feind ansehen? Fordert Soziale Verteidigung also ein übermenschliches Maß an "innerer Umrüstung"?

Weiterhin soll gefragt werden, wie weit die familiäre und außerfamiliäre Erziehung zu aktiver Gewaltfreiheit beitragen und somit langfristig auch Soziale Verteidigung vorbereiten kann.

Es geht nicht darum, in der Arbeitsgruppe zweifelsfreie Antworten zu finden. Vielmehr sollen diese Fragen unter der Perspektive erörtert werden: Was wäre wichtig zu lernen (oder umzulernen) und welche Chancen und Risiken würde dies für den Einzelnen und die Gesellschaft mit sich bringen?

Vorgesehener Ablauf:

Mehrere Abschnitte mit jeweils kurzen Einführungen und gemeinsamer Diskussion.

Referenten der Arbeitsgruppe sind:

Dr. med. Helmut Ockel aus Hannover, Psychoanalytiker i.R.

Dr. Hans-Peter Nolting aus Göttingen, Dipl.Psychologe

## II.3 DIDAKTIK DER SOZIALEN VERTEIDIGUNG

### Wie kann ich die Konzeption der Sozialen Verteidigung anderen Menschen vermitteln?

Bei Veranstaltungen der Friedensbewegung, in kirchlichen, politischen, verbandlichen und gelegentlich auch im schulischen Bereich wird das Konzept der Sozialen Verteidigung vorgestellt. Die Reaktionen dabei sind sehr unterschiedlich und reichen von skeptischer Abwehr bis zu euphorischer Aufnahme.

Ausgehend von den Erfahrungen der Teilnehmer soll es anhand eines konkreten Beispiels um folgende Aspekte gehen:

- Welche Zielgruppen sind wann ansprachbar?
- Welche erzieherische Voraussetzungen benötigt gewaltfreier Widerstand?
- Welchen Stellenwert haben Utopien in Erziehungskonzepten?
- Vorstellung von Modellen für die Vermittlung der Sozialen Verteidigung in den oben genannten Bereichen
- Sichtung und Auswertung verschiedener Medien (Tageslichtfolien, Tonbildschau, Film, Ausstellungen, Arbeitshefte etc.)
- Möglichkeiten der Kooperation mit anderen am Thema arbeitenden Gruppen

Referenten der Arbeitsgruppe sind:

Günter Gugel aus Tübingen, Diplom-Pädagoge

Mitarbeiter des Vereins für Friedenspädagogik

Renate Mulzer aus München, Pädagogin

Mitarbeiterin der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik (AGFP)

Dr. Hans-Georg Wittig aus Lörrach, Professor

Pädagogische Hochschule Karlsruhe

Organisation der Arbeitsgruppe:

Theodor Ziegler aus Karlsruhe, Pastor

Landeskirchlicher Beauftragter für KDV und ZDL

Literatur:

David Mark Mantell

Familie und Aggression. Zur Einübung von Gewalt und Gewaltlosigkeit  
Frankfurt 1988, Fischer-Taschenbuch 3876



## II.4 CHRISTEN AUF DEM WEG ZUR SOZIALEN VERTEIDIGUNG

Es ist kein Zufall, daß Christen unter denen, die sich für eine gewaltfreie Verteidigung einsetzen, eine recht große Gruppe sind. Denn in der Bibel findet sich sowohl das Gebot, der Gewalt nicht mit Gegengewalt, sondern mit Liebe zu begegnen, wie auch der Zuspruch, daß Gott denen hilft, die auf sein Wort vertrauen. Dieser Zuspruch aber ermöglicht es immer wieder, Gewaltfreiheit zu üben, auch wenn kein schneller Erfolg sichtbar scheint.

So hat es zu jeder Zeit Christen gegeben, die das Gebot der Feindesliebe ernst nahmen, auch wenn im Namen der Kirche schon unendlich viel Blut geflossen ist. Doch noch heute sind diese eine Minderheit; die großen Kirchen verbünden sich lieber mit der Staatsgewalt, als daß sie unmißverständlich den Gewaltverzicht predigen. Deshalb bedeutet der Einsatz für Soziale Verteidigung für uns auch, eine Umorientierung der Kirchen anzustreben.

In unserer Arbeitsgruppe setzen wir die Kenntnis der Grundzüge des Konzepts Soziale Verteidigung voraus. Wer sie sich noch aneignen möchte, dem sei die unten stehende Lektüre empfohlen.

In dieser Arbeitsgruppe wollen wir versuchen, im ersten Teil eine biblisch-theologische Grundlage für gewaltfreies Handeln in unserer Zeit zu erarbeiten, um dann nachmittags die Folgerungen zu erörtern, die sich daraus für den Weg unserer Kirchen ergeben können. Wir werden dazu kurze Einleitungsstatements hören, weitere Gedanken in kleinen Gruppen erarbeiten und unsere Arbeitsergebnisse in zwei Plenumsdiskussionen zusammentragen.

### Referenten der Arbeitsgruppe sind:

Konrad Lübbert aus Uetersen, Pastor der Nordelbischen Kirche  
Er wurde von der Kirche für Friedensarbeit freigestellt; ist Vorsitzender des Versöhnungsbundes; Sprecher der Christen für die Abrüstung; Mitbegründer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit und Mitglied des Präsidiums des Weltfriedensrates

Heinz Wagner aus Aachen, Dipl.Pädagoge  
Er arbeitete sieben Jahre lang als Referent für politische Bildung beim Bund Deutscher Katholischer Jugend, z.Zt. ist er als Friedensarbeiter bei Pax-Christi

### Literatur:

Versöhnungsbund Gruppe Münster  
Soziale Verteidigung – der gewaltfreie Weg

## II.5 SPIRITUELLE KRÄFTE IN DER SOZIALEN VERTEIDIGUNG

Wir wollen ausgehen von Erfahrungen, die wir in der politischen Arbeit und ganz individuell gemacht haben, und zwar speziell von Erfahrungen mit geistiger Kraft.

Was bedeuten sie? Welcher Stellenwert kann ihnen in der Sozialen Verteidigung zukommen? Wie können wir individuelle Entwicklung und politische Praxis miteinander verbinden?

Wie beeinflußt es unser politisches Engagement, wenn wir umzudenken beginnen, wenn wir die feindlichen Mächte nicht mehr nur außen erkennen, sondern ähnliche Kräfte in uns und unseren Gruppen wahrnehmen? Oft genug erleben wir ja, wie in der politischen Arbeit Friedensstrukturen verlorengehen und es uns nicht gelingt, das, wofür wir kämpfen, schon zu leben.

Um Soziale Verteidigung zu entwickeln, bedarf es der Ausdauer und Langfristigkeit, vor allem aber einer inneren und äußeren Glaubwürdigkeit.

Von solchen Fragen und Problemen ausgehend wollen wir uns in dieser Arbeitsgruppe mit Lebenshaltungen und Praxisformen beschäftigen, die in einer tiefen Dimension gewaltfrei sind. Können sie uns Lösungswege aufzeigen?

Zum Ablauf gehört die Grundinformation über Soziale Verteidigung, von der her die Fragen entfaltet werden. Dabei werden wir mit wechselnden Arbeitsformen arbeiten, in denen sich der Ausdruck nicht im Reden erschöpft. Und in denen es nicht um "richtige" oder "höhere" Erfahrungen geht, sondern um Deine eigenen.

### Referenten der Arbeitsgruppe sind:

Karin Zeidler, "Wassermann-Zentrum" in Hengstberg  
Wolfram Nolte, "Wassermann-Zentrum" in Hengstberg  
Jutta von Ochsenstein, "Carl-Kabat-Haus" in Mutlangen  
Stefan Schülle, "Arche Sichelschmiede" in Altshausen  
Ilse Rendtorff, "Friedensmeditationen" in Kiel



### III.1 INTERNATIONALE ASPEKTE DER SOZIALEN VERTEIDIGUNG

"Internationale Aspekte" – der Titel der Arbeitsgruppe weist schon auf ein Dilemma einer solchen Arbeitsgruppe hin:

Zum einen soll in einer Übersicht die Vielschichtigkeit der "Experimente mit der Wahrheit der Sozialen Verteidigung" angedeutet werden:

Welche Ansätze gewaltfreien Handelns und des zivilen Ungehorsams finden sich in Auseinandersetzungen in Lateinamerika, auf den Philippinen und – neuerdings in den Schlagzeilen – auch in Palestina (über letzteres wird am Vormittag Bernd Klinghammer berichten).

Zum anderen erfordert eine effektive Arbeit, einen Schwerpunkt zu setzen – auch mit Rücksicht auf weitanreisende Referenten.

Wir haben mit Christian Mellon (Paris) einen der besten Kenner der Diskussion über Soziale Verteidigung auf internationaler Ebene gewonnen. Er ist seit Jahren Mitherausgeber der profunden französischen Zeitschrift "alternatives non-violentes" und Mitverfasser einer Studie über die Bedingungen und Möglichkeiten einer gewaltfreien Verteidigung in Frankreich.

Hier von zu berichten wird der Schwerpunkt seines Beitrages sein. Darüber hinaus steht er mit seiner detaillierten Kenntnis der Entwicklungen in England sowie in Ländern des Ostblocks (besonders Polen) zur Verfügung.

**Leitfragen dieser Arbeitsgruppe:**

- Welche Bausteine gewaltfreien Handelns lassen sich international in der Gegenwart aufspüren?
- Welche "Attraktivität" und Überzeugungskraft finden sie, gerade da, wo sie vermischt mit anderen Formen des Widerstands auftreten?
- Wo handelt es sich um bewußt gewählte gewaltfreie Vorgehensweisen, wo mehr um "zufällige" nicht gewaltsame Aktionsformen, die später allzu leicht als gewaltfrei deklariert werden?
- Welche Anregungen, Fragezeichen und Kritikpunkte stellen diese lebendigen Beispiele für unsere eigenen Überlegungen zur Sozialen Verteidigung dar?

Die Sprache in dieser Arbeitsgruppe wird neben Deutsch vermutlich Englisch sein (französisch, wenn dies eine überwiegende Mehrheit wünscht und Lösungen für die nicht französisch sprechenden gefunden werden – Tips für Dolmetscherin nimmt das Kongreeßbüro entgegen).

**Referenten der Arbeitsgruppe sind:**

Dr. med. Bernd Klinghammer aus Ronnenberg

Christian Mellon aus Paris

Mitherausgeber der Zeitschrift "alternatives non-violentes"

**Organisation der Arbeitsgruppe:**

Martin Humburg aus Wustrow

Mitarbeiter der Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V. "Kurve Wustrow"

Wolfgang Müller

### III.2 SOZIALE VERTEIDIGUNG UND NEUE SOZIALE BEWEGUNGEN

**Themenblöcke der Arbeitsgruppe sollen sein:**

1. Bestandsaufnahme: Soziale Verteidigung in den Bewegungen
2. Was können Bewegungen in Bezug auf die Umsetzung von Sozialer Verteidigung leisten?
3. Wie kann Soziale Verteidigung vorangetrieben werden?

Die einzelnen Blöcke sollen mit kurzen Statements eingeleitet werden. Neben den genannten ReferentInnen sind alle Interessierten eingeladen, – nach Rücksprache mit der Verantwortlichen – sich mit eigenen einleitenden Beiträgen zu beteiligen.

Das Verhältnis von sozialen Bewegungen zu Sozialer Verteidigung kann unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden. Die einfachste Frage, mit der die Arbeitsgruppe deshalb auch beginnen soll, ist, inwieweit sich einzelne Bewegungen oder Teile von ihnen mit Sozialer Verteidigung auseinandersetzen. Falls die TeilnehmerInnenzahl es zuläßt, wäre es wünschenswert, diese Bestandsaufnahme mit allen gemeinsam anzugehen.

Es steht zu befürchten, daß das Ergebnis sein wird, daß in den Bewegungen ein großes Defizit in Bezug auf Soziale Verteidigung besteht. Außerhalb des gewaltfreien Spektrums ist Soziale Verteidigung fast nirgendwo ein Thema (aus Gründen, über die gesprochen werden muß). Aber auch viele Gewaltfreie verhalten sich eher zurückhaltend gegenüber diesem Konzept. Bedenken gegen ein angeblich aufgebautes Feindbild und vor allem die scheinbar fehlende Relevanz für das Hier und Heute spielen diesbezüglich eine entscheidende Rolle.

Es bleiben diejenigen, die versuch(t)en, Soziale Verteidigung in Beziehung zu der Praxis von gewaltfreier Aktion und zivilem Ungehorsam zu setzen. Zum einen ist es möglich, und damit kommen wir zum Teil II der Arbeitsgruppe, gewaltfreie Aktion als Vorbereitung – und zwar unerläßliche Vorbereitung – auf Soziale Verteidigung zu betrachten. Mit diesem Anspruch sind verschiedene Aktionen und Kampagnen, z.B. die zahlreichen Blockaden vor Militäreinrichtungen angegangen worden.

Ein anderer und sicherlich kontroverser Aspekt ist, inwieweit Aktionen von Bewegungen heute, z.B. der Schutz der Hafensstraße nicht nur Vorbereitung von Sozialer Verteidigung darstellen, sondern selbst schon Soziale Verteidigung, verstanden als Verteidigung der Lebensweise, sind. Wenn ich Soziale Verteidigung als gewaltfreie Verteidigung der Lebensweise ansehe, welchen Grund gibt es dann, sie auf die Fälle einzuschränken, wo die legitime Regelung (Ebert) den Widerstand mitträgt.

Dieses Problem stellt die Überleitung zum Teil III der Arbeitsgruppe dar. Spätestens an diesem Punkt stellt sich sicherlich die Frage nach dem Zustand (Krise) der Bewegungen. Dies war auch Thema auf der Tagung 1987 "Gewaltfreie Politik in der BRD". Sie ergab auch erste hoffnungsvolle Ansätze im Hinblick auf Vernetzung und zukünftige Zusammenarbeit von Gewaltfreien. Könnte eventuell Soziale Verteidigung hier ein thematisches Bindeglied werden?

**Referenten der Arbeitsgruppe sind:**

Martin Singe, Initiative Kirche von unten

Christof Then, Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung



### III.3 SOZIALE VERTEIDIGUNG UND ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Die Arbeitsgruppe untersucht, welche Rolle der öffentlichen Verwaltung für Vorbereitung und Anwendung der Sozialen Verteidigung zukommt und wie Verwaltung sich verändern sollte, um dieser Aufgabe besser gerecht zu werden. Mit "öffentlicher Verwaltung" sind primär Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden gemeint, aber auch öffentliche Dienstleistungen, wie Bahn und Post, Sozialversicherungsträger und Arbeitsverwaltung, Schulen und Hochschulen, Rundfunk- und Fernsehanstalten, öffentliche Ver- und Entsorgungsbetriebe, Sparkassen und Gefängnisse u.a.

Die Arbeitsgruppe richtet sich an alle,

- die in Verwaltung und öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen tätig sind oder
- die in Basisgruppen aktiv sind und vielleicht mit Sorge sehen, daß öffentlicher Verwaltung im Rahmen der Sozialen Verteidigung eine Schlüsselrolle zufallen könnte, oder
- die sich in einer so spannenden Gruppe an die Kernfragen der Sozialen Verteidigung herantasten wollen.

Der Ablauf soll mitarbeiterintensiv und abwechslungsreich gestaltet werden. Hauptpunkte sind:

- Referat über die Rolle öffentlicher Verwaltung für Soziale Verteidigung anhand historischer Beispiele (Kapp-Putsch, Ruhrkampf, Gleichschaltung im Nationalsozialismus),
- ansatzweise Durchführung eines Planspiels,
- Auswertung in Kleingruppen zu folgenden Fragen:
  - \* Allgemeine Verhaltensregeln für öffentliche Verwaltung im Rahmen der Sozialen Verteidigung und Zusammenarbeit mit der Bevölkerung;
  - \* Folgerungen für Auswahl, Ausbildung, Arbeitsweise, Organisation und Aufgabenzuweisung an öffentliche Verwaltung;
  - \* Beitrag der öffentlichen Verwaltung zur Vorbereitung und Durchsetzung der Sozialen Verteidigung.

**ReferentInnen der Arbeitsgruppe sind:**

Barbara Müller aus Simmern, Historikerin

Sie arbeitet an einer Dissertation über den Ruhrkampf und ist tätig im Friedensbüro Kastellaun

Dr. Roland Geilmann aus Kehl, Professor

Er ist Jurist, arbeitete 12 Jahre an Landratsämtern, Regierungspräsidien und als Oberbürgermeister der Stadt Schramberg; seit 1983 Professor an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl; Veröffentlichungen zur kommunalen Friedensarbeit

### III.4 GESELLSCHAFTLICHE UND WIRTSCHAFTLICHE VORAUSSETZUNGEN VON SOZIALER VERTEIDIGUNG

**Wie vollziehen sich gesellschaftliche Veränderungsprozesse?**

Beinhaltet die Idee der Sozialen Verteidigung schon für sich eine gesellschaftsverändernde Kraft? Oder: Wollen wir nicht vielmehr in erster Linie eine andersartige Demokratie, andere Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens und eine an anderen Werten ausgerichtete Wirtschaft, woraus sich dann die Fähigkeit zu einer nichtgewaltsamen Verteidigung weitgehend gleichsam von selbst entwickelt?

Unter welchen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen werden Menschen überhaupt motiviert und fähig sein, im Rahmen einer Sozialen Verteidigung (anhaltenden) Widerstand zu leisten?

Was lehren geschichtliche Erfahrungen mit gewaltlosem Widerstand über die Bedingungen für gewaltloses Handeln? Wo in der Entwicklung der sozialen Ideen wurden Modelle politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens gedacht oder auch praktiziert, die eine Soziale Verteidigung begünstigen?

**In dieser Arbeitsgruppe...**

sind themenbedingt eine gewisse Kopflastigkeit und Abstraktheit der Arbeit und damit eher traditionelle Arbeitsformen (Vorträge, Statements, Diskurs) unvermeidbar. Der Reiz dürfte aber in der Verbindung von geschichtlichen und aktuellen Erfahrungen mit phantasievollen und utopischem Denken liegen.

**Referenten der Arbeitsgruppe sind:**

Gernot Jochheim aus Berlin (West), Dr. phil.

Er ist Mitglied des Deutschen Versöhnungsbundes und der Liga für Menschenrechte. Er arbeitet in Berlin (West) als Lehrer und Friedensforscher. Verschiedene Publikationen zur Theorie, Praxis und Sozialgeschichte der Gewaltfreiheit.

**Literatur:**

George Lakey / Michael Randle

Gewaltfreie Revolution – Beiträge für eine herrschaftslose Gesellschaft

Berlin: OPPO-Verlag, 1988; ISBN 3 - 926880 - 01 - 5

E.F. Schumacher

Small is Beautiful. Die Rückkehr zum menschlichen Maß

Hamburg:rororo - aktuell; No.: 5539; 1985

G. Jochheim

Länger leben als die Gewalt. Der Zivilismus als Idee und Aktion

Stuttgart: Edition Weitbrecht, 1986

Egbert Jahn

Soziohistorische Voraussetzungen der Sozialen Verteidigung

IN: G. Jochheim

Soziale Verteidigung – Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht

Düsseldorf: Patmos Verlag, 1988; S.: 69 ff



### III.5 KOMMUNALE FRIEDENSARBEIT UND REGIONALE EINBETTUNG DES KONZEPTS DER SOZIALEN VERTEIDIGUNG

Die konkrete Utopie "Soziale Verteidigung" und "Abgerüstete Region", sowie die praktische Friedensarbeit am eigenen Lebensort sollen in einen sachgemäßen Zusammenhang gestellt werden. Anhand eigener Erfahrungen, Materialien und Untersuchungen mögen die Teilnehmer neue Impulse für die eigene Friedensarbeit mit nach Hause nehmen.

#### 1. Grundsätzliche Überlegungen

Zum Zusammenhang von kommunaler Friedensarbeit, Sozialer Verteidigung und abgerüstete Region:

- Wie sieht eine abgerüstete Region aus?
- Was soll verteidigt werden?

#### 2. Handwerkszeug für kommunale Friedensarbeit

A. Analyse des Militärs:

- Was ist an militärischen Einrichtungen vorhanden?
- Wie funktioniert der Militärapparat?
- Welche aktuellen Maßnahmen der Militarisierung in der Region laufen?
- Auswirkungen und Belastungen des Militärs für den regionalen Lebensraum?

B. Gesprächsführung und Gesprächserfahrung mit:

- Stadt- und Kreisverwaltung, politischen Parteien, militärischen Stellen
- Fragenkatalog als Ausgangspunkt für das Gespräch

C. Öffentlichkeitsarbeit:

- Wie macht man militärische Gegebenheiten und Prozesse öffentlich und schafft dadurch ein neues politisches Klima?
- Beispiele sollen dies anschaulich machen.

#### 3. Zukunftsorientierte Arbeit – Wege zur abgerüsteten Region und zur Sozialen Verteidigung

- Abrüstungsvorschläge auf die eigene Region übertragen
- Alternativen im Bereich Liegenschaften, Ökologie, Verkehrswesen
- Wege zu einem Konversionsmodell
- Friedensarbeiterausbildung
- Abrüstungseminar: Friedensarbeiter – Soldaten

Referenten der Arbeitsgruppe sind:

Olav Achilles aus Alheim, ZDL  
Mitarbeiter der Militär - Ökologie - Planung e.V.  
Gerhard Biederbeck aus Neustadt, Lehrer  
Mitarbeiter der Militär - Ökologie - Planung e.V.

### III.6 HISTORISCHE FALLSTUDIEN – CSSR 1968 – 1988

Soziale Verteidigung eines "Sozialismus mit menschlichem Gesicht" gegen restaurative Gewalt militärisch intervenierender fünf Warschauer-Pakt-Staaten

"Geschlossener, disziplinierter, organisierter, wirksamer hat wohl noch nie ein Land Okkupanten Widerstand geleistet..."

so die Zeitschrift "Die Zeit" vom 30.8.1968. Daher erscheint es lohnend, sich seinen geschichtlichen Kontext, Verlauf, Erfolge sowie Gründe seines späteren Abbröckelns auch heute noch zu vergegenwärtigen.

Darauf aufbauend, wollen wir in der Arbeitsgruppe einigen allgemeineren Fragen der Sozialen Verteidigung nachgehen, darunter

- verteidigungswürdige Werte mit Mobilisierungskraft
- Akteure der Sozialen Verteidigung und ihr spezifisches Widerstandspotential
- Widerstandsmethoden und Widerstandskommunikation
- Vorteile und Nachteile der zivilen im Vergleich zur militärischen Verteidigung.

Ich denke, daß wir in der Arbeitsgruppe folgendermaßen arbeiten könnten: Zuerst ein einführendes Referat, dann die Beantwortung von gestellten Fragen und anschließend freie Diskussion.

Am Nachmittag könnten wir nach gemeinsam festgelegten Themen eine gegliederte Diskussion haben.

Sowohl am Vormittag wie am Nachmittag könnte optisches und akustisches Material (Photos, Rundfunksendungen, Lieder) verwendet werden.

Referenten der Arbeitsgruppe sind:

Dr. Vladimír Horský aus Pulheim, tschechischer Politologe

Aktiver Zeuge der 1968er Ereignisse; seit 1977 im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln

Literatur:

Vladimír Horský

Prag 1968. Systemveränderung und Systemverteidigung

Band 14 "Studien zur Friedensforschung"; Hrsg. FEST, Heidelberg

Klett / Kösel, 1975

Vladimír Horský

Gewaltloses Freiheitsengagement als Faktor der Systemtranszendierung. Der Fall CSSR 1968

IN:

Frieden, Gewalt, Sozialismus; Hrsg. W. Huber / J. Schwerdtfeger

Klett 1977



### III.7 SOZIALE VERTEIDIGUNG UND RÜSTUNGSKONVERSION

Immer wieder werden VertreterInnen des Konzepts der Sozialen Verteidigung aufgefordert, sich aktiv mit dem Krieg, der heute schon durch Rüstungsexporte und Militärhilfen von bundesdeutschem Boden ausgeht, auseinanderzusetzen. Betroffene an Arbeitsplätzen der Rüstungsindustrie haben mit ihren Vorschlägen und Umsetzungsversuchen für eine alternative Fertigung eine wichtige Handlungsmöglichkeit entwickelt, sich dagegen zu wehren. Das Umwandeln von Rüstungsproduktion in das Herstellen sozial und ökologisch sinnvoller Dinge bedeutet einen großen Schritt auf dem Weg zur Sozialen Verteidigung, beim "Entwickeln einer verteidigungswerten und -fähigen Gesellschaft", beim Umsetzen der Forderung nach "Abrüstung, ökologischer Einpassung der Industriegesellschaften und gerechterer Verteilung der Güter dieser Erde", wie es im Aufruf zu diesem Kongreß heißt.

Die Parallelen zwischen der Arbeit der in verschiedenen Rüstungsbetrieben tätigen "Arbeitskreise Alternative Fertigung" und den an der Umsetzung der Sozialen Verteidigung arbeitenden Gruppen sind vielfältig. Wir wollen in der Arbeitsgruppe unter anderem folgenden Fragen nachgehen:

- Wie können wir von einem gegenseitigen Erfahrungsaustausch profitieren?
- Kann mehr Mitbestimmung im Betrieb – auch über Produkte – zu mehr politischer Mitverantwortung führen?
- Wie könnte die Zusammenarbeit zwischen Konversionsgruppen im Betrieb und Gruppen, die Soziale Verteidigung durchsetzen möchten, aussehen?

Als Einstieg möchten wir einen Film über die Geschichte der "Arbeitskreise Alternative Fertigung" aus Norddeutschland zeigen. Danach wird über Erfahrungen und Probleme der Rüstungskonversion im Betrieb berichtet und Fragen werden dazu beantwortet. In einer weiteren Phase werden wir die Zusammenhänge und Zusammenarbeitsmöglichkeiten von Sozialer Verteidigung und alternativer Fertigung anhand eines Fragenkatalogs erörtern. (s.o.)

#### Referenten der Arbeitsgruppe sind:

Lüder Scharringhausen aus Bremen

Er arbeitet seit ca. 4 Jahren im "Arbeitskreis Alternative Fertigung" bei MBB-VFW in Bremen aktiv mit.

### III.8 SOZIALE VERTEIDIGUNG UND NEUE TECHNOLOGIEN

Neue Technologien gewinnen im Arbeitsprozeß und der Gesellschaft zunehmend an Bedeutung. Ihre Einführung hat gravierende Veränderungen in vielen Bereichen zur Folge. Bei der Diskussion um die Wege der Umsetzung von und die gesellschaftlichen Voraussetzungen und Bezüge für Soziale Verteidigung, müssen die Konsequenzen dieser Entwicklung mit bedacht werden. Allerdings befindet sich die Friedensbewegung gegenüber dem Militär im Hintertreffen, das die neue Technologie frühzeitig für sich entdeckt und bestimmte Entwicklungen wesentlich beeinflusst hat. Dies erklärt u.a. auch das Unbehagen von manchen, sich mit dieser Frage überhaupt zu beschäftigen.

Zu den Problemen, die aus der Veränderung der Arbeitswelt und der Gesellschaft oder den sozialen Auswirkungen der neuen Technologien für die Soziale Verteidigung entstehen, sind bislang von den neuen sozialen Bewegungen keinerlei Überlegungen angestellt worden:

- Wie können wir im Zeitalter von ISDN (neues Fernmaldernetz) während einer Sozialen Verteidigung noch miteinander kommunizieren ...
- Wie steht es um den Datenschutz bei einer militärischen Besetzung...
- Wie kann in einer "Fabrik der Zukunft" "dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration" stattfinden...

Die Liste der Fragen ließe sich beliebig fortsetzen. Allerdings sollten auch die Chancen für Soziale Verteidigung, die sich mit dem Einsatz neuer Technologien für eine Gesellschaft und ihre Bevölkerung ergeben, nicht verkannt werden. Einem Besatzer wird es umso schwerer fallen, ein Land zu reorganisieren und für seine Zwecke dienstbar zu machen, je komplexer und sensibler dessen Infrastruktur und Arbeitsprozeß gestaltet sind.

Das Programm der Arbeitsgruppe wird sich aus Vortrag, Diskussion und Kleingruppengespräch aufbauen. Dabei wird es vormittags in erster Linie um Wissensvermittlung und Herstellung gleicher Informationsstände gehen. Die Auswirkung der neuen Technologien sollen mit den gesellschaftlichen Voraussetzungen für Soziale Verteidigung in Beziehung gesetzt werden. Am Nachmittag könnten die Wege zur Umsetzung von Sozialer Verteidigung im Zeitalter der neuen Technologien eventuell in Form eines Planspiels erarbeitet werden. Die Arbeitsgruppe wird versuchen, die Fragen und Interessen der Teilnehmer aufzunehmen und an geeigneter Stelle einzubauen.

#### Referenten der Arbeitsgruppe sind:

Ernst Hasenkamp aus Berlin



### III.9 MÄNNER UND SOZIALE VERTEIDIGUNG

zuerst sollten wir unsere vorstellungen bezüglich der arbeitsgruppe aufeinander abstimmen. als anregung dazu möchte ich vorschlagen, morgens und mittags zwei unterschiedliche schwerpunkte zu setzen.

der schwerpunkt am morgen wäre unser persönliches verhältnis zur sozialen verteidigung.

- weshalb interessiert mich soziale verteidigung?
- welche persönlichen umstände führten zu diesem interesse? (kdv/tv?, filme?, literatur?, persönlichkeiten?, religiöses und/oder politisches engagement?, usw.)
- was sind die beweggründe/motive dafür, mich für die soziale verteidigung zu engagieren?
- welche wünsche, bedürfnisse, utopien, aber auch ängste und unsicherheiten, sehe ich bei mir in verbindung mit sozialer verteidigung?  
gegen ende können wir dann zusammentragen, welche voraussetzungen wir als "männer für soziale verteidigung" in die auseinandersetzung einbringen.

auf der grundlage eines unter umständen bewußter gewordenen verhältnisses zur sozialen verteidigung, könnten wir uns allgemeiner mit dem spezifischen verhältnis von männern zur sozialen verteidigung, bzw. umgekehrt, beschäftigen. "...der gesamte themenstrang soziale verteidigung, mit all seinen ausformungen, wurde und wird ausschließlich von männern gebildet und zusammengehalten. diese feststellung beinhaltet die erschreckende dimension, daß unsere diskussionen zur "alternative SV" in zukunft auf rein männliche wahrnehmungs- und interpretationsmuster und eine entsprechende logik aufbauen würde/ müßte, wenn diese nicht jetzt selbst bewußt problematisiert oder gänzlich infrage gestellt werden." (aus "SV - das patriarchy gibt sich sanft") wir könnten uns an dieser problematisierung und infragestellung versuchen. die idee der sozialen verteidigung zwischen menscheitsrettungsfantasie und verteidigungsmanie. "diess "wehrpolitik ohne waffen" wurde entwickelt, um sowohl die gefahr der selbstausslöschung der menscheit als auch die angst vor der wehrlosigkeit im falle der militärischen abrüstung ("wehrlosigkeitssyndrom") überwindbar zu machen."

(aus: "ohne waffen - aber nicht wehrlos", die grünen) oder : "das unbewußte menschenbild (daß der mensch dem menschen ein wolf ist) führt männer zu verzweifelten versuchen, gegenüber eingebildeten und provozierten fe i n d e n , sicherheit zu erzwingen. die zwanghaftigkeit dieser verteidigungsmanie zeigt eine kampfesmentalität, durch die männer in allen ländern der erde allen menschen lebensbedingungen schaffen, die unmenschlich und selbstzerstörerisch sind. kriegsvorbereitungen werden als unbedingt notwendig hingestellt..."

(aus: "männer lassen lieben" von wilfried wieck) eine ausführliche schrift mit dem titel "sv - das patriarchy gibt sich sanft", worin u.a. auch diese vorangegangenen zitate besprochen werden, kann bei mir (gegen 5.- in briefmarken für porto und kopien) bestellt werden.

die mittel und methoden, mit denen wir in der ag zusammenarbeiten könnten, wären von verschiedener art: zweier-, kleingruppen-, großgruppengespräch, wandzeitungen, gedankenstürme und/und/oder. bringt mit, was ihr für geeignet haltet.

Referenten der arbeitsgruppe sind:

Andreas Peters aus Velbert  
Mitarbeiter der Wortwerkstatt

### III.10 FRAUEN UND SOZIALE VERTEIDIGUNG

Die Lebenssituationen und die Rolle von Frauen werden in den Konzepten der Sozialen Verteidigung nicht ausdrücklich aufgeführt, obwohl Frauen heute "im Frieden" und im Falle einer Sozialen Verteidigung in einer anderen Ausgangssituation leben als Männer. Frauen müßten eine patriarchal bestimmte Gesellschaft verteidigen, in der sie alltäglicher Gewalt ausgesetzt sind (Sexismus, Pornographie, Vergewaltigung u.a.). Dazu kommt, daß Frauen sich kaum mit Verteidigungskonzepten befassen, Friedensforschung ist in männlicher Hand.

#### Women for Peace und ihre Ziele

Die "Nationale Frauengruppe für den Frieden" aus den Niederlanden versteht sich als eine unabhängige emanzipatorische Basisbewegung, die seit 1984 dem niederländischen Sozialen Verteidigungs-Netzwerk angehört. Sie sieht in der Sozialen Verteidigung den einzigen Weg, um Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen und heute schon zu verteidigen; verbunden mit der Hoffnung, die Forderungen der Frauenbewegung nach Gleichberechtigung in der Theorie und Praxis der Sozialen Verteidigung umzusetzen.

Auf dem Kongreß möchten Vertreterinnen der niederländischen Frauengruppe ihre gesamten Erfahrungen als "Nationale Frauengruppe für den Frieden" (seit 1983) und als Gruppe im Sozialen Verteidigungs-Netzwerk in den Niederlanden mit anderen Frauen austauschen. Sie wollen über die Frage diskutieren:

"Welche Werte wollen wir als feministische und gewaltlose Frauen verwirklichen und verteidigen?"

Diese Diskussion könnte einen Anfang setzen für die Weiterarbeit an feministischen Sozialen Verteidigungs-Konzepten auf nationaler und internationaler Ebene auch nach dem Kongreß.

#### Arbeitsweise:

Vortrag, Diskussion, Kleingruppen

#### Referentinnen der Arbeitsgruppe sind:

Lineke Schnakenbos, aus Amersfoort / Niederlande  
Women for Peace

Renate Wanie aus Dossenheim

Mitarbeiterin der Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden



### III.11 NEUE WEGE – KONZEPTE AUS DER BASIS

#### Ideen, Gesellschaftsstrukturen, Vernetzungsvorschlag "Stützpunkte"

Soziale Verteidigung existiert noch nicht als Gesamtstrategie. Da sie von der Bevölkerung praktiziert werden soll, darf ihr Konzept nicht von oben ausgeklügelt und übergestülpt werden, sondern sollte von den Betroffenen – als den Fachleuten für das eigene Leben – entwickelt werden. Das Gesamtkonzept der Sozialen Verteidigung wird sich zusammensetzen aus den Fähigkeiten, Bildern und Erfordernissen aller Einzelnen.

In dem Projekt "ENT-Rüstung" initiiert und sammelt die "Wortwerkstatt" seit Jahren solche Entwürfe. Eine erste Sammlung ist in dem Werkstattheft "Umrüstung" veröffentlicht, ergänzend dazu die "Konstruktiven Kataloge" mit Hunderten gewaltfreier Aktionen.

In der Arbeitsgruppe stellt sie am Vormittag solche Ideen und Konzepte vor und gibt einen Überblick über die Schritte des Projekts. Dabei zeichnen sich vor allem Vorschläge für Gesellschaftsstrukturen ab, die Rüstung wegentwickeln können. Zur Diskussion gestellt wird außerdem ein Versuch, diese Entwürfe verschiedenster Menschen zusammenzuführen zu einem Vernetzungsvorschlag für Soziale Verteidigung: "Lebens – Stützpunkte."

Am Nachmittag wird die Arbeitsgruppe geöffnet zu einem **Bürgersprach "Betroffene erfinden neue Wege."**

Dazu sollen im Vorfeld Bevölkerungskreise angeschrieben und zur Mitwirkung eingeladen werden: Schulen, Supermärkte, Polizei, Läden, Gewerkschaften, Kasernen, Gruppen usw. Mit einer konstruktiven Fragestellung – "Wie können Sie sich eine Welt ohne Waffen vorstellen? Wie könnte das in Minderheiten funktionieren? Was können Sie dazu tun?" – sollen sie aufgefordert werden, in ihrem Bereich Lösungen zu entwickeln.

Das Bürgergespräch baut auf Erfahrungen ähnlicher Aktionen vor den Atomwaffendepots Mutlangen und Heilbronn auf. Es wird in Kleingruppen auf dem "Wege-netz" der "Ideenwerkstatt" geführt. Ziel sind nicht fertige Rezepte, sondern das Ermutigen zum konstruktiven Vor- und Ausdenken.

Soziale Verteidigung wird in dieser Arbeitsgruppe nicht mehr (nur) im Hinblick auf einen möglichen "Aggressor" gedacht, sondern als notwendig angesehen gegen die wirklichen Gefahren: Die radioaktive Verseuchung, die Verseuchung des Planeten, den Krieg auf den Straßen, unmenschliche Lebensbedingungen usw.

Die Themenstellung und das Ansprechen der Bevölkerung will den Sog des Negativen durchbrechen, Soziale Verteidigung "einbürgern" und eine Gesellschaft ohne Waffen denkbar machen.

Referentinnen der Arbeitsgruppe sind:

Birgit Berg aus Wald

Autorin, Liedermacherin, Friedensarbeiterin, deutscher Journalistenpreis u.a.

Brigitte Müller aus Helmstadt - Barga

Mitarbeiterin der Wortwerkstatt

Samstag nach dem Mittagessen  
von 13.15 Uhr bis 15.00 Uhr

#### WORKSHOP

Wir bieten Euch einen  
körperorientierten Workshop  
für Entspannung...  
zum Wiederauftanken...  
zum Besinnen...  
zum Kennenlernen...  
an.

Du wirst ein Stück zu Dir selbst  
finden und aus Deiner ruhenden  
Mitte heraus Anderen begegnen  
können. Zieh Dir bequeme Klei-  
dung an und bring, wenn möglich,  
eine Decke mit.

(Evtl. kleiner Beitrag)

Karin Zeitler und Wolfram Nolte  
Wassermann-Zentrum in Gschwend

#### IDEEN – WERKSTATT

##### "WEGE – NETZ"

Begleitend zum Kongreß gestaltet die "Ideenwerkstatt" eine Ideenbörse, für die sie folgende Form entwickelt hat:

In einem großen zentralen Raum werden die verschiedenen Wege zur Sozialen Verteidigung als farbige Bahnen auf dem Boden sichtbar dargestellt. Diese Wege setzen sich aus "Bausteinen" zusammen, die von den Teilnehmern beschriftet werden.

Das heißt: Alle Vorschläge, Vorstellungen, Gedanken, Erfahrungen, Arbeitsergebnisse, Utopien und Erkenntnisse, die konstruktiv zur Sozialen Verteidigung beitragen, sollen im Verlauf des gesamten Kongresses, auf kleine Teilstücke geschrieben oder gemalt, auf dem "WEGE-NETZ" zusammengefügt werden!

Die verschiedenen Wege zur Sozialen Verteidigung – also die verschieden-farbigem Papierbahnen zur Mitte des Raumes hin – wollen wir mit einem jeweiligen Oberbegriff versehen; so unterscheiden wir die verschiedenen Bereiche konstruktiver Umrüstung:

- o politische o berufliche o finanzielle
- o wirtschaftliche o geistige o militärische
- o persönliche o pädagogische o ... Umrüstungswege

Das Zusammentragen der Puzzle-Teile und das Wachsen des Netzes sollen sehr direkt den Prozeß beim Kongreß wiedergeben, neugierig machen, inspirieren, als optisches Plenum dienen und – auch für eventuelle Besucher "von außen" – die Vielfalt der Vorstellungen und Möglichkeiten sichtbar und bewußt machen.



## OHNE WAFFEN - aber nicht wehrlos Das Konzept der Sozialen Verteidigung

Zusammengestellt von Roland Vogt im Auftrag des Arbeitskreises Abrüstung, Frieden, Internationales (AFI) der GRÜNEN IM BUNDESTAG (Herausgeber), Hochhaus im Tulpenfeld, 53 Bonn

### Kommentar:

Die Soziale Verteidigung steht seit Gründung der GRÜNEN in ihren Bundesprogrammen und im Friedensmanifest. Aber für viele – vor allem die, die nach 1981 zu den GRÜNEN gestoßen sind – blieb die Soziale Verteidigung "das unbekannte Wesen". Das war vielleicht einigen ganz recht so, denn mit Sozialer Verteidigung kann man keinen "Staat machen", zumindest keinen Staat im herkömmlichen Sinne eines "auf das Mittel der legitimen Gewaltbarkeit gestützten Herrschaftsverhältnisses von Menschen über Menschen" (Max Weber 1919; S. 25 der Broschüre).

Aber nun kann grünes mensch nachlesen, was Soziale Verteidigung ist (S. 4 und 5). Wie sie wirkt, wird an zwei Vorläufern der Sozialen Verteidigung, dem zivilen Widerstand im Ruhrkampf 1923 und in der CSSR 1968/69 geschrieben. Für die Fallstudie CSSR konnte Dr. Vladimir Horsky gewonnen werden, ein Wissenschaftler, der in der entscheidenden Phase des tschechoslowakischen Erneuerungsprozesses und des Widerstandes gegen die "Besatzungsverbündeten" des Warschauer Paktes Mitglied im Prager Stadtkomitee der KPTsch war (S. 9-12).

Außer knappen Zusammenfassungen der wesentlichen Elemente der Sozialen Verteidigung enthält die Broschüre durchaus auch Weiterentwicklungen der Sozialen Verteidigung z.B.

- Gewaltfreiheit auf der Höhe der Technologie (S. 15 und 16),
- Reflektionen zum Verhältnis von Spontaneität und Planung (S. 16 und 17),
- die Umgebung neu aneignen (S. 22)

Vor allem aber setzen sich die Herausgeber über das Funktionalisten-Konzept hinweg, wonach Soziale Verteidigung nur ein Ersatz für den nicht mehr führbaren Krieg sein sollte. "Die militärische Unmöglichkeit ist die Stunde der Zivilisten" galt als gemeinsames Merkmal historischer Fälle, aber heute kommt es darauf an, den Schritt von der gelegentlichen zur grundsätzlichen Unmöglichkeit militärischer Verteidigung bewußtseinsmäßig zu vollziehen und politisch daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Bearbeitet wurde die Broschüre im Auftrag des AFI von Roland Vogt, Soziale Verteidigung-Spezialist, Mitbegründer der GRÜNEN und zwei Jahre Mitglied im Verteidigungsausschuß des 10. Deutschen Bundestages. Dort und im Plenum hat er versucht zu vermitteln, was Soziale Verteidigung ist. Über die Diskussion der Sozialen Verteidigung im Bundestag enthält die Dokumentation lesenswerte Beiträge.

### Vertrieb:

Bundesgeschäftsstelle DIE GRÜNEN, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1  
gez. Roland Vogt

... IMPULSE ZUR  
WEITERARBEIT NACH  
DEM KONGRESS





## Vorbemerkung

Die drei nachfolgenden Texte

- Birgit Berg  
Vorschlag zu einer Struktur der Sozialen Verteidigung  
Vernetzung von Stütz-punkten
- Christoph Besemer  
Modell für ein "Netzwerk Soziale Verteidigung"  
Bundesweite Soziale Verteidigung – Koordinationsstelle
- Theodor Ebert  
Vorschläge zur künftigen Interessenvertretung und ihre Rechtsform:  
Netzwerk und Bundesverband für Soziale Verteidigung

sind drei Vorschläge für die künftige Weiterarbeit zur Durchsetzung der Sozialen Verteidigung. Sie stellen drei in der bisherigen Diskussion vertretene Ansätze vor.

Bei allen bisher gemachten und im Trägerkreis diskutierten Vorschlägen besteht Einigkeit darüber, daß für die Weiterarbeit eine dezentrale Vernetzung und eine überregionale Koordination notwendig sind.

Geklärt werden muß jedoch noch, welche Schwerpunkte bzw. Aufgaben wo angesiedelt werden und was für eine Struktur die überregionale Koordinationsstelle haben soll.

Außerdem gibt es unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie umfassend oder begrenzt Soziale Verteidigung verstanden werden soll und wie wir uns ihre Durchsetzung vorstellen.

Wir hoffen, daß der Kongreß zur Diskussion und Klärung dieser Fragen beiträgt. Auf der Schlußveranstaltung am Sonntag werden verschiedene Möglichkeiten der Weiterarbeit vorgestellt und diskutiert. Festlegungen bzw. Entscheidungen bezüglich der Struktur einer Koordinationsstelle, eines Bundesverbandes oder eines Netzwerkes sollen jedoch erst auf einer eigenen "Gründungsversammlung" getroffen werden.

Der Trägerkreis

---

## 1. VORSCHLAG: VORSCHLAG ZU EINER STRUKTUR DER SOZIALEN VERTEIDIGUNG – Vernetzung von Stütz-Punkten

---

Als Alternative zu einer Organisation einer zentralen Koordinationsstelle wird vorgeschlagen: eine dezentrale Struktur der Vernetzung der bereits vorhandenen und entstehenden Initiativen und Einrichtungen zur Sozialen Verteidigung:

A. Die Initiativen, Arbeitskreise, Komitees, Bildungsstätten u.ä., die zur Sozialen Verteidigung arbeiten, vernetzen sich bewußt und planvoll. Sie bilden die Knotenpunkte im entstehenden Sozialen Verteidigungsnetz.

B. Sie bezeichnen sich als "STÜTZ-PUNKTE".

Als konstruktive Gegenpole zu den Militärstützpunkten verstehen sie sich und stellen sie sich dar als "Lebens-Stützpunkte".

C. Die Vernetzung geschieht nach thematischen Schwerpunkten, indem jeder Stützpunkt die Anlauf- und Koordinationsstelle bildet für einen Bereich der Sozialen Verteidigung (wirtschaftliche, geistige, ökologische, pädagogische, militärische, private, finanzielle, politische usw. Umstellung) bzw. für ein Grundthema (z.B. Methoden, gewaltfreie Aktion, theoretische Fundierung, Basiserfahrungen usw.). Diese Pilotfunktion sollte prinzipiell wechseln können.

Durch diese thematische Dezentralisierung soll

- a) die Anfälligkeit einer einzigen Zentralstelle (Gefahr der Vereinnahmbarkeit) vermieden und die Autonomie der Netzteilnehmer gewahrt und gefördert werden,
- b) größere Kompetenz, Informationsfluß und Vermeidung von Doppelarbeit erreicht werden (Informationen zu einem Thema können dem jeweiligen Stütz-punkt weitergegeben bzw. von ihm abgerufen werden),
- c) die ständige Überforderung aller zu allen Bereichen abgebaut werden,
- d) dem Grundzug der Selbstbestimmung in der Sozialen Verteidigung entsprochen werden, nach dem zentrale Kompetenz ausgeschlossen bleiben muß (die Stütz-punkte haben keine Entscheidungskompetenz für andere, nur Koordinationsfunktion).

D. Die Stütz-punkte stellen ihre Vernetzung her durch

1. gemeinsame Bezeichnung und Darstellung als Stützpunkte Sozialer Verteidigung
2. Führung einer Kartei der anderen Stützpunkte und ihrer Schwerpunktthemen
3. einen gemeinsamen Rundbrief mit Rubriken zu den Themen und Bereichen
4. jährliche Treffen
5. eine gemeinsame Landkarte "Stützpunkte der Sozialen Verteidigung".

E. Die Stütz-punkte erklären sich zu FRIEDENSZONEN, die sich selbst sozial verteidigen und aus der militärischen Verteidigung "austreten".

F. Die Vernetzung sollte international ausgedehnt werden (planvoller Informationsaustausch zu den Schwerpunktthemen, Weltkarte der Sozialen Verteidigung u.a.).

G. Die Stütz-punkte stellen die Verbindung her zu regionaler Vernetzung (Regionalkartei und -landkarte usw.) und zu engagierten Einzelnen (z.B. den "Veränderern" innerhalb der bestehenden Strukturen).

H. Die Stütz-punkte bilden den Kern eines entstehenden Netzes Sozialer Verteidigung, bleiben jedoch unbedingt offen – initiiierend, informierend und aufnahmebereit –

– zur Bevölkerung hin, da die Soziale Verteidigung von ihr getragen und daher auch von ihr gestaltet werden sollte



- zu anderen Lebensbewegungen hin (Öko-, "3."-Welt-, Asyl- usw.), da sich Soziale Verteidigung u.E. nicht mehr (nur) gegen einen gedachten "Aggressor" richten, sondern Schutz vor den heutigen realen Bedrohungen (radioaktive Gefahr, Verseuchung, Zerstörung von Lebensgrundlagen u.ä.) einbeziehen muß.

I. Die Vernetzung nach Stützpunkten Sozialer Verteidigung steht damit in dem größeren Zusammenhang eines weltweiten "Überlebens-netzes".

Dieser Vernetzungsvorschlag wurde erarbeitet auf der Grundlage verschiedener Konzepte – gesammelt im Projekt "Umrüstung/ENT-rüstung" der "Wortwerkstatt" –, vor allem: "Aktion Friedenszonen" aus der Schweiz, "Vereinen ohne zu vereinheitlichen" von Rene Macaire aus Frankreich, "Soziale Verteidigung durch Gesellschaftsstrukturen" von Jaroslav Langer und Ideen aus Bürgergesprächen "Betroffene erfinden Auwege".

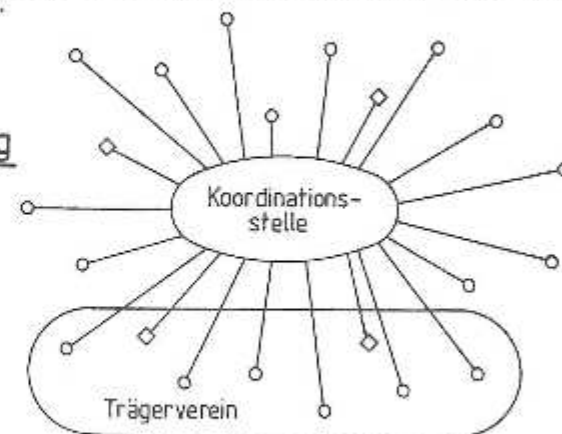
Birgit Berg

## 2. VORSCHLAG: MODELL FÜR EIN "NETZWERK SOZIALE VERTEIDIGUNG" Bundesweite Soziale Verteidigung – Koordinationsstelle

### 1. Grundsätzliches

- Mitgliedsgruppen sollen hauptsächlich bereits bestehende Gruppen/Organisationen sein: z.B. Friedensgruppen, Bürgerinitiativen, Belegschaften, Gewerkschaften, (Kirchen-)Gemeinden, Nachbarschaftsgruppen, Parteien, Vereine etc.
- Daneben können spezielle SV-Gruppen als Multiplikatoren gegründet werden und im Netzwerk vertreten sein.
- Die Mitgliedschaft im Netzwerk soll möglichst einfach und mit wenig Kosten und Arbeitsaufwand verbunden sein; es sollen möglichst viele Mitgliedsgruppen/-organisationen sein, denn diese Gruppierungen bilden den politischen Rückhalt für die Koordinationsstelle und im " Ernstfall" das Netz, das die Soziale Verteidigung praktizieren soll. (Im günstigsten Fall ist die gesamte Gesellschaft vernetzt.)
- Die Koordinationsstelle soll – innerhalb der als Konsens formulierten Grundsätze des Netzwerkes (siehe Beitrittserklärung) – flexibel, unbürokratisch und schnell handeln können.
- Der juristische, finanzielle, beratende und kontrollierende Träger der Koordinationsstelle ist ein Träger-Verein.  
Die Mitgliedschaft im Träger-Verein steht allen am Netzwerk Soziale Verteidigung beteiligten Gruppierungen/Einzelpersonen (?) offen.  
Die Mitarbeit im Träger-Verein erfordert ein größeres Maß an Zeit, Energie und finanzieller Beteiligung als die einfache Mitgliedschaft im Netzwerk.
- Die Mitgliedsbeiträge für einfache Netzwerk-Mitglieder sollten ziemlich niedrig sein: (symbolischer) Mindestbeitrag 10 DM/Jahr.  
Trägerverein-Mitglieder sollen mehr bezahlen – evtl. gestaffelt nach Größe der Organisation oder Zahl der Delegierten: Mindestbeitrag 120 DM/Jahr (ermäßigt 60 DM/Jahr).
- Allgemeine politische Debatten und Entscheidungen sollten mit allen Netzwerk-Mitgliedern diskutiert werden. Speziell dafür vorgesehene Netzwerk-Versammlungen sollten bei Bedarf anberaumt werden.

### Netzwerk Soziale Verteidigung



- Mitgliedsgruppen / -organisationen / Einzelpersonen (?)
- ◇ spezielle SV-Gruppen



## 2. Beitrittserklärung

- Eine Gruppe/Organisation/(Einzelperson?) wird Mitglied im Netzwerk Soziale Verteidigung, wenn sie die Beitrittserklärung unterzeichnet (wie bei "Ohne Rüstung Leben").
- Die Beitrittserklärung könnte etwa folgendermaßen lauten:  
"Wir haben uns mit dem Konzept der Sozialen Verteidigung befaßt und erklären hiermit, daß wir die Durchsetzung dieser gewaltfreien Verteidigungsform unterstützen und uns an der praktischen Anwendung der Sozialen Verteidigung beteiligen werden."
- Dieser Erklärung könnte noch eine Reihe von Grundkonsensen für das Netzwerk folgen, denen man sich beim Eintritt in das Netzwerk anschließt.

## 3. Aufgaben der Koordinationsstelle

- Internationale Kontakte
- Öffentlichkeitsarbeit
- Eingreifen in die politische Diskussion (auch im Zusammenhang mit aktuellen Ereignissen)
- Kontakte zu Parteien, Verbänden, politisch einflußreichen Organisationen
- Ausbildung von Multiplikatoren
- Erstellung von Informationsmaterial und Medien (bzw. Delegation dieser Aufgaben)
- Werbung für den Eintritt ins Netzwerk; entsprechende Kontakte mit Noch-nicht-Mitgliedern
- Informationsbrief über die Arbeit der Koordinationsstelle
- Veranstaltungen / Seminare
- Referenten- und Medienangebote
- Unterstützung von Basisgruppen
- Zusammenarbeit mit lokalen/regionalen SV-Gruppen und SV-Zusammenschlüssen.

## 4. Entscheidungssystem

Entscheidungen in der Koordinationsstelle und im Träger-Verein werden nach dem Konsens-Prinzip gefällt.

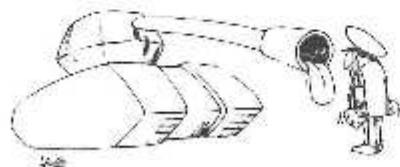
Das heißt u.a.:

- Minderheitenmeinungen werden ernstgenommen und soweit möglich berücksichtigt.
- Minderheiten werden gefragt, ob sie einen Mehrheitsbeschluß akzeptieren bzw. mittragen können.
- Wird ein "Veto" eingelegt, müssen sich die anderen überlegen, ob sie ihre Haltung verändern oder ob sie das Ausscheiden der Veto-Einleger/innen aus der Koordinationsstelle bzw. Träger-Verein hinnehmen würden.
- Minderheiten-Voten auch veröffentlichen.
- Immer um einen Konsens auf höchstmöglicher Stufe ringen!

## 5. Konfliktregelungs-Möglichkeiten

- Konsensverfahren im Träger-Verein.
- Für einfache Netzwerk-Mitglieder: Eintritt in den Trägerverein und mitentscheiden.  
oder:
- Austritt aus dem Netzwerk Soziale Verteidigung.
- Diskussion in den Netzwerk-Versammlungen.

Christoph Besemer



## 3. VORSCHLAG: VORSCHLÄGE ZUR KÜNFTIGEN INTERESSENVERTRETUNG UND IHRER RECHTSFORM: - Netzwerk und Bundesverband für Soziale Verteidigung -

### 1. Das Bündeln von Teilengagement in der Region und auf Bundesebene

Der Trägerkreis des Bundeskongresses "Wege zur Sozialen Verteidigung" besteht aus Organisationen, die zwar allesamt an einer Realisierung der Sozialen Verteidigung interessiert sind, aber doch nur einen Teil ihrer Aufmerksamkeit und politischen Kraft an dieses Ziel wenden können. Auch die meisten Einzelpersonen, die sich für die Soziale Verteidigung einsetzen wollen, sehen noch andere, häufig sogar vordringliche Verpflichtungen. Dies hat in der Vergangenheit dazu geführt, daß in den neuen sozialen Bewegungen und auch in den Kirchen zwar eine relativ breite grundsätzliche Zustimmung zum Konzept der Sozialen Verteidigung vorhanden war, und die Soziale Verteidigung sogar zum parteipolitischen Programmpunkt für eine ansehnliche Wählergruppe erhoben werden konnte, aber praktisch doch wenig getan wurde, um die Fragestellungen und Forderungen dieses Konzepts zu bearbeiten und um es zu einer offensichtlichen, aufdringlichen Alternative zu machen. Dieser Zustand wird allgemein als unbefriedigend empfunden. Die Glaubwürdigkeit dieser Alternative leidet unter dem Mangel an kontinuierlichem Engagement. Hunderttausende von Kriegsdienstverweigerern haben sich im Grundsatz für die Soziale Verteidigung ausgesprochen, aber praktisch fast nichts für ihre Realisierung getan. Dies gilt auch für viele Organisationen der Friedensbewegung.

Dieses Versagen ist wahrscheinlich zum einen darauf zurückzuführen, daß man keine kurzfristige Realisierungsmöglichkeit sah und auch das offizielle einseitige Feindbild nicht verstärken, aber eine eigene Bedrohungsanalyse auch nicht vorlegen wollte; zum anderen vermißte man aber eine Organisation, in der man auch ein vorläufiges Teilinteresse an der Sozialen Verteidigung umsetzen und diesen Vorgang kontrollieren konnte. Eine solche Organisation muß jetzt geschaffen werden, und ihre Träger sollten dies in dem Bewußtsein tun, daß zwar das strategische Ziel der Sozialen Verteidigung ist, ihre aktuelle Anwendung durch das Entwickeln von Abhaltemaßnahmen zu vermeiden, daß aber im Konfliktfall dieser gewaltfreie Widerstand, dem heute verständlicherweise nur ein Teil unserer Aufmerksamkeit gilt, für die Dauer der bewaffneten Aggression zum Hauptanliegen jeder demokratischen Organisation werden kann. Darum darf das gegenwärtige Engagement auch wiederum nicht gar zu bescheiden ausfallen. "Mit fünf Mark" ist man eben nicht dabei, wenn man wirklich eine Alternative zur militärischen Abschreckung und zu den bewaffneten Organen der inneren Sicherheit entwickeln will. Auf jeden Kopf der Bevölkerung entfallen mindestens DM 1.000,- für Militärausgaben, auch wenn Kriegsdienstverweigerer dies nicht wollen. Jeder sollte die Möglichkeit erhalten, mittelfristig in die Entwicklung der Alternative einen vergleichbaren Betrag zu investieren. Wenn die Träger der Sozialen Verteidigung die Entwicklungskosten ihrer Alternative und ihre eigenen Beiträge allzu minimalistisch angehen, dann leidet darunter auch die Glaubwürdigkeit des Vorsatzes.

Der politische Wille, die bewaffnete Sicherheitspolitik durch eine gewaltfreie Abhaltestrategie zu ersetzen, muß regional und bundesweit sichtbar gemacht werden. Für die Regionalarbeit ist es wichtig, daß die Befürworter der Sozialen Verteidigung ihr Interesse öffentlich bekunden. Das Spektrum der Aktivitäten kann hier reichen von Bildungsveranstaltungen und lokalen Forschungsprojekten, über die politische Lobbyarbeit in Parteien und Verbänden bis hin zu demonstrativen Widerstandsübungen bestimmter Berufsgruppen oder lokaler Verwaltungsorgane. Die regionale Organisationsform würde das in den sozialen Bewegungen bewährte Netzwerk sein, d.h. Initiativgruppen würden jeweils für bestimmte Vorhaben zur Förderung der Sozialen Verteidigung die Unterstützung von Einzelpersonen und Gruppen suchen.



Solche Unternehmen eines regionalen Netzwerks würden jedoch zusätzliches Profil und überregionale Aufmerksamkeit gewinnen durch den Bezug ihres Vorhabens zu einem Bundesverband Soziale Verteidigung. Regionale Netzwerke sollen selbständig arbeiten, sie dürfen jedoch am Informationsaustausch und an Anregungen, an der Rückkopplung mit der Forschung und an der zentralen Vertretung ihrer Zielsetzungen auf Bundesebene interessiert sein. Zu einem effektiven Netzwerk gehört darum ein bundesweiter Dachverband.

Für diesen Bundesverband muß eine Form gefunden werden, welche den Aufbau regionaler Organisationen und Netzwerke deutlich begünstigt, also ihren Einfluß geradezu privilegiert, aber dennoch auch die förderliche Existenz von Verbänden berücksichtigt, die ihrerseits auch auf Bundesebene oder gar international organisiert sind. Das muß sich unter anderem bei der Verteilung der Stimmrechte in der Satzung des Bundesverbandes zeigen.

In den neuen sozialen Bewegungen hat man die Erfahrung gemacht, daß es dem Zusammenhalt und der Handlungsfähigkeit von Bündnissen und Dachorganisationen dient, wenn sie sich ausdauernd um einen Konsens bemühen und Kampfabstimmungen vermeiden. Die Konsensbildung gelingt am besten, wenn die ganze Breite der interessierten Gruppen in den entscheidenden Gremien vertreten ist und beim Ermitteln von Meinungsbildern das Auszählen von Stimmen sinnvoll ist, weil keine Gruppe die anderen majorisieren kann, indem sie ihre Anhänger mobilisiert. Die Herkunft der Stimmen muß also identifizierbar sein, so daß die politische Bedeutung der Voten eingeschätzt werden kann. Wenn einfach alle Anwesenden abstimmen können, führt dies allzu leicht zu Zufallsentscheidungen und es verführt zu Manipulationsversuchen.

Bei allem Bemühen um einen Konsens können dennoch Situationen eintreten, in denen abgestimmt werden muß. Dabei ist die Mitgliederzahl der Organisationen im Trägerkreis zu berücksichtigen, aber es muß auch vermieden werden, daß nun eine oder mehrere Großorganisationen, wie z.B. Parteien, Kirchen oder Gewerkschaften, durch Stimmenhäufung eine dominierende Rolle spielen. Die folgenden Vorschläge zur Bildung eines Dachverbandes für regionale Interessen und Netzwerke berücksichtigen Erfahrungen, die im "Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz" gesammelt wurden. (1)

## 2. Gründungsausschuß

Auf dem Bundeskongreß "Wege zur Sozialen Verteidigung" sollen in der Schlußveranstaltung auch die organisatorischen Formen der Weiterarbeit erörtert werden. Aufgrund der bisherigen Aussprachen im Vorfeld des Bundeskongresses ist anzunehmen, daß ein großer Teil der Trägerorganisationen an der Entwicklung eines verbindlichen organisatorischen Rahmens für die Weiterarbeit interessiert ist. Die bisherigen Diskussionen ergaben auch, daß trotz gewisser Differenzen in der Frage einer engeren oder weiteren Definition der Sozialen Verteidigung, doch im Blick auf die vordringlichen praktischen Aufgaben der Organisation ein breiter Konsens besteht; auch scheinen alle sowohl an regionaler Arbeit in der Netzstruktur als auch an einer wirkungsvollen Koordination und Repräsentanz auf Bundesebene interessiert zu sein.

Für die Benennung dieses Unternehmens stehen zur Zeit noch die Vorschläge "Netzwerk Soziale Verteidigung" und "Bundesverband Soziale Verteidigung" nebeneinander. Man könnte diese beiden Begriffe auch zusammenbinden. "Netzwerk und Bundesverband Soziale Verteidigung" wäre zwar eine treffende Bezeichnung für die beabsichtigte organisatorische Struktur, aber doch etwas umständlich. Man kann aber auch einen Bundesverband als Netzwerk bezeichnen und umgekehrt. Es ist eben zu überlegen, bei welchen Gelegenheiten die jeweiligen Bezeichnungen vorteilhaft wären. In den sozialen Bewegungen ist der Name Netzwerk sympathiewerbend; bei der Vertretung der Verbandsinteressen gegenüber großen Verbänden und staatlichen Organen wäre es wahrscheinlich hilfreich, wenn schon der Name auf den bundesweiten Zusammenschluß hinweisen würde. Vielleicht wäre dies auch ein wichtiger Ausgleich für den Umstand, daß die Geschäftsstelle wahrscheinlich nicht in Bonn, sondern in einer besonders aufgeschlossenen Region mit guter Verkehrsverbindung zu Bonn angesiedelt würde.

Nach dem Kongreß soll aus den Trägerorganisationen ein Gründungsausschuß gebildet werden, der noch im Laufe des Jahres 1988 eine konstituierende Mitgliederversammlung nach Minden oder einen anderen geeigneten Ort einzuberufen hat. Der Gründungsausschuß muß einen Satzungsentwurf erarbeiten. Dies war vor dem Kongreß nicht möglich und wurde auch gar nicht angestrebt. An der Resonanz auf dem Kongreß sollte sich doch auch zeigen, für welche Art der Institutionalisierung die Zeit reif ist. Im folgenden sollen jedoch einige Probleme und Lösungsmöglichkeiten bei der Bildung eines Verbandes für Soziale Verteidigung erörtert werden.

Wenn hier Bausteine für eine Satzung vorgelegt werden, so geschieht dies in der Absicht, durch die Konkretion einer bestimmten Lösungsmöglichkeit, das Problembewußtsein zu schärfen und auch um zu gleichfalls konkreten Alternativvorschlägen anzuregen. Die folgenden Vorschläge sollen die Diskussion um eine optimale Lösung eröffnen und nicht abschließen. Bei der Bearbeitung dieser Bausteine einer Satzung hat ein erster Vorschlag von Christoph Besemer für ein "Netzwerk Soziale Verteidigung / Bundesweite Koordinationsstelle" vorgelegen. Die folgenden Überlegungen decken sich mit Besemers Vorschlägen im Grundsätzlichen und in vielen Details. Besemer hat jedoch die Leitungsfunktionen weniger untergliedert, den Finanzbedarf niedriger angesetzt, die Aufgaben der Koordinationsstelle besonders hervorgehoben und neben der Bildung eines Trägervereins im Sinne einer Dachorganisation für das Vertreten des Teilinteresses an der Sozialen Verteidigung auch noch die Bildung von "speziellen Gruppen für die Soziale Verteidigung" vorgesehen. Letzteres dürfte aber kein Sofortprogramm sein, sondern möglicherweise erst die Konsequenz einer örtlichen Häufung von Einzelmitgliedern des Verbandes oder die Konsequenz konkreter und akuter Verteidigungsabsichten. Die folgenden Überlegungen sehen die Bildung solch spezieller Gruppen für Soziale Verteidigung noch nicht vor, schließen sie aber auch nicht aus.

## 3. Verbandszweck: Ausschließlich Soziale Verteidigung und nicht "totaler Widerstand" und nicht "ziviler Ungehorsam"

Solange die "Soziale Verteidigung" staatsrechtlich nicht definiert ist und ihre Definition – auch bei Hinweisen auf die Begriffsgeschichte – eine Angelegenheit der interessierten Gruppen bleibt, muß der Verbandszweck in der Satzung unter Heranziehung juristisch definierter Begriffe in dauerhafter, juristisch überprüfbarer Form bestimmt werden. Es genügt jedenfalls vorläufig nicht zu sagen, daß die Soziale Verteidigung der Verbandszweck sei. Folgende Bestimmung wäre möglich:

**Der Zweck des Verbandes ist die Förderung des unbewaffneten, gewaltfreien Widerstands als Mittel der Verteidigungspolitik und als Mittel der Abwehr der in Artikel 20, 4 des Grundgesetzes bedachten Gefahren. Zu den Aufgaben gehört also neben der Abwehr von außen kommender bewaffneter Aggressionen auch das Abhalten von innen kommender bewaffneter Bedrohungen der verfassungsmäßigen Ordnung. Es muß jedoch klar und deutlich sein, daß der Verband (anders als das Widerstandsrecht des Artikel 20, 4 GG) ausschließlich gewaltfreie Widerstandsmaßnahmen begünstigt. Der Verband darf als non-governmental organization auf keinen Fall in den Verdacht kommen, daß er im Sinne des "totalen Widerstands" (2) schweizerischer Provinienz paramilitärische Aktionen oder Sabotageakte vorbereitet.**

Der Verbandszweck kann auch nicht die Förderung von "zivilen Ungehorsam" sein, obwohl Mitglieder des Verbandes als betroffene Bürger sich gelegentlich gezwungen sehen mögen, in begrenzten innenpolitischen Konflikten zu diesem äußersten Mittel des gewaltfreien Widerstands im Rechtsstaat zu greifen. Ziviler Ungehorsam kann jedoch immer nur konkret, begrenzt und als Ausnahme von der Regel des Rechtsgehorsams geleistet werden. Man kann nicht rechtsförmig einen Verband schaffen, der abstrakt die Übertretung von Gesetzen zum Verbandszweck hat.

Die Beschränkung des Verbandszwecks auf die Soziale Verteidigung schließt nicht aus, daß der Verband gelegentlich im Zusammenhang mit anderen Organisationen der Friedens- und



Ökologiebewegung in einem bestimmten Konfliktfall, z.B. bei Rüstungslieferungen an kriegsführende Parteien, auch Aktionen zivilen Ungehorsams unterstützt, auch wenn dies nicht der eigentliche Verbandszweck ist. In der Regel sollte jedoch die eventuelle Unterstützung von Aktionen zivilen Ungehorsams die Angelegenheit der einzelnen Trägerorganisationen sein, in deren Aufgabenbereich der jeweilige Konflikt fällt. Jedenfalls dürfen Soziale Verteidigung und ziviler Ungehorsam nicht miteinander verwechselt werden, auch wenn sich beide gewaltfrei, eventuell sogar ähnlicher Widerstandsmethoden bedienen. Beim zivilen Ungehorsam wird der Regierung jedoch die verfassungsmäßige Legitimität nicht grundsätzlich abgesprochen, sondern in einem begrenzten Konflikt Abhilfe verlangt. Der zivile Ungehorsam und auch seine Verfolgung, sofern sie rechtsförmig bleibt, sind demokratische Verfahren zur Austragung fundamentaler Konflikte unter Demokraten in einem Gemeinwesen, mit dessen Verfassung sie sich identifizieren.

Soziale Verteidigung ist staatsrechtlich etwas ganz anderes als ziviler Ungehorsam. Von ihr darf man erst sprechen, wenn man den politischen Gegner allen Ernstes zum politischen Feind erklären will, indem man ihm ausdrücklich den Vorwurf macht, daß er die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig verletzt bzw. die Verfassung außer Kraft zu setzen sucht. In beiden Fällen handelt es sich um juristisch definierbare Tatbestände. Über Souveränitätsverletzungen befinden Regierung und Parlament und über Verfassungsverletzungen entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

Nun ist es jedoch vorstellbar, daß die Regierung und die Parlamentsmehrheit einerseits und das Bundesverfassungsgericht andererseits nicht pflichtgemäß handeln und eine Souveränitätsverletzung verschleiern oder einen Verfassungsbruch begehen bzw. dulden; dann könnte der Zustand der Sozialen Verteidigung auch von oppositionellen Gruppen erklärt werden. Aber dies wäre eine dramatische Aktion größten staatsrechtlichen Kalibers, würde man doch der Regierung und dem Bundesverfassungsgericht Amtspflichtverletzung oder gar Hochverrat vorwerfen. Solches bedürfte der sorgfältigen Begründung und des Vorbedachts der Konsequenzen. Die solchermaßen Beziichtigten könnten ihre Kritiker en retour ihrerseits zu Staatsfeinden erklären und entsprechend behandeln. Zu solchen Extremsituationen, in denen die Opposition von sich aus zur Sozialen Verteidigung aufruft, kann es kommen. Erinnert sei hier an das Jahr 1933, also an die nationalsozialistische Machtergreifung, die Verfolgung der Reichstagsabgeordneten der KPD und das Ermächtigungsgesetz. In dieser Situation hätte mit Fug und Recht zur Sozialen Verteidigung aufgerufen werden können. Der Widerstand gegen die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes – wie im Larzac – oder die Erweiterung der Startbahnen eines Flughafens – wie an der Startbahn West in Frankfurt – sollte jedoch nicht als Soziale Verteidigung bezeichnet werden, weil dort auch bei Aktionen zivilen Ungehorsams der verfassungsmäßige Charakter der kritisierten Regierungen nicht grundsätzlich bestritten wird.

Im Rahmen des definierten, aber doch sehr weiten Feldes der Sozialen Verteidigung, liegen die Aufgaben des Verbandes auf drei Ebenen:

1. Inhaltliche Entwicklung des Konzepts der Sozialen Verteidigung und Förderung der Forschung auf den für die Soziale Verteidigung relevanten Gebieten. (Zu letzteren können auch Aktionen gehören, die selbst nicht unter die Definition Soziale Verteidigung fallen.)
2. Verbreitung von Informationen über die Soziale Verteidigung unter der Bevölkerung und Werbung für diese bei Verbänden, Parteien und Staatsorganen.
3. Vorbereitung der Sozialen Verteidigung durch Informationen und Übungen. Der Verband muß dabei (auch finanziell) seine Unabhängigkeit von staatlichen Organen wahren. Es liegt jedoch im Interesse des Verbandes, daß auch die Staatsorgane die Soziale Verteidigung fördern und vorbereiten. Dabei sind die Staatsorgane vom Verband zu unterstützen. Der Verband muß jedoch darauf achten, daß die staatlichen Maßnahmen nicht einseitig die Stabilisierung der jeweiligen Regierung begünstigen und die verfassungskonforme Opposition benachteiligen.

Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit des Verbandes ist anzustreben.

#### 4. Mitgliedschaft

Mitglieder des Verbandes sollen Trägerorganisationen und Einzelpersonen sein.

Unter den Trägern des Bundeskongresses "Wege zur Sozialen Verteidigung" befinden sich zwar mehrere Organisationen, deren Mitglieder sich laut Satzung zu einem grundsätzlich gewaltfreien Verhalten verpflichtet haben. Es gibt jedoch auch andere Träger, die eine solche ausdrückliche Selbstverpflichtung nicht kennen. Diese sollen jedoch auch volle Mitglieder des Verbandes werden können, um die Soziale Verteidigung zu fördern und zu verwirklichen. Die Möglichkeit, in die Soziale Verteidigung auch bewaffnete Aktionen einzugliedern, ist durch die Bestimmung des Verbandszwecks auszuschließen. Auch sollten die Trägerorganisationen in den Gremien des Verbandes möglichst nur durch Personen vertreten sein, die sich auch selbst bereit erklärt haben, ohne Rüstung zu leben und die sich auf die Soziale Verteidigung vorbereiten.

Neben den Vertretern von Trägerorganisationen braucht der Verband auch die Unterstützung von Einzelpersonen, die damit ihr persönliches Interesse an einer baldigen Realisierung der Sozialen Verteidigung unterstreichen wollen. Für ihre Mitgliedschaft ist die ausdrückliche Erklärung erforderlich, daß sie bereit sind, ohne Rüstung zu leben und die sich auf die Soziale Verteidigung vorbereiten.

Aber wie sollen nun die Stimmen der Vertreter von Trägerorganisationen und besonders engagierten Einzelmitgliedern gewichtet werden? Dafür gibt es sicherlich mehr als einen guten Vorschlag. Das folgende soll eine konkrete Diskussionsanregung sein.

Der Bundesverband soll seinem Charakter nach ein Dachverband vernetzter Trägerorganisationen bleiben und keine Massenorganisation von Einzelmitgliedern werden. Der Vertretungsschlüssel soll jedoch die kleinen Organisationen und andere Ad-hoc-Initiativen begünstigen, so daß es für die Engagierten nicht allzuschwer sein dürfte, von einer größeren Organisation oder einer Basisgruppe zum Delegierten bestimmt zu werden.

Die Trägerorganisationen können für jeweils (angefangene) 100 Mitglieder einen Delegierten in die Mitgliederversammlung entsenden, aber insgesamt nicht mehr als 5 Delegierte. Dadurch soll eine dominierende Rolle großer Verbände vermieden werden. Untergliederungen größerer Verbände sollen jedoch die Möglichkeit haben, als selbständige Trägerorganisation Mitglied des Verbandes zu werden und gemäß dem genannten Schlüssel Delegierte zu entsenden. Dadurch sollen Untergliederungen z.B. von Parteien und Kirchen gewonnen werden, sich direkt für die Soziale Verteidigung zu engagieren und dies nicht (vielseitig belasteten) zentralen Leitungsorganen zu überlassen.

Alle Einzelmitglieder haben auf den Mitgliederversammlungen das Rederecht und das Recht Anträge zu stellen, aber nur dann Stimmrecht, wenn sie auch Delegierte einer Trägerorganisation sind. Als solche haben sie dann jedoch 2 Stimmen, eine Stimme als Delegierter und eine Stimme als Einzelmitglied. Auf diese Weise sollen Einzelmitglieder angeregt werden, sich um das Mandat einer Trägerorganisation zu bemühen.

Der Mitgliedsbeitrag der Trägerorganisationen richtet sich nach der Anzahl der beanspruchten Delegierten. Für jeden Delegierten sind jährlich DM 100,- zu entrichten. Bei Organisationen mit überwiegend nichtverdienenden Mitgliedern ließe sich der Betrag auf DM 30,- für jeden beanspruchten Delegierten ermäßigen. Der Jahresbeitrag für Einzelmitglieder beträgt DM 60,-, für Nichtverdienende DM 20,-.

Solche Beiträge werden jedoch zur Finanzierung eines Bundesverbandes und einer Geschäftsstelle nicht ausreichen, so daß die Verbände und Einzelmitglieder um zusätzliche Spenden gebeten werden müssen. Auch hierbei ist darauf zu achten, daß keine Organisation durch ihre Spenden das politische Übergewicht erhält. Die breite Streuung der Einnahmen ist wichtiger als deren absolute Höhe.



## 5. Gremien des Verbandes

Die Mitgliederversammlung wählt auf 2 Jahre den **Vorstand** (zunächst 7 Personen) – unter Berücksichtigung des gesamten Spektrums der Trägerorganisationen. Die oder der Vorsitzende und die beiden Stellvertreterinnen sind in getrennter Wahl mit 2/3 Mehrheit zu wählen; bei den anderen Vorstandsmitgliedern genügt die einfache Mehrheit.

Die Mitgliederversammlung wählt in Ergänzung des Vorstandes noch weitere 7 Mitglieder des **Arbeitsausschusses** auf 2 Jahre. Im Arbeitsausschuß sollen insbesondere diejenigen Trägerorganisationen und Regionen vertreten sein, die im Vorstand noch nicht vertreten sind. Der gesamte Arbeitsausschuß besteht aus den Mitgliedern des Vorstandes, den speziell dafür gewählten Mitgliedern des Arbeitsausschusses, dem Kuratorium und den (nicht stimmberechtigten) Vertretern der beruflichen Mitarbeiter des BSV.

Der Arbeitsausschuß tagt mindestens einmal im Jahr. Er entscheidet zwischen den Mitgliederversammlungen über Grundsatzfragen und die Richtung der Verbandsarbeit.

Die Einrichtung eines solchen Arbeitsausschusses bzw. des erweiterten Vorstandes hat sich in vielen Großorganisationen, wie z.B. Parteien, aber auch in dem kleinen Versöhnungsbund bewährt. Es ist kostengünstig, die laufenden Geschäfte von einem kleinen Vorstand erledigen zu lassen, aber die größeren Entscheidungen ein bis zwei Mal im Jahr im Arbeitsausschuß zu treffen.

Die Wirkung des Bundesverbandes ließe sich steigern, wenn ihm auch noch ein **Kuratorium** aus angesehenen Personen der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens zur Seite stünde. Ein Kuratorium darf jedoch nicht nur als Aushängeschild fungieren, sondern sollte in die Vorstandsarbeit einbezogen und mit speziellen inhaltlichen Aufgaben betraut werden. Ohne diese formelle Einbindung in die Gremienarbeit und die Übertragung einer profilierten Aufgabe ist zu befürchten, daß Kuratoriumsmitglieder sich von anderweitigen Aufgaben absorbieren lassen.

Die Mitgliederversammlung wählt auf zwei, später vielleicht auf 4 Jahre das **Kuratorium** und seine(n) Vorsitzende(n).

Das Kuratorium hat insbesondere die Aufgabe, die Forschung auf dem Gebiet der Sozialen Verteidigung zu fördern und die Strategie der Sozialen Verteidigung konzeptionell weiterzuentwickeln. Das Kuratorium unterstützt den Vorstand insbesondere gegenüber den staatlichen Organen und den großen Verbänden. Die oder der Vorsitzende des Kuratoriums und sein(e) StellvertreterIn sind Mitglieder des Vorstandes.

Das Kuratorium gibt alle 2 Jahre einen Lagebericht (**Weißbuch zur Sozialen Verteidigung**) mit Beiträgen zu einzelnen Arbeitsfeldern des Bundesverbandes heraus (ca. 200 S.)

## 6. Geschäftsstelle

Die Arbeitsfähigkeit aller Gremien des Bundesverbandes und auch die Wirksamkeit der regionalen Netzwerke soll durch den Aufbau einer Geschäfts- bzw. Koordinationsstelle gesteigert werden.

Der Vorstand und die anderen Gremien des Verbandes sollen mit Hilfe einer **Geschäftsstelle** und deren beruflichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Öffentlichkeitsarbeit
- Fortbildungsveranstaltungen
- Herausgabe eines vierteljährlichen Rundbriefs und Pressespiegels für die Mitglieder. (Größere Artikel sollen in einschlägigen Zeitschriften oder im Weißbuch veröffentlicht werden.)
- Kontakte zu Verbänden, Parteien und staatlichen Organen
- Vorbereitung von Mitgliederversammlungen und Kongressen im Rahmen des Arbeitsausschusses.

Bei den bisherigen Beratungen der Aufgaben einer Geschäftsstelle im Trägerkreis des Bundeskongresses wurde darauf hingewiesen, daß dieses Büro "nicht schon strukturell mit Arbeit überlastet" werden darf. Die Veranstaltung regionaler Seminare und die politische Aufklärungs-

ungsarbeit solle in erster Linie die Aufgabe regionaler Netzwerke, der Graswurzelwerkstätten und der lokalen Bildungs- und Begegnungsstätten bleiben. Die Geschäftsstelle könne jedoch durch Medienangebote, durch Hinweise auf Referenten und durch das Bereitstellen von Informationsmaterial helfen.

Professor Dr. Theodor Ebert

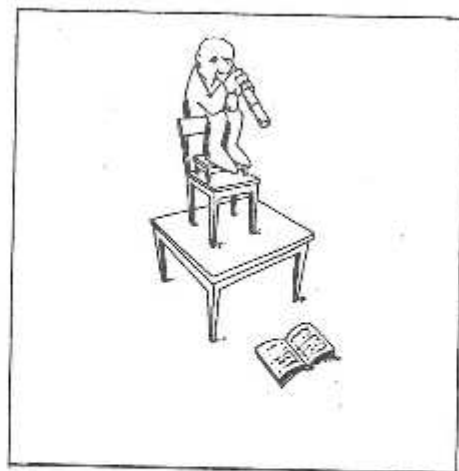
## Anmerkungen

(1) Barbara Rieder:

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz.

Geschichte, Struktur und Aktionsformen einer Dachorganisation der Ökologiebewegung Berlin, 1980 (nichtveröffentlichtes Manuskript einer politologischen Zulassungsarbeit zum Staatsexamen auf der Basis von Interviews mit Vorstandsmitgliedern und Akteneinsicht)

(2) Das vom Schweizerischen Unteroffiziersverband popularisierte Know-how ist in der Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich auch von Terroristen genutzt worden, jedenfalls hat die Broschüre "Der totale Widerstand. Kleinkriegsanleitung für jedermann" des Majors H. von Dach sich Ende der 60er Jahre in Berliner Buchhandlungen einer merkwürdigen Nachfrage erfreut.





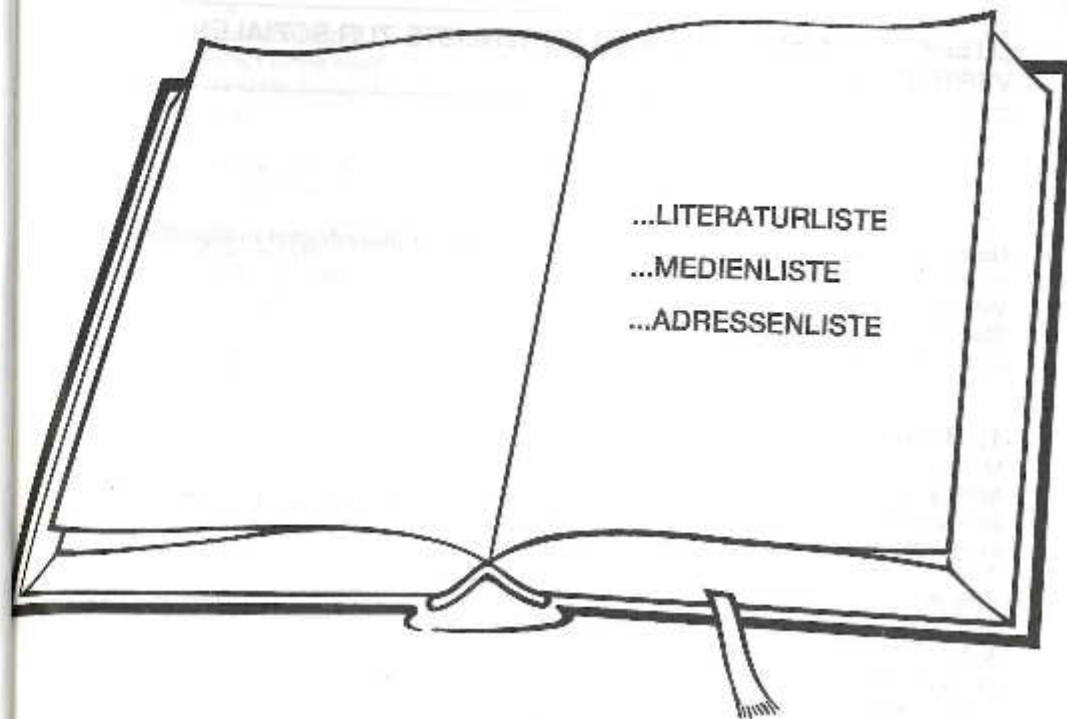


# AUSBILDUNG FÜR FRIEDENSARBEIT

1. Woche: Soziale Verteidigung – Einführung
2. Woche: Historische Beispiele
3. Woche: Gewaltfreiheit
4. Woche: Umsetzung in den Alltag

Die vier Wochen bilden einen Zusammenhang innerhalb der "Ausbildung für Friedensarbeit" und verteilen sich über etwa zwei Jahre. Die einzelnen Bausteine sind aber in sich eine sinnvolle Einheit. Menschen mit weniger Zeit können einzelne Wochen später nachholen.

Näheres erfahren Sie bei:  
Falk Bloch  
Ökumenisches Begegnungszentrum / Internationales Freundschaftsheim  
Weinberg  
3062 Bückeburg





## LITERATUR-, MEDIEN- UND ADRESSENLISTE ZUR SOZIALEN VERTEIDIGUNG

Die einschlägige Literatur über Soziale Verteidigung wie über Gewaltfreiheit im allgemeinen ist zu erhalten durch:  
Versandbuchhandlung Weber, Zucht & Co.  
Steinbruchweg 14  
3500 Kassel - Bettenhausen

### 1. Bücher...

- M. Bissig u.a.  
**Soziale Verteidigung**  
Eine gewaltfreie Alternative zur militärischen Verteidigung der Schweiz, Hrsg: Schweizerischer Friedensrat  
Zürich, 1976  
Vertrieb:  
Buch 2000, Postfach, CH-8910 Affoltern a.A.  
A. Boserup / A. Mack  
**Krieg ohne Waffen?**  
Studie über Möglichkeiten und Erfolge sozialer Verteidigung  
(Kapp-Putsch 1920; Ruhrkampf 1923; Algerien 1961; CSSR 1968)  
Reinbeck: rororo aktuell, 1974  
Theodor Ebert  
**Soziale Verteidigung**  
Band 1: Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie  
Band 2: Formen und Bedingungen des Widerstandes  
Waldkircher Verlag, 1981  
Theodor Ebert  
**Wehrpolitik ohne Waffen**  
Vom passiven Widerstand zur Sozialen Verteidigung  
(Mit Beiträgen von Galtung, Heckmann, Jochheim, Sternstein)  
Opladen: Argus-Verlag, 1972  
Theodor Ebert  
**Demokratische Sicherheitspolitik**  
Von der territorialen zur sozialen Verteidigung  
(Mit Beiträgen von Ebert, Horsky, Niemann, Roberts, Vogt, Wittig)  
München: Hanser, 1974  
J. Galtung  
**Anders verteidigen**  
Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung  
Reinbek: Rowohlt Taschenbuchverlag, 1982  
J. Galtung  
**Es gibt Alternativen**  
Vier Wege zu Frieden und Sicherheit  
Opladen: Westdeutscher Verlag, 1984

- T. Hedtjörn u.a.  
**Verteidigung ohne Krieg**  
Die skandinavische Alternative  
Wuppertal: Hammer Verlag, 1974  
Vladimir Horsky  
Prag 1968  
Systemveränderung und Systemverteidigung  
Stuttgart/München, 1975  
G. Jochheim  
**Antimilitaristische Aktionstheorie**  
Soziale Revolution und Soziale Verteidigung  
Frankfurt: Haag und Herchen Verlag, 1977  
G. Jochheim  
**Länger leben als die Gewalt**  
Der Zivilismus als Idee und Aktion  
Stuttgart: Edition Weitbrecht, 1986  
G. Jochheim  
**Soziale Verteidigung - Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht**  
Eine Handreichung  
Düsseldorf: Patmos Verlag, 1988  
Lutz Metz  
**Formen des zivilen Widerstandes in Norwegen gegen die deutsche Besatzungsmacht und das Quislingregime**  
Report 1 der Studiengruppe "Soziale Verteidigung" der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. (VDW)  
Berlin, 1971  
Ulrich Poch  
**Der dänische Widerstand in den Jahren 1943 - 1945**  
Report 2 der Studiengruppe "Soziale Verteidigung" der (VDW)  
Berlin, 1971  
Adam Roberts  
**Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren**  
Probleme, Beispiele, Strategien  
Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1971  
Studiengruppe Soziale Verteidigung  
**Soziale Verteidigung**  
Friedens- und Sicherheitspolitik in den 80er Jahren  
(Autoren: Albrecht, Berg, Ebert, Flechtheim, Galtung, Hertz, Horsky, Jahn, Jochheim, Mez, Rabe, Vogt)  
Gelnhausen / Berlin, 1972  
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler  
**Civilian Defence**  
Gewaltloser Widerstand als Form der Verteidigungspolitik (Tagungsbericht)  
Bielefeld: Bertelsmann Universitätsverlag, 1969

### 2. Friedenspädagogische Schriften...

- antimilitarismus information  
**Alternative Sicherheitskonzepte**  
Defensive Strategie, Soziale Verteidigung, Einseitige Abrüstung  
Frankfurt, 11. Jahrgang Heft 3, 1981  
Vertrieb: Graswurzelrevolution e.V., Nemstweg 32, 2000 Hamburg 50



Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V.  
**Schreck laß nach, Abschreckung und andere Utopien**  
 Eine Broschüre zur Sicherheitspolitik  
 München, 1988  
 Vertrieb: AGFP, Untere Weidenstr. 12, 8000 München 90

Achim Battke  
**Verteidigung ohne Waffen**  
 Soziale Verteidigung als Alternative zur militärischen Sicherheitspolitik?  
 Modelle und Materialien für die schulische und außerschulische Bildung (Materialien 3)  
 Tübingen, 1979  
 Vertrieb: Verein für Friedenspädagogik, Bachstr. 22, 7400 Tübingen

**DIE GRÜNEN**  
**Ohne Waffen – aber nicht wehrlos**  
 Vertrieb: Die Grünen, Colmantstr.: 36, 5300 Bonn 1

Graswurzelrevolution  
**Sonderheft Soziale Verteidigung (2. Auflage)**  
 Hamburg, 1985  
 Vertrieb: Graswurzelrevolution e.V., Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig  
**Soziale Verteidigung als gewaltfreie Alternative zur militärischen Abwehr**  
 Die Rolle der Kirchen im Widerstand gegen den Krieg  
 Uetersen, 1988  
 Vertrieb: Versöhnungsbund, Kuhlenstr. 5a - 7, 2087 Uetersen

Internationaler Versöhnungsbund, Gruppe Münster  
**Soziale Verteidigung**  
 Der gewaltfreie Weg, eine allgemein verständliche Einführung  
 Münster, 1987  
 Vertrieb: Versöhnungsbund e.V., Kuhlenstr. 5a - 7, 2082 Uetersen

Klaus Lange-Feldhahn / Uli Jäger  
**Alternative Sicherheitskonzepte**  
 Arbeitshilfen für eine notwendige Diskussion  
 Tübingen, 1983  
 Vertrieb: Verein für Friedenspädagogik, Bachstr. 22, 7400 Tübingen 1

Werkstattheft  
**Umrüstung**  
 Neuartige Entwürfe für eine Gesellschaft ohne Rüstung  
 Durlsbach / Bad Waldsee, 1983  
 Vertrieb: Ansgar und Birgit Berg-Koshnavaz, Durlsbach, 7967 Bad Waldsee 1

Graswurzelrevolution  
**Sonderheft Soziale Verteidigung (2. Auflage)**  
 Utopien und Kontroversen  
 Hamburg, 1985  
 Vertrieb: Graswurzelrevolution, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

### 3. Zeitschriften...

**gewaltfreie aktion**  
 Zeitschrift für Frieden und Gerechtigkeit  
 Vertrieb: gewaltfreie aktion, Postfach 480409, 1000 Berlin 48

**graswurzelrevolution**  
 Für eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft  
 Hamburg, 1985  
 Vertrieb: Graswurzelrevolution, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

**WUB (Was uns betrifft)**  
 Zeitschrift für KDV und ZDL  
 Vertrieb: Beauftragter für ZDL, Kartäusergasse 9, 5000 Köln 1

### 4. Didaktische Materialien...

Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V.  
**Sie nennen es Frieden**  
 Katalog zur friedenspädagogischen Ausstellung  
 München, 1981

Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik  
**Menschen gegen Panzer**  
 55 Dias, Textbegleitheft, Kassette (20 Min.)  
 Verleih: Verein Friedenspädagogik, Bachgasse 22, 7400 Tübingen

Bremer Lehrerkollektiv  
**Unterrichtseinheit Kriegsgefahr – Friedenspolitik**  
 Göttingen, 1983  
 Vertrieb: Gegenwind-Verlag, Hagenweg 2, 3400 Göttingen

Film  
**Wenn die Panzer kommen**  
 Gewaltfreier Widerstand von Gandhi bis Prag  
 45 Min., 16 mm, schwarz / weiß  
 Verleih als Film: z. B. Landesfilmdienst, Stuttgart  
 Verleih als Video: Verein Friedenspädagogik, Bachgasse 22, 7400 Tübingen

Günther Gugel / Rainer A. Roth  
**Herausforderung Friedenspädagogik für außerschulische Jugendarbeit**  
 Waldkirchner Verlag, 1984

Katholische Junge Gemeinde – Bundesleitung  
**Aufstehen für Abrüstung, Hintergründe und Aktionsideen**  
 Düsseldorf, 1980  
 Vertrieb: Bundesleitung der KJG, Karl-Mosters-Platz 1, 4000 Düsseldorf

Katholische Junge Gemeinde  
**Macht Frieden möglich**  
 Eine Arbeitshilfe zur Friedensarbeit  
 Köln, 1980  
 Vertrieb: KJG, Flachsmarkt 13-17, 6500 Mainz

Dieter S. Lutz  
**Friedliche Kooperation, Soziale Verteidigung und wahrhafte Demokratie**  
 Bausteine für ein Curriculum zur Friedenserziehung  
 Vertrieb: Institut für Friedensforschung, Falkenstein 1, 2000 Hamburg

Lelfels / Müller  
**Würfelspiel "Soziale Verteidigung"**  
 Vertrieb: Erwin Eisenhardt, 7253 Renningen



Plenspiel  
**"Soziale Verteidigung"**  
 Kassette und Begleittext  
 Das Spiel ermöglicht einer Gruppe von 25 bis 64 Personen die Prinzipien der Sozialen Verteidigung kennenzulernen  
 Verleih: Verein Friedenspädagogik, Bachgasse 22, 7400 Tübingen

Plenspiel  
**"Gewaltfreier Aufstand"**  
 In: Materialien 8 Alternative Sicherheitskonzepte  
 Vertrieb: Verein Friedenspädagogik, Bachgasse 22, 7400 Tübingen

Plenspiel  
**"Ziviler Widerstand"**  
 Rollenspiel: Ziviler Widerstand; gewaltfreie Aktion gegen Pershing 2 Stationierung  
 Kassette und Begleittext  
 Ein Lemspiel für Jugend- und Erwachsenengruppen ab 29 Personen mit Kenntnissen in Gewaltfreier Aktion  
 Verleih: Verein Friedenspädagogik, Bachgasse 22, 7400 Tübingen

Baustein 5  
**Wehrhafte Demokratie und Soziale Verteidigung**  
 In: Deutscher Bundeswehrverband "Sicherheit und Gesellschaft". Ein Projekt zur politischen Bildung (Band 6)  
 Bonn, 1980  
 Volker Schmidt  
**Macht und Liebe**  
 Bildmeditation zum Prager Sommer 1968  
 In: U. Kleinert "Gewaltfrei Widerstehen"  
 Reinbeck, 1981

### 5. Aufsätze in der Zeitschrift "gewaltfreie aktion"

Einzelne Hefte können angefordert werden  
 Postfach 480 409, 1000 Berlin 48  
 1982, Heft 51/52, S. 53-61  
 Wolfgang Sternstein:  
**Weder Rot noch Tod - das Konzept der Sozialen Verteidigung**  
 1982, Heft 53/54, S. 50-56  
 Theodor Ebert:  
**Soziale Verteidigung**  
 Einseitige Abrüstung und gewaltfreier Widerstand in der wehrhaften Demokratie  
 1982, Heft 53/54, S. 57-62  
 Theodor Ebert:  
**Modelle der Umstellung von militärischer auf Soziale Verteidigung**  
 1984, Heft 59/60, S. 30-36  
 Theodor Ebert:  
**Kirche und Soziale Verteidigung**  
 Christen auf der Suche nach einer Alternative zur atomaren Abschreckung  
 1984, Heft 59/60, S. 36-39  
 Jim Wallis:  
**Zeugnis für den Frieden**  
 Wie amerikanische Christen die nicaraguanische Grenze gewaltlos verteidigen wollen  
 1984, Heft 61/62, S. 2-14

W. Sternstein:  
**Ende oder Neubeginn?**  
 Über die Zukunft der Friedensbewegung  
 1984, Heft 61/62, S. 55-69  
 Dokumentation:  
**Anhörung von Sachverständigen zum Thema "Alternative Strategien"**  
 1984, Heft 61/62, S. 70-83  
 Theodor Ebert:  
**Der Einstieg in die Soziale Verteidigung**  
 1985, Heft 63/64, S. 46-55  
 Dokumentation:  
**Deutsche Parlamentarier debattieren die Soziale Verteidigung**  
 1985, Heft 63/64, S. 60-66  
 Siegfried Rupnow:  
**Grundausbildung zur Sozialen Verteidigung im Zivildienst**  
 1986, Heft 65/66/67, S. 10-15  
 Dokumentation:  
**Gewaltfreier Widerstand - epochemachende Alternative im Atomzeitalter?**  
 Eine Diskussion über Soziale Verteidigung im Österreichischen Rundfunk  
 1986, Heft 65/66/67, S. 23-28  
 Dokumentation:  
**Neuer Fernsehfilm über Soziale Verteidigung (Hessen III, 4.11.85) Dokumentation der Interviews**  
 1986, Heft 68/69/70, S. 3-15  
 Theodor Ebert:  
**Soziale Verteidigung als christlicher Weg**  
 Einführung in die politische und kirchliche Diskussion  
 1986, Heft 71/72, S. 60-67  
 Theodor Ebert:  
**Perspektiven grüner Sicherheitspolitik**  
 1986, Heft 71/72, S. 69-70  
 Bernhard Häring:  
**Soziale Verteidigung vorbereiten**

### 6. Weitere Aufsätze...

Theodor Ebert:  
**Ziviler Widerstand im besetzten Gebiet**  
 In: Carl-Friedrich von Weizsäcker (Hrsg.):  
 Die Praxis der defensiven Verteidigung  
 Hameln: Adolf Sponholtz Verlag, 1984

W. Sternstein:  
**Übergangsstrategien zur Sozialen Verteidigung**  
 Darstellung und Kritik, 104 Seiten  
 Auf Anfrage erhältlich bei:  
 Theodor Ebert, Im Dohl 1, 1000 Berlin 22

Theodor Ebert:  
**Soziale Verteidigung**  
 In: Ist der Frieden noch zu retten?  
 Die Abschreckung und ihre Alternativen  
 Frankfurt: Athenäum, 1986



## 7. Adressen...

Ärzte warnen vor dem Atomkrieg

z.Hd. Horn Deeken

Stendelweg 30

1000 Berlin 19

Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden e.V.

Alte Kirchstr. 1a

4950 Minden

Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste

Jebenstr. 1

1000 Berlin 12

Antikriegswerkstatt

Kirchweg 4

3160 Sievershausen

Arbeitsgemeinschaft Dienste für den Frieden (AGDF)

Blücherstr. 14

5300 Bonn 1

Arbeitskreis Soziale Verteidigung

z.Hd. Herrn Jens Veenhuis

Köthenwaldstr. 33

3160 Lehrte

Bildungs- und Begegnungsstätte für Gewaltfreie Aktion

Kirchstr. 14

3131 Wustrow

CVJM-Friedensnetz, Gruppe Minden

Bergkirchener Str. 14

4955 Hille 7

DFG-VK

Schwanenstr. 16

5620 Velbert

Die GRÜNEN – Bundesvorstand

Colmantstr. 36

5300 Bonn 1

Die GRÜNEN – Fraktion des Bundestages

Bundeshaus

5300 Bonn

Die GRÜNEN – Kreisverband Minden-Lübbecke

Schützenstr. 18

4970 Bad Oeynhausen 1

Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDV/BRD

Carl-Schurz-Str. 17

2800 Bremen 1

Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen-Graswurzelrevolution

Scharnhorststr. 6

5000 Köln 60

Friedenspolitische Werkstatt

Postfach 3106

4800 Bielefeld 1

Friedensausschuß der Religiösen Gesellschaft der Freunde  
(Quäker)

Föhrenstieg 8

2070 Ahrensburg

Friedensbüro Hannover/Komitee Friedenswoche e.V.

-Kontaktstelle Hannover-

Maschstr. 24

3000 Hannover 1

Friedenssteuerinitiative

Hauptstr. 86

6901 Bammental

Friedenszentrum Braunschweig

Goslarsche Str. 93

3300 Braunschweig

Gustav-Heinemann-Initiative

Seidenbergstr. 1

7000 Stuttgart 1

Initiative Kirche von unten

Hoerstr. 205

5300 Bonn 1

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk

Hörder Neumarkt

4600 Dortmund

Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig

Kuhlenstr. 5a - 7

2082 Uetersen

Jungsozialisten – Stadtverband Minden

Ritterstr. 3

4950 Minden

Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung

Carl-Kabat-Haus

Schulstr. 7

7075 Mutlagen

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

An der Gasse 1

6121 Sensbachtal

Katholische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung

Mülheimer Ufer 1

5000 Köln 80

Koordinierungsstelle Ziviler Ungehorsam

St.Pauli-Str. 10-12

2800 Bremen 1

Oekumenisches Begegnungszentrum –

Internationales Freundschaftsheim

Weinberg 10

3062 Bückeburg

OHNE RÜSTUNG LEBEN

Kornbergstr. 32

7000 Stuttgart 1



**Pax-Christi, Deutsche Sektion**

Windmühlweg 2  
6000 Frankfurt 1

**Pressehütte Mutlangen**

Forststr. 3  
7075 Mutlangen

**Schweiz ohne Arme**

Freie Str. 168  
CH-8032 Zürich

**Selbstorganisation der ZDL**

Vogelsbergstr. 17  
6000 Frankfurt 1

**Senfkorn – Christliche Friedensleute Minden**

Goethestr. 14  
4950 Minden

**SPD Ortsverein Minden**

Ritterstr. 3  
4950 Minden

**SPD Ortsverein Königstor**

c/o Lübbecke Str. 202  
4950 Minden

**SPD Ortsverein Bärenkämpen**

c/o Lübbecke Str. 202  
4950 Minden

**SPD Stadtverband Minden**

c/o Lübbecke Str. 202  
4950 Minden

**Verband der Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer e.V.**

Lupustr. 23  
5000 Köln 1

**Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden**

Eisenlohr Str. 16  
7500 Karlsruhe

**Wortwerkstatt**

Sandertweiler Str. 7  
7794 Wald



# EXTRA

## ...REKLAME ODER WERBUNG?

Bitte beachten Sie auch diese  
"letzte Seite, für die der kleine  
Glacis-Trommler wirbt.

Alle Referenten arbeiten  
unentgeltlich mit, viel  
Arbeit haben sie in die  
Vorbereitung des Kongres-  
ses investiert und nehmen  
– wie Sie auch –

eine weite Anreise in Kauf.  
Es wäre eine kleine Hilfe  
für sie, wenn Sie auch diese  
Seiten aufmerksam lesen würden.  
Danke!

